

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich. Nr. 2 — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beitragsporto. Nr. 3 — vierteljährlich durch alle deutschen Verkaufsstellen, ausdrücklich beigefügt. — Bezugss. Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Börsig'sche Verwaltung, 20, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt, in Wiesbaden die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Pandorfern und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Teäger.

Anzeigen-Preis für die Seite: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Ansicht“ in entbehrlichen Zeilen; 20 Pf. für den abweichenden Schriftführungen sowie für alle anderen lokalen Anzeigen. 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 M. für lokale Anzeigen, 2 M. für auswärtige Anzeigen. Manche halbe, drittel und viertel Seiten, durchaus nach beliebter Berechnung. — Bei wiederholter Anzeige unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Ablauf: Nur der Abend-Ausgabe bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Teltower Str. 16, Fernspr. Amt Lüchow 5788. Für die Ausübung von Anzeigen an ausländischen Zeitungen ist die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags.

Dienstag, 9. Dezember 1913.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 573. - 61. Jahrgang.

Herr v. Bethmann und die Volksstimme.

Aus parlamentarischen Kreisen erhalten wir die folgenden Mitteilungen, die geeignet erscheinen, manche Vorgänge aus den letzten Tagen zu erklären.

Diejenigen, die den Reichskanzler persönlich kennen, wissen, daß er ein Mann von redlichem Willen, von Aufrichtigkeit und Offenheit ist. Sie wissen, daß er ein Charakter ist, dem der Zug der Völklichkeit vollkommen fern liegt. Sie können sich darum des Bedauerns über die manni- fachen Fehlsläufe, die der Reichskanzler in der vergangenen Woche erlitten hat, schwer erwehren. Ihnen sind diese Fehlsläufe allerdings erklärlich, für sie ist ihr Entstehen begreiflich.

Es ist Tatsache, daß der Reichskanzler von dem Sturm im Reichstag vollständig überrascht war. Er hatte nicht geglaubt, daß sich die Baberner Affäre zu einem solchen Orkan auswachsen würde. Er

hat sie für eine lokale Angelegenheit gehalten, ohne rechtzeitig zu merken, daß sie eine Sache des ganzen Reiches geworden war. Heutzutage gibt es aber in Deutschland keine „lokalen“ Angelegenheiten mehr. Das ist auf die moderne Organisation der deutschen Presse zurückzuführen. Der Nachrichtenapparat unserer Zeitungen ist so organisiert, daß sie über Ereignisse, die sich fern von ihrem Erscheinungsort abspielen, mit der selben Schnelligkeit und Ausführlichkeit berichten können, wie die Zeitungen des Todes. Dazu kommt, daß die Presse viel objektiver zu berichten pflegt: bei der Baberner Affäre kamen in der Presse sowohl die Ansichten der elsißischen Militärverwaltung als auch die Ansichten der Zivilbehörden zum Ausdruck, so daß jeder Zeitungsleser in Deutschland ein volles, rundes Bild der Vorgänge gewann und danach sich sein Urteil bilden konnte. So kam es, daß ganz Deutschland Partei für die Baberner nehmen konnte, so daß jeder Deutsche von politischer Einsicht die Baberner Übergriffe als eigenes politisches Ergebnis mitfuhr. Was heute und immer in Deutschland geschieht, wird infolge der Nachrichtenorganisation der modernen Presse von jedem Deutschen ganz anders und viel intensiver mit- erlebt, als das vor zwanzig Jahren der Fall war.

An dieser Erkenntnis ist der Reichskanzler vorübergangen. Von dieser Entwicklung hat er noch keine Kenntnis genommen. Daraus kommt es, daß er bei der Baberner Affäre, wie schon wiederholt in früheren Fällen, übernahm, daß er hier wirklich die Volksstimme, nämlich die Stimme des ganzen Volkes gegen sich hatte. Er hat noch keinen rechten Begriff, wie heute diese Volksstimme empfängt. Er hat noch keinen Blick für die Wirkung, die von Tatsachen ausgehen, die vom gedruckten Wort weiter verbreitet werden.

Es ist auch Tatsache, daß Herr v. Bethmann wenig Zeitungen liest. Von den von seinen Unter- stellten für ihn „wichtigen“ Zeitungsausschnitten täglich gesammelt vorgelegt. Aber da die Leiter seiner Unterstelle in den meisten Fällen auch keinen rechten

Das Ministerium Doumergue.

O. L. Paris, 7. Dezember.

Gaston Doumergue, der neue Ministerpräsident, der berufen ist, abermals eine sozialistisch-radikale Fraktion einzuleiten, nahm bislang in seiner Partei keinen allerersten Platz ein. Er ist weder ein Stürmer noch ein glänzender Redner und hat nie in die parlamentarische Debatte entscheidend eingegriffen. Trotzdem genug er auf der Linken und selbst bei den Gegnern persönlich hohe Achtung wegen der liebenswürdigen Art, mit der er seine allerdings oft hohen Gedanken vorzubringen wußte. Auf dem radikalen Kongress in Paris, wo dem konserватiven Republikanismus Poincaré und Barthou der Krieg erklärt und die soziale Grundlage der Kampagne gelegt wurde, die schließlich zu der Krise führte, hatte Doumergue gewagt, zum erstenmal das Staatsmonopol für den Unterricht und die Schließung sämtlicher freier, d. h. katholischen Schulen, als nächste Zukunftsaufgabe zu fordern. Ohne seine Rede in Paris würde man ihn im Zentrum nicht mit der großen Feindseligkeit empfangen, die sich heute gegen ihn in der gesamten Ullenschen Presse fundiert. Denn im Gegensatz zu Gailloux hatte er für das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit gestimmt, allerdings erst, nachdem die von ihm geforderten Beamtungsvorschläge (30monatige Dienstzeit) abgelehnt worden waren. Gailloux hatte noch am Sonntag vor dem Sturz Barthous auf dem Banquet der vereinigten sozialistisch-radikalen Partei erklärt, daß jetzt mit allen Kräften die allmähliche Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit erzielt werden müsse. Das es Doumergue, der im übrigen vor allem finanziell, genau dieselben Ansichten wie der Ministerfürer Gailloux vertritt, nicht so eilig mit dieser Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit hat, geht aus der Rennung seiner Kandidaten für das Kriegsministerium hervor. Zur Stunde ist der Titular des Kriegsministeriums zwar noch nicht bestimmt, aber ob es Clemenceau, Tcherny, General Dubois oder Delcassé sein wird — keiner von ihnen würde mit geringerem Eifer wie der scheidende Gailloux die neuen Militärgefechte durchführen. Man kann also sagen, daß, wenn Poincaré auf dem Gebiet der finanziellen und sozialen Reformen sowie in der antifranzösischen Politik ein Ministerium berufen würde,

das seinen Ansichten diametral gegenübersteht, er dennoch in der Hauptsache, in der patriotischen und auswärtigen Politik mit den neuen Männern ungefähr der gleichen Überzeugung sein wird.

Gaston Doumergue, 1863 in Algiers-Bizet geboren, begann als Advokat in Nîmes, wurde 1885 als Richter nach Cochinchina, 1890 nach Algier geschickt, errang 1893 in Nîmes einen radikalen Deputiertenstuhl und wurde 1902 von Emile Combes mit dem Portefeuille der Kolonien betraut. 1906 erhielt er als Vizepräsident der Kammer im Kabinett Sarrien das Handelsministerium, das er auch unter Clemenceau verwaltete. Zum Unterrichtsminister ausgerückt, bekämpfte er ohne großen Erfolg die Rückkehr der Kongregationen und die Wiedereröffnung der katholischen Schulen, da die Gesetzgebung beiden aufwies. Der jetzige Senator profitierte davon, daß Präsident Poincaré sich mit allen Kräften dagegen wehrte. Gailloux die Bildung des neuen Ministeriums anvertrauen. Nichtsdestoweniger ist der Ausspruch, der dem letzten in den Mund gelegt wird, wahrscheinlich: „Das Ministerium Doumergue ist mein Ministerium. Ohne Gailloux, der wohl das Finanzministerium übernehmen und somit in der Anlehnungsfrage seine Ansicht durchsetzen wird, wäre in der Tat Doumergues Bemühung ebenso gescheitert wie vorher die Ribot und Dupuis. Denn noch nie hat man bei den Radikalen eine solche Disziplin gesehen wie jetzt: sie gehorchen blindlings ihrem Chef, der die „Unifikierung“ herbeizuführen wußte; und der alte Verführer Brion, der sich lustig mache und behauptete, man werde so viele Minister auf der Linken finden, wie man wolle, hat sich getäuscht. Nachdem die Reaktionäre so lange das Strebekum und die Freie- tracht unter den fortschrittlichen Politikern höhnisch ausgeschaut hatten, schreien sie jetzt in der „République Française“, dem „Figaro“, „Tempo“, „Gaulois“ usw. über die Tyrannie des Komitees der Rue de Valois (Sitz der sozialistisch-radikalen Partei) und fragen, ob das Schiedsgericht der revolutionären Clubisten wieder eingeführt werden sollte.

Ribot und Dupuis hatten sich die Reine ausgelaufen, um ein paar Radikale in ihr Ministerium zu bringen; aber Gailloux' Veto überwog, und Poincaré mußte sich dreimal schänden, den neuen Ministerpräsidenten nicht unter seinen Parteifreunden, sondern in der siegreichen Linken zu suchen. Gailloux sagt in der „Humanité“: „Warum wändte sich Poincaré nicht sofort an Gailloux, der der erklärte Präsident der radikalen Partei seit dem Kongress von Paris ist und der den Kampf führte, in dem das Ministerium Barthou erlag. Wir wissen es nicht. Das ist eine Handlungswelle, die in England unmöglich wäre, wo der König geringere Prätenzione auf persönliche Macht hat wie der Präsident der französischen Republik. Aber schließlich hat sich Poincaré, wenn auch etwas spät, offiziell an den Hauptvertreter der radikalen Partei wenden müssen. Die letztere wird jetzt wagen und ihren Willen beobachten müssen. Gern erkenne ich an, daß in diesem ersten Teil der Krise der endlich organisierte Radikalismus Entschlossenheit und Disziplin gegenüber der Reaktion und dem Ellysé gezeigt hat.“ Der nationalistische „Glarier“ schreibt dagegen: „Der mi- der Lösung der Krise beauftragte Mann ist zu bekannt, als daß wir uns Hoffnungen über das Schicksal, das unserer hat, hingeben könnten. Wo sollen wir von Stütz zu Stütz hingelangen?“ Der ebenfalls nationalistische „Gazette“ versichert, daß das Ellysé äußerste Anstrengung mache, um mit einem einzigen Streich das verlorene Terrain zurückzuerobern. Georges Coulon, Vizepräsident des Staatsräts, wäre von Poincaré über die Möglichkeit der Auflösung der

Erinnerungen an August Wilhelmj.

Ein Beitrag zur Psychologie des Künstlers.

Von Elsiede Schulz (Stegitz).

Es war im Jahre 1873. Damals war der Wiesbadener Violinist August Wilhelmj achtundzwanzig Jahre alt und nicht nur in Deutschland, in ganz Westeuropa, in Spanien, Schweden und Norwegen unübertraffen, der erste Geiger seiner Zeit. In Berlin hatte er das zurückschauende musikalische Publikum am 22. Oktober 1872 im Sturm erobert. Daraufhin rüstete er sich im Frühling des nächsten Jahres zu einer Konzertreise durch die österreichischen Kronländer. Sein erstes Konzert auf österreichischen Boden war am 9. März in Prag. Wilhelmj, der bis dahin hier so gut wie unbekannt gewesen war, hatte einen beispiellosen Erfolg. Er wurde, was in Prag einzig bestand, siebzehn Mal von den begeisterten Zuhörern gerufen. Von Prag ritt er nach Wien. Eine kurze Fahrt, aber die Entfernung schien doch zu weit zu sein, als daß etwas von Wilhelmjs Ruhm so rasch nach dort hätte vordringen können. Den weit gereisten und weitberühmten Künstler, der sein erstes Wiener Konzert auf den 15. März ansetzen wollte, passierte in der Donaustadt etwas, was er und wohl auch jeder andere, der sein Genie kannte, für unmöglich gehalten hätte: aus Mangel an Teilnahme mußte das Konzert unterbleiben! Gewiß war Wilhelmj in Wien ohne nähere Bekanntheit; auch auf jede Flamme, die dort sehr nötig war, hatte er verzichtet. Vor allem hatte er nicht mit dem Charakter des eigentlich lantstümlichen Wiener Musikpublikums gerechnet. In jenen Tagen war ein beworragendes Merkmal dieses Kreises eine nahezu aristo-

kratische Exklusivität. Jeder Neuerscheinung auf dem Gebiete der Tonkunst trat er mit vornehmer Stärke gegenüber und zwang selbst die größten Künstler, sich das Terrain eti- allmälich zu erobern. Das sollte auch Wilhelmj nicht erspart werden.

In dieser fatalen Situation offenbarte sich des rheinischen Meisters ganze Seelengröße. Der Widerstand der Wiener zeigte den oft recht eigenmächtigen Künstler so stark, daß er selbst vor der Demütigung nicht zurückstand, sich ins Schleytau anderer Künstler nehmen zu lassen, deren Name in Wien bereits „gemacht“ war. Im großen Musikvereinsaal war für den 23. März zum Besten des Schriftstellervereins „Concordia“ ein Wohltätigkeitskonzert angelegt, für welches die damals im Glanze ihres Weltruhms stehende Adelina Patti gewonnen war, außerdem Barbara Marchisio und die Sänger Raudin und Graziani, erklärte Lieblinge des Wiener Publikums. Es gelang Wilhelmj, in diesem Kreis zur Mitwirkung zugelassen zu werden. Zwei Tage vorher beschäftigte sich die „Wiener Abendpost“ mit dem deutschen Meister und zwar in einer mehr als merkwürdigen Form. In dem Blatte schrieb A. W. Ambros: „Ein wackerer Geiger, ein gewisser Wilhelmj, der gleich einem gewissen Joachim, und leichter ebenbürtig, auf seinem Instrument nicht völlig Mißlungenes leisten soll, wollte im musikalischen Wien ein Konzert veranstalten, verschmähte es aber, vor sich herztrömmeln zu lassen, da er leichtfertigerweise vorausahnte, sein Name sei nicht ganz unbekannt. Das Konzert unterblieb aus Mangel an Teilnahme.“

In diesen Zeilen lag offenbar eine neue Demütigung, und Wilhelmj war sich darüber klar, daß man ihm hier Schwierigkeiten zu machen verstand. Kurz vor dem Konzert schrieb er in einem Briefe: „Noch eine Stunde, und ich stehe vor dem Wiener Publikum und kämpfe wahrscheinlich im

Schatten, d. h. im Schatten der Adelina Patti. Leider bin ich sehr herunter von einem unsäglichen Satzsch. Ob es mir gelingen wird, durchzusagen? Wäre ich vollständig gesund, es müßte gelingen. Ich habe aber einen Schnupfen, daß ich nicht aus den Augen sehen kann.“

Der 23. März war ein Sonntag. Der Name der Patti hatte das lebte Blätter im Musikvereinsaal gefüllt. Nach einer Ouvertüre und einem Duett Raudins und Grazianis bot das Programm ein Baganinisches Konzert von August Wilhelmj. Gegen den Schluss kam die Patti mit der Schauspielerin aus Sounods „Faust“ und zuletzt Wilhelmj noch einmal mit mehreren Violinstückchen. Der Verlauf des Konzertes war ein ebenso unerwarteter wie Wilhelmjs erste Aufnahme in Wien. Der Wiesbadener Geiger kämpfte nicht im Schatten der Patti, sondern umgekehrt, was der Patti wohl noch nie passiert war, das geschah hier. Sie wurde durch die Kunst Wilhelmjs, dessen Geige an diesem Abend ganz unbeschreiblich sang, in den Schatten gedrängt. Fast sämtliche Kritiken waren sich einig darin, daß Wilhelmj die Palme des Abends davon trug. Sein Triumph war um so klarer, als ihm die glänzenden Ovationen von demselben Publikum dargebracht wurden, das ihm kurz vorher durch ganzliche Teilnahmefreiheit die Veranstaltung eines eigenen Konzertes unmöglich gemacht hatte.

August Wilhelmj war mit seinem ersten Vortrage, dem Baganinischen D-Dur-Konzert, noch vor die erste Nummer der Adelina Patti gestellt. Mit allen Reichen der Ungezügeln hatte das Publikum der göttlichen Sängerin. Das Auftreten der bekanntlich mächtigen Gestalt Wilhelmjs wurde fast als eine unliebsame Störung empfunden. Nebenfalls wurde der Künstler kaum beachtet und die erste kleinere Hälfte seiner Stände mit einer stummen Apathie angehört. Seine Geige aber spielte, deßto mehr veränderte sich die

Kammer und deren Folgen konsultiert worden. Der Präsident habe eiligst einen Rapport eingefordert, den Boulon als bald überreichen werde. Kritische Bemerkungen insbesondere wäre der Ansicht, daß allein die Auflösung der Kammer die gegenwärtige Sache beilegen könne. Die gesamte *réaction*-Presse drängt Poincaré zu einem solchen Entschluß. Und in der bonapartistischen „Autorité“ schreibt Cassagnac, der Sturz Barthous könnte am leichten Ende doch noch „ein zweiter Degenfall“ werden, der für die dritte Republik nicht geringere Bedeutung habe wie der Staatsstreich Napoleons III. für die zweite Republik! Dommègue dürfte aber nicht geneigt sein, diese Guillotine der Reaktion arbeiten zu lassen.

Politische Übersicht.

Zum Babener Fall.

In einem sehr beachtenswerten Artikel erörtert Geh. Justizrat Prof. Dr. A. Rischb (Berlin) in der „Deutschen Juristengesetz“ (Nummer vom 18. Dezember d. J.) die Gesetzmäßigkeit des Vorgehens der Militärbehörden beim Babener Fall und die viel kritisierte Behandlung der Angelegenheit durch den Reichslandger. Der Verfasser zieht sein Urteil in folgenden bemerkenswerten Worten zusammen:

„Man hat den ersten Tag der Reichstagverhandlungen über den Fall Baben als dies aber bezeichnet. Ich empfinde das nicht ganz so. Einen dies aber hätten wir zu registrieren, wenn die Regierung mit ihrer an Billigung streifenden milden Beurteilung der militärischen Gefechtsverletzungen den Beifall der Reichstagsmehrheit gefunden hätte. Das war aber glücklicherweise nicht der Fall. Alle Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, insgesamt fast sechstel des Reichstags, haben sich zusammengefunden in der Nichtbilligung des Regierungshandlungspunktes, sie blieben auch zusammen beim Ausspruch dieser ihrer Auffassung in Gestalt eines gemäß § 23a der Reichstagsordnung zu formulierenden Widerstandes gegen den Reichslandger. Und diese große Einmütigkeit der Volksvertretung erscheint mir als die exzusuale Hauptfazit: darin liegt eine so große moralische Wucht, daß auch in einem Staatsmessen, welches von Parlamentarizismus so weit entfernt ist wie das unsrige, die Regierenden sich dem nicht werden entgegenstellen können. Darin liegt, mag die Regierung nach der leidigen, spezifisch militärischen Gewohnheit, nur ja immer „durchzuhalten“ und ja kein Untreit einzugestecken, diesmal auch schützend vor die Gefechtsverletzer von Baben treten, eine gewisse Gewähr dafür, daß ähnliche Vorkommnisse künftig nicht so leicht wieder eintreten werden. Der Fall Baben ist keine bloße lokale Angelegenheit. Es handelt sich insbesondere auch nicht um eine nur oder doch hauptsächlich das Reichsland angehende, sondern um eine allgemeine deutsche, um eine eminent nationale Frage. Was wir zu unserm Bedauern erleben mußten, war — dies will wohl beachtet sein — kein mit geschwätzigen Mitteln geführter Kampf gegen französische Bestrebungen im Elsass, sondern ganz einfach eine Auseinandersetzung des alten Gegenseitigkeits zwischen Deutschland und Preußen. Der preußische Militärstaat zeigt keine Neigung, sich seine Eigenart und seine Unarten aufzugeben, sich vollkommen einzufügen in die nationale Gesamtheit als deren führendes, aber doch dienendes Glied. Hoffen wir, daß diese Neigung sich einstellen, daß Preußen auch in dieser Hinsicht mehr und mehr in Deutschland aufgehen möge. Nicht eine — weder erstrebenswerte noch auch nur mögliche — Verprelung Deutschlands, sondern die Eindeutschung Preußens muß das Ziel unserer inneren Nationalpolitik sein.“

Der deutsche Handel in Portugal.

Die Monatschrift „Nord und Süd“ beschäftigt sich in ihrer Dezember-Ausgabe mit dem Auswärts- und Handelsverkehr mit Portugal. Wir möchten aus dieser Veröffentlichung einiges herausheben, was der Vizepräsident des Lissaboner Handelskammer über den portugiesischen Handel mit Bezug auf Deutschland mitgeteilt hat. Man wird seinen genauen Angaben nicht ohne Überraschung die Tatsache entnehmen, daß wir in der Liste der Länder nach der Wichtigkeit ihrer Handelsbeziehungen nicht bloß unmittelbar hinter England folgen, sondern daß unser Anteil den aller weiteren Ländern ganz außerordentlich übertrifft. In Prozenten ausgedrückt ist England mit 27,75 Prozent beteiligt, Deutschland mit 15,01, Spanien mit 10,03, Brasilien mit 8, die Vereinigten Staaten von Amerika mit 6,53. Es muß auffallen, daß

Frankreich dann erst folgt, und zwar mit nur 6,46 Prozent, was weit unter der Hälfte des deutschen Anteils bleibt. Das einzige Land, dessen Prozentsatz noch einigermaßen in Betracht kommt, ist ferner Belgien (6,2 Prozent). Dann wird es dünn und immer dünner. Italien nimmt nur noch mit 1,65, Russland nur mit 1,41 Prozent teil. Der Verfasser betont stief den herausragenden Rang, den wir in den wirtschaftlichen Beziehungen zu Portugal einnehmen. Bemerkenswert ist der Unterschied zwischen Einfuhr und Ausfuhr. Portugal bezieht von uns in einem Jahr ebensoviel, wie es in fünf Jahren nach Deutschland ausführt. Diese Tatsache steht einzig da; bei den Beziehungen mit allen anderen Ländern halten sich Einfuhr und Ausfuhr annähernd die Wage. Noch eine Besonderheit der deutsch-portugiesischen Handelsbeziehungen ist zu erwähnen. Während der Krise, die gegenwärtig der Raum zwischen Angola erleidet, sind wir es, die in der Einfuhr dieses Artikels nur wenig nachgelassen haben, während die Ausfuhr nach allen Ländern erheblich nachgelassen hat.

Serbien und die Orientbahnen.

l. w. Wien, 8. Dezember.

Das Verhalten der serbischen Regierung in der Frage der Orientbahnen spitzt sich immer mehr zu einem neuen Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu. Während des Balkankrieges wurden die Linien der Orientbahngesellschaft von den kriegsführenden Staaten, in deren Gebiete sie gelegen sind, besetzt und zumeist militärisch betrieben. Dagegen war nichts einzutwenden, da schließlich ein Krieg Ausnahmestände und jedes kriegsführende Land die in seinem Territorium gelegenen Bahnen in seinen Händen halten muß. Während jedoch Bulgarien, Griechenland und die Türkei nach Beendigung des Krieges diese Linien der Betriebsgesellschaft der Orientbahnen wieder zurückstatten, weigerte sich Serbien, die auf seinem neugewonnenen Territorium befindlichen Strecken, die ungefähr 380 Kilometer umfassen, aufzufolgen. Die serbische Regierung begründete ihre Weigerung anfangs mit militärischen Gründen, die mit der durchzuführenden Demobilisierung zusammenhängen. Diese Gründe sind jedoch längst nicht mehr stichhaltig, trotzdem gibt Serbien die Orientbahnstrecke nicht heraus. Als der serbische Ministerpräsident Pasitsch im Oktober in Wien war, erklärte er ganz offen, daß Serbien auf der Verstaatlichung der Orientbahnlinie bestehen müsse, angeblich deshalb, weil in Serbien das Verstaatlichungssystem eingeführt sei. Auf den serbischen Bahnplänen ist die Orientbahnlinie auch bereits als serbische Staatsbahnlinie eingezeichnet. Diese Halbung der serbischen Regierung, die wieder hauptsächlich durch die serbischen Militärkreise verursacht ist, steht in striktem Widerspruch mit der seinerzeit der Londoner Botschafterkonferenz abgegebenen Erklärung Serbiens, daß die Orientbahnlinie sofort nach Abschluß des Krieges der Betriebsgesellschaft wieder ausgeschlossen wird. Außerdem hat die serbische Slupsktina erst im Frühjahr eine Vorlage angenommen, die den Bau von nicht weniger als vierundzwanzig neuer Bahnlinien beauftragt, deren größter Teil, da der Staat ja nicht die nötigen Mittel zur Herstellung dieser Strecken besitzt, dem Privatkapital überlassen werden soll. Es scheint also, daß das Staatssystem in Serbien nur dann allgemein eingeführt ist, wenn man es zu gewissen Zwecken braucht. Um so offenkundiger ist aber der eigentliche Zweck der serbischen Weigerung, die Orientbahnstrecke wieder herauszugeben, nämlich einen Teil der direkten Verbindung zwischen Wien-Budapest und Konstantinopel bzw. nach dem Orient und dem Ägäischen Meer in die Hand zu bekommen, um auf diese Art und Weise bei passender Gelegenheit einen wirtschaftlichen Druck auf die Monarchie ausüben zu können.

Zum deutsch-englischen Wettbewerb in China.

Es liegt uns ein Aufsatz vor: Die British Engineers' Association von W. Ratschoss (Berlin), der in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“ (Heft 11, 1913) erschienen ist. Die British Engineers' Association wurde am 26. April 1912 gegründet. Als Ziel der Gesellschaft wurde ganz allgemein festgesetzt: Schutz und Förderung der Interessen der englischen Industrie. Ausdrücklich wurde betont, daß vorläufig China ausschließlich bearbeitet werden soll. Der Verein hat sich seit

seinem Bestehen als ausgesprochen deutschfeindlich gezeigt; in allen Reden der Mitglieder wurde immer auf Deutschland als auf den geschäftlichen Wettbewerber hingewiesen. Auch falsche Ansprüche, wie z. B. die deutschen Industrielle offiziell in China seien nichts anderes als Vertreter der Firma Krupp und anderer deutscher Firmen, wurden nicht gescheut. Unter den Beratern der Gesellschaft findet sich Dr. G. E. Morrison, der bekannte frühere Korrespondent der „Times“ und nun Ratgeber der chinesischen Regierung. Die Gesellschaft ist also in erster Linie bestimmt, gegen unsre Industrie zu wirken, erst in China, später in Südamerika und in anderen Gebieten. Es gilt also für uns, auf der Hut zu sein. Dernen sollten wir aber auch von diesem Feinde. Die Mitglieder, lauter Industrielle, scheuen keine Opfer zur Erreichung ihres Ziels. Schon im Juni d. J., also nach etwa einjährigem Bestehen, betrug das von den Mitgliedern vertretene Kapital 1½ Milliarden Pf. Mit großer Freigebigkeit statten die Industriellen die technischen Laboratorien und Maschinenabteilungen der Universität Hongkong aus, ähnlich auch die technische Schule in Tschingtau. Die deutsch-chinesische Hochschule in Tschingtau boten unseren Industriellen Gelegenheit zu ähnlichen Vorgeben und zu erhöhter Einflussnahme auf China, wo doch handelspolitisch für uns ungeheuer viel auf dem Spiele steht.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Dem preußischen Gesandten in Stuttgart, v. Below-Rubau, ist anlässlich des Besuches des Kaisers in Stuttgart der Charakter eines Wirklichen Geheimrats mit dem Prädikat Exzellenz verliehen worden.

Wester stand in München im Alter von 75 Jahren der Ministerresident v. D. Ernst Göhring. Er war im Jahre 1855 erster Reichskommissar in Deutschöstrafra.

Paul Doebele, ehemals fast 80 Jahre lang Chefredakteur der „Breslauer Morgenzeitung“, ist 84 Jahre alt, gestorben.

* Bestimmungen über die Bekämpfung des Aussatzes (Lepra), die der Bundesrat gemäß § 47 des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingesährlicher Krankheiten erlassen hat, sind dem Reichstag zur Kenntnisnahme zugegangen. Die Bestimmungen geben bekannt, wer als ansteckungsverdächtig zu betrachten ist und wie um Aussatz erkrankte Personen abgesondert werden müssen. Die Bestimmungen bedeuten eine Verstärkung der bisherigen Praxis. Nach den neuen Vorschriften sind ansteckungsverdächtig alle Personen, die mit Aussätzigem in Verbindung kommen. Diese Personen sind einer Beobachtung zu unterwerfen, die bis zu fünf Jahren dauern kann.

* Eine sozialdemokratische Weihnachtsbescherung an Arbeitslose in Berlin. Zur Befriedigung der Arbeitslosigkeit wollen die sozialdemokratische Partei Groß-Berlin und die freien Gewerkschaften den Arbeitslosen und deren Kindern zu Weihnachten besondere Unterstützungen zugetragen lassen. Der „Vorwärts“ erläutert einen Aufruf zur Sammlung der Gelder für diese Berliner Arbeitslosen und teilt auch bereits einige Zeichnungen mit. Darauf haben bis jetzt gezeichnet an Beiträgen der „Vorwärts“ 30 000 Pf., die Berliner Gewerkschaftskommission 20 000 Pf., die sozialdemokratische Partei Groß-Berlin 20 000 Pf., der Metallarbeiterverband 10 000 Pf., die Sonnungsfeuer 5000 Pf., der Verband der Staats- und Gemeindearbeiter 5000 Pf. usw.

* Eine staatsgefährliche Grabrede. Unter dieser Überschrift berichtet das „W. T.“ von folgendem Vorfall: „In Lenkerbeck bei Rellinghausen wurde am 6. Juli d. J. der Bergmann Stöck aus Dreier zu Grabe getragen, der einem Berufungslück zum Opfer gefallen war. Als der Geistliche seine Grabrede beendet hatte, trat der Bergmann Stöck aus Dreier an die Gruft, legte den Krug nieder und sprach dabei die Worte: „Im Namen der Firma Dreier der sozialdemokratischen Partei lege ich diesen Krug nieder. Schlaß wohl, Genosse!“ Ihm folgte mit einem ähnlichen kurzen Abschiedswort der Vertreter des alten Bergarbeiterverbandes. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen die beiden Vergleute Anklage wegen Übertretung des Vereinsgesetzes (undfeste Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel). Das Schöffengericht Rellinghausen sprach die Angeklagten frei, weil es annahm, daß man es lediglich mit einem pietätvollen Abschiedsgruß an den Verstorbenen zu tun habe. Bei diesem Urteil beruhigte sich jedoch die Staatsanwaltschaft nicht. Die Sache kam erneut vor der Bochumer Strafkammer als Berufungsklausur zur Verhandlung. Das Bochumer Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß eine politische Kundgebung beabsichtigt gewesen sei und verurteilte die Angeklagten zu je 5 Pf. Geldstrafe.“ — Und da wundert

Richt jedem ist es vergönnt, sich so beispiellos durchzuspielen; mancher steht geilebend in der Sache. Das Genie muß schon gewaltig sein, wenn es so begwingt wie Wilhelm, die oft recht spröden Wiener.

Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. Von Walter Bloem mit so überaus großer Begeisterung aufgenommenen Kriegsroman-Trilogie von 1870/71: „Das eiserne Jahr“, „Voll wider Voll“, „Die Schmiede der Zukunft“, ist soeben das hunderterste Tausend als Jubiläumsgabe in besonderer, vornehmer Ausstattung erschienen. Die Romane erreichten also innerhalb 3 Jahren eine Gesamtausgabe von 300 000 Exemplaren und wurden inzwischen ins Englische, Französische und Spanische und „Das eiserne Jahr“ (als erster deutscher Roman) ins Chinesische übersetzt.

Wissenschaft und Technik. Der belgische Arzt Dr. Laurent veröffentlicht in einer medizinischen Fachzeitschrift eine Studie über seine Erfahrungen in den Balkanländern. Er führt aus, daß sich die meisten Schußwunden am Kopf und an der linken Hand befinden, infolge der liegenden Stellung hinter Deckungen. Die Kopfwunden sind mit über 50 Prozent schuld an sämtlichen Todesfällen. Dr. Laurent schlägt nun vor, den Kopf des Soldaten besser zu schützen, was durch einen solideren Helm geschehen könne. Er glaubt, daß es möglich sei, diese Wunden, wenn auch nicht völlig harmlos zu machen, so doch durch entsprechenden Schutz des Kopfes mittels Stahlplatten derart abgeschwächt, daß sie nicht mehr tödlich wirken. Ebenso könnte durch kleine Stahlplatten, die am Gewebe angebracht werden, die linke Hand geschützt werden. Auch wäre es vielleicht angebracht, Herz und Magen gegen ebenfalls durch kleine Stahlplatten zu schützen. Auf diese Weise würde man die Todesfälle auf einen ganz minimalen Prozentsatz verdrücken können.

Situation. Unwillkürlich begann man links, rechts, auf den Galerien, im Parterre aufmerksamer zuzuhören. Die Wilhelmstädter Töne befreundeten zuerst, man meinte stellenweise, Klänge dieser Art noch nie gehört zu haben. Das der Wilhelmstädter Spielweise eigenständige und von keiner anderen Meister vor und nach ihm erreichte singende Leben, das sein Bogen aus den Saiten zog, zwang bald alles in seinen geheimnisvollen Bann. Die ersten Ausrufe des Beifalls, die man da und dort hörte, klangen noch halb unterdrückt; aber sie steigerten sich zu einer immer größer werdenden Unruhe und zu einem Entzücken, das am Schluß stürmisch und donnernd losbrach und kein Ende nehmen wollte — ein Beifall, wie er selbst in dem vornehmen Publikum, das der Adelina Patti huldigte, unerhört war, und wie ihn der Wiener nur zu zeigen pflegt, wenn sein Enthusiasmus seine Grenzen fand.

Ambros, der noch kurz zuvor August Wilhelmj mit einer so vollenden Begeisterung behandelte hatte, schrie nun mehr offen und ehrlich: „Sollen wir hervorheben, was und den reisten und höchsten Genuss gewährt, so nennen wir Adelina möge die Unglanterie vergessen“ die Violinistin Wilhelmj. Sein Vortrag über Gefang der Schumannschen Abendlieder, ganz aus der G-Saitte gespielt, wird noch lange in uns nachdröhnen. Es war höchst, wie die Zuhörer gleich bei den ersten Tönen des Solos im Paganinischen Konzert einander ansahen, und als das erste Tutti kam, überklang der Applaus das Fortissimo des Orchesters. Wilhelmj hat ein für alle mal gewonnen. „Seine Geige ist eine zweite Patti“, meinte ein Nachbar.

In „Stamms Bösen Jungen“ schrieb H. G. Dorn: „Sozialistische musikalische Erziehung bot nur der Geiger Wilhelmj, der sich mit mächtigem Anprall auf den Saitenplatte hinaufschwang. Die ersten Takte, die ersten breiten Töne seiner tief empfundenen Cantilene entschieden. Er war noch lange nicht mit seinem Stück fertig, aber das Publikum war

mit seinem Urteil fertig: „Wilhelmj ist unbedeckbar unserer Geiger!“ Was ein Helden werden will, das främmt sich begeistert. Ich sehe ihn noch vor mir; es war in Wiesbaden, vor circa 18 Jahren. Da war er ein Knirps, nicht höher als mein Bein, und ich gehörte nicht zu den Größen. Da stand er neben seinem Papa und strich auf der Geige, die er kaum zu halten vermochte, die zweite Stimme eines Bißtischen Duettos, daß seine langen blonden Locken wackeln und die tief in dem geistreichen Gesichtchen liegenden blauen Augen in heiligem Feuer leuchteten.“

Am darauffolgenden Freitag, den 28. März, gab Wilhelmj in denselben Saale sein erstes eigenes Konzert — mit immensem Erfolg. Der Triumph war unbeschreiblich, die Bewirtungen unzählbar und unter Hochrufen des zahlreichen Publikums wurde der Künstler nach Beendigung des Konzertes lärmisch in den Wagen getragen. Ahnlich Triumphe im Konzerthaus sind noch nicht dogenwesen! Professor Dr. Edmund schloß einen längeren Artikel in der „N. Jr. Presse“ mit den Worten: „Die Kraft, Säuglichkeit und Fülle seines Tones ist einzig in ihrer Art. Wilhelmj erscheint in Wien bleibt epochenthechend, und der Glanz, den sein Spiel hier ausströmte, wird lange nachleuchten.“ In Kürze war Wilhelmj einer der populärsten Männer Wiens. Seit den Tagen Nicolo Paganinis und Franz Liszts wußte man sich eines ähnlichen künstlerischen Ereignisses nicht zu entzinnen. Alle Welt sprach nur von dem fabolhaften Rheinländer, der so absolut namenlos nach Wien gekommen war. In den Cafés, Kestaurants, Klubs, in den großen und kleinen Zeitungen — überall begegnete man dem Namen des Künstlers, der zuerst hellte mit der Wagnis, überhaupt vor einem Publikum spielen zu dürfen. Am 7. April spielte er nochmals. Es war im Operntheater zum Besten seines Pensionsinstitutes. Über den Erfolg schrieb der kluge Professor Ludwig Speidel: „Er erzielte Triumphe, wie sie auf dem sonst doch ergiebigen Wiener Boden nicht leicht eingeheimst werden.“ 25mal wurde der Künstler gerufen.

man sich darüber, daß in Arbeiterkreisen die Kirche nur als ein Anhänger des „Klassenstaates“ angesehen wird und man daher gegen diese „Staatskirche“ Sturm läuft!

Rechtspleide und Verwaltung.

Über die Gebühr für die große Staatsprüfung hat der Justizminister eine allgemeine Verfügung erlassen, die u. a. folgendes bestimmt: Die von jedem Referenten für die große Staatsprüfung zu entrichtende Gebühr beträgt 100 M. Die Gebühr ist alsbald nach der Erlaßung zur Prüfung zu entrichten. 1. Beschränkt sich die Prüfung a) auf den mündlichen Teil, so beträgt die Gebühr 50 M., b) auf eine oder zwei der schriftlichen Arbeiten, so beträgt die Gebühr für jede Arbeit 40 M., c) auf den mündlichen Teil und eine der schriftlichen Arbeiten, so beträgt die Gebühr 90 M. Die Bearbeitung der zwei Rechtsfälle (§ 56 PrO) gilt im Sinne dieser Verfügung als eine schriftliche Arbeit. Für die Prüfung von Referenten, deren Prüfung der Justizprüfungskommission durch eine bei ihr vor dem 1. Oktober 1913 eingegangene Verfügung aufgetragen ist, sind die Gebühren nach den bisherigen Vorschriften zu erheben.

Parlamentarisches.

Die gegenwärtige Stärke der Reichstagsfraktionen ist offiziell in einer soeben erschienenen *Faktionstabelle* festgelegt. Fünf Mandate — zwei vom Zentrum, je eines der Freikonservativen, Nationalliberalen und Sozialdemokraten — sind erledigt. Die übrigen 392 Abgeordneten verteilen sich auf die Fraktionen und Gruppen wie folgt: Deutschkonservative 12, Wirtschaftliche Vereinigung 7, Reformpartei 3, Zentrum 88, Bönen 18, Elsaß-Lothringen 9, Deutsch-Hannoveraner 5, Nationalliberalen 46, Fortschrittliche Volkspartei 43, Sozialdemokraten 110, Württemberg 8. Die 8 Wilden sind: Bauer (Württembergs), Dr. Beder (Hessen), Hanssen, Frhr. Hohenzollern, Lanz, Graf Oppendorf, Graf Posadowsky und der Reichstagspräsident Dr. Raempf.

Ein nationalliberaler Antrag, betreffend die Bekämpfung der Matschweine. Dem Reichstag ist folgender nationalliberaler Antrag zugegangen: „Gedenkt der Herr Reichskanzler die nach der Erklärung vom 10. Juni 1913 in Erwähnung gebrachten besonderen Maßnahmen nunmehr zu ergriffen, um der immer mehr überhandnehmenden Fabrikation von Matschweinen, welche eine lästige Nachahmung der kleinen Traubeweine sind, entgegenzutreten und dadurch den Weinbau, Weinhandel und auch den Konsumenten zu schützen?“

Heer und Flotte.

Die Korpsteile der deutschen Marine. Die Staatsstärke des Militärpersonals der deutschen Marine wird im Jahre 1914 eine nicht unerhebliche Zunahme gegen das laufende Jahr erfahren. Während die Staatsstärke im laufenden Jahr auf insgesamt 72 889 Köpfe berechnet war, wird sie im nächsten Jahr 79 080, d. h. 6348 Köpfe mehr betragen als im Vorjahr. Die Zahl der Offiziere einschließlich der Sanitätoffiziere ist im Jahre 1914 auf 3612 (im Vorjahr 3394) festgesetzt, während die Zahl der Mannschaften 75 468 (im Vorjahr 69 495) erreichen soll. Es entfallen auf die Dekoroffiziere 3188 (i. B. 2977), Unteroffiziere 15 968 (i. B. 14 891), auf die Gemeinen 54 989 (i. B. 49 877) und auf die Schiffssoldaten 1950. Eine vermehrte Einstellung von Schiffssoldaten ist für 1914 nicht vorgesehen. Die Staatsstärke aller Beamten der Marine wird im Jahre 1914 voraussichtlich 3407, d. h. 90 mehr als im Vorjahr, betragen. Der höchste Beamte, der Staatssekretär des Reichsmarineministeriums, besitzt ein Gehalt von 30 000 M., dazu 14 000 M. Repräsentation und freie Dienstwohnung.

Post und Eisenbahn.

Vorschriften für alleinreisende Frauen und Mädchen sind neuerdings von den deutschen Eisenbahnverwaltungen vereinbart worden. So weit es angängig ist und ihren Wünschen entspricht, sollen alleinstehende Frauen und Mädchen nur in einem Frauenabteil oder in einem Abteil, wo sich bereits andere Frauen befinden, untergebracht werden. In sonst noch unbekannten Wagenabteilen ist ihre Unterbringung nur mit ihrer Zustimmung gestattet. Jungen Mädchen, die ohne Begleitung Erwachsener reisen, sollen, so weit die Frauenabteile besetzt sind und weitere Einrichtung nicht angängig ist, nur Plätze in solchen Wagenabteilen angewiesen werden, in denen sich schon weibliche Personen befinden. Auch in der 4. Klasse sollen alleinreisende weibliche Personen in die für Frauen bestimmten Wagenabteile gewiesen werden.

Ausland.

Frankreich.

Umfangreiche Manöver-Dispositionen für 1914. Paris, 7. Dezember. Da bekanntlich in Frankreich seit dem Jahre 1916 größere Festungsmanöver nicht mehr stattgefunden haben und die Ergebnisse des Balkankrieges gezeigt haben, daß es äußerst wichtig ist, Truppen in den Festungsgebäuden und Erstürmungen zu erproben und auszubilden, hat das französische Kriegsministerium den Beschluss gefaßt, für 1914 Festungsmanöver im großen Maßstabe einzurichten. Diese Manöver werden mit Schießübungen der Festungsbatterien in Verbindung gebracht werden. Ein Spezialkredit von 11½ Millionen Franken ist zu diesem Zweck in dem nächstjährigen Budget eingeschaltet. Weiter sollen im nächsten Jahre sämtliche französische Kavallerieregimenter eine längere Exerzierperiode in einem Lager vornehmen. Man beabsichtigt auch, sämtliche Infanterieregimenter, soweit es nur eben möglich ist, zu einer zehntägigen Exerzierperiode nach einem Lagerplatz zu entsenden, da es sich herausgestellt hat, daß in den Garnisonen den Offizieren nicht genügend Gelegenheit zur Ausbildung in Truppenbewegungen gegeben wird. Hierfür wird in das Budget 1914 ebenfalls ein höherer Kredit eingeschafft werden. Um Zeit zu gewinnen, wird man die Infanterieregimenter mit der Eisenbahn zum Lager und wieder zurück in die Garnison befördern.

Die albernen Fabeln über angebliche Sabotage Deutscher auf der „Lutetia“. Paris, 8. Dezember. Aus Bordeaux wird hierher gemeldet, daß die auf der „Lutetia“ angeblich von einem deutschen Steward verübten Sabotageakte von weit größerer Bedeutung gewesen seien, als in den darüber vorliegenden Meldungen zugegeben wurde. Die Blätter wissen jetzt über

die Angelegenheit weiter zu melden, daß auf dem Schiff ein deutscher Steward bemerkt wurde, als er mit einem Passagier 1. Klasse in den Maschinenraum ging. Kurze Zeit nach dem Wiederaufstehen der beiden sei an der Maschine ein großer Defekt entstanden, den man natürlich auf die Unwesenheit des Deutschen im Maschinenraum zurückführt.

England.

Zum Waffeneinsatzverbot für Irland. London, 7. Dezember. Der königliche Erlass, betreffend das Verbot der Einführung von Waffen in Irland, hat zur Bekanntgabe von 89 Kisten Patronen und 9 Kisten Gewehren und Bajonetten geführt, die in Belfast an Bord des Schiffes „Patriotic“ von Liverpool eingetroffen. Alle Jagdsäbel und Stocksäbel, die in Irland eingeführt werden, werden von der Polizei auf das genaueste untersucht. Die Regierung scheint also wirklich Ernst zu machen, da sie absolut nicht gestatten will, daß in irgend einer Stadt Irlands Vorbereitungen gegen Ulster getroffen werden in bezug auf bewaffneten Widerstand gegen die öffentliche Macht.

Spanien.

Der Mannesmann-Vorschlag und die Sozialisten. Madrid, 7. Dezember. Heute fand hier eine Versammlung statt, die von Republikanern und Sozialisten einberufen worden war, um gegen den Krieg in Marokko zu protestieren. Verschiedene Redner, darunter der sozialistische Führer Pablo Iglesias, erklärten es für eine gebieterische Notwendigkeit, den Krieg unverzüglich zu beenden, aber niemals durch die Vermittlung eines Dritten, wie es die Brüder Mannesmann angeboten hätten, was ein Angriff auf die Würde Spaniens bedeuten würde.

Der Generalstreik auch in La Coruna. La Coruna, 8. Dezember. In der gestrigen Versammlung der Arbeitervereinigungen ist beschlossen worden, sich mit den Ausständigen in Ferrol solidarisch zu erklären und heute in den Generalauftand zu treten.

Rußland.

Zur Entrichtung Finnlands. Petersburg, 6. Dezember. Auf die Vorstellung des finnischen Senats lehnte der Kaiser das Gesuch des finnischen Landtages vom Jahre 1910 über die Einführung des allgemeinen Unterrichts ab mit der Begründung, daß die betreffende Vorlage erst einzubringen sei, wenn dies die wirtschaftliche Lage des Landes sowie der Bestand der Staatskasse gestattet. Auch sollen die Ausgaben nicht aus den zur Verfügung des Kaisers stehenden Staatsfonds, sondern durch Geldanweisungen des finnischen Landtages bestritten werden.

Serbien.

Die Verwaltung der neuen Gebietsteile. Belgrad, 7. Dezember. Das Amtsblatt veröffentlicht einen Urfas des Königs, wonach für die neu eingerichteten Gebiete die Staatsverfassung mit gewissen Einschränkungen für die Versammlungs- und Pressefreiheit, die Gesetzgebung, Volksvertretung, Gerichtsbarkeit und die Autonomie der Gemeinden und Kreise in Kraft gesetzt wird.

Montenegro.

Eine Anleihe in Rom und London. Cattinje, 7. Dezember. Die montenegrinische Regierung beschloß, demnächst Delegierte zum Abschluß einer größeren montenegrinischen Anleihe nach Rom und London zu entsenden.

Griechenland.

Rekrutenaushebung im Epirus. Saloniki, 6. Dezember. Die Einberufung der Rekruten zum Militärdienst hat in allen Teilen des Epirus begonnen. Die Einberufung wurde auch auf die strittigen Gebiete, darunter den Bezirk von Koriza, ausgedehnt.

Türkei.

Zugeschüsse an die Armenier. Konstantinopel, 7. Dezember. Der Minister des Innern versprach den armenischen Patriarchen heute nachmittag, den Armeniern das Recht zuzuerkennen, einige zwanzig Deputierte in die Kammer zu entsenden, von denen drei der türkischen Partei angehören müssen. Man sagt, die Regierung habe den Griechen mehr Abgeordnete als den Armeniern versprochen.

China.

Die Finanzlage Chinas. Peking, 8. Dezember. Die finanzielle Lage Chinas hat sich jetzt bedeutend gebessert, wie sich auch die Lage im allgemeinen günstiger gestaltet hat. Die Zolleinnahmen aus dem Jahre 1913 haben 4 Millionen Taels ergeben, und auch aus der Salzsteuer sind ganz beträchtliche Summen erzielt worden. Das chinesische Kabinett beschäftigt sich jetzt eingehend mit der Finanzreform des Landes, wobei es den chinesischen Anleihen besondere Aufmerksamkeit entwendet. Sobald das neue Zollsysteem vollständig durchgeführt ist, wird China mit der Rückzahlung der alten Anleihen beginnen und ebenso die Entschädigung aus dem Boxeraufstand bezahlen. Auch über die augenblicklichen Handelsbeziehungen zu den übrigen Ländern hat das Kabinett eingehende Erhebungen eingeleitet. Auch hier ist eine baldige Reform zu erwarten.

Japan.

Das neue Flottenprogramm. Tokio, 7. Dezember. Das neue japanische Flottenprogramm enthält den Bau eines Schlachtfahrers, der künftig in Yokosuka auf Kiel gelegt werden ist, und den Bau von zwei Schwesterschiffen, die in nächster Zeit in Nagasaki und Kobe auf Kiel gelegt werden sollen.

Der Termin der Kaiserkrönung. Tokio, 7. Dezember. Die Krönung des Kaisers von Japan ist vorsichtig auf den 3. November 1914 festgesetzt worden.

Australien.

Das neue Parlament von Neusüdwales. Sydney, 7. Dezember. In Neusüdwales fanden gestern die Ne

wahlen statt. Im wesentlichen werden wieder dieselben Kontingente der verschiedenen Parteien in das neue Parlament zurückkehren. Das alte Parlament bestand aus 45 Arbeitern, 39 Liberalen und 6 Unabhängigen, das neue Parlament wird sich jedoch aus 45 Arbeitern, 45 Liberalen und 6 Unabhängigen zusammensetzen, es verschwinden also nur die Unabhängigen. Sämtliche Minister wurden wieder gewählt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Sparmöglichkeit bei der Stadtverwaltung.

Was zum 1. Januar 1914 haben sich die Städte bezüglich der Versicherungspflicht der von Ihnen beschäftigten Hilfskräfte zu entscheiden. Unter den Städten, die diese Entscheidung bis jetzt noch getroffen haben, befindet sich auch Wiesbaden. Es dürfte daher der Zeitpunkt nicht verfehlt sein, die Angelegenheit der Kündigungswiederholung vom kommunalen und finanzpolitischen Standpunkt einer Betrachtung zu unterziehen. Wie vielleicht nicht genügend bekannt sein wird, besteht die städtische Bevölkerung aus drei Gruppen; und zwar sind das die auf Lebenszeit angestellten Beamten (etwa 15 Prozent), die kündbar angestellten Beamten (55 Prozent) und die überhaupt nicht angestellten, sondern einer Anstellung noch harrenden Hilfskräfte (30 Prozent). Das Versicherungsgesetz für Angestellte löst die Lebenslänglich angestellten Beamten dann ohne weiteres *versicherungspflichtig* auf, weil bei ihnen die Voraussetzungen (Pensionsversorgung) erfüllt waren. Auch bezüglich der kündbar angestellten wurde bestimmt ein Weg gefunden, sie zu bestreiten. Anders aber hinsichtlich der Hilfskräfte! Hier glaubte man, sich nicht für eine Versicherung entscheiden zu können, obwohl sie das Gesetz gleichfalls zuließ. Es fragt sich indessen: Ist der Standpunkt der Stadt wirtschaftlich richtig? Bei einer Jahresversicherungsaufwendung von 20 000 M. (heute sind offiziell 24 000 genannt worden) mit nur 4 Prozentigen Verzinsung würden die von der Stadt für die versicherungspflichtigen Hilfskräfte aufzuwendenden Beiträge nach 10 Jahren 244 000 M. betragen. Das würde also der Betrag sein, der während der 10jährigen Wartezeit nach Berlin abzuführen ist, ohne daß dafür innerhalb dieser Zeit von der Versicherung Gegenleistungen in Form von Rente gewährt werden. Würde in dieser Zeit die Pensionierung eines versicherten Hilfsarbeiters notwendig, so hätte die Stadt neben den für den Betreffenden aufgewendeten Versicherungsbeiträgen noch Sonderauswendungen zu machen, weil dann die Hilfe der Versicherung nicht in Wirklichkeit tritt. Nun aber weiter. Den Fall gesetzt, es würden nach Ablauf von 10 Jahren Pensionierungen erforderlich. Würde dann nicht der alljährlich weiter nach Berlin abzuführende Betrag von 20 000 M. ausreichen, um das Pensionsbedürfnis der Versicherungspflichtigen daraus befriedigen zu können? Nach den seitherigen Erfahrungen in bezug auf Pensionierung von Hilfskräften dürfte das sehr wohl möglich sein. Außerdem wäre der aus den ersten 10 Beitragsjahren angekommene Fonds in Höhe von 244 000 M. vorhanden. Angenommen, er brauchte für Pensionszwecke nicht in Anspruch genommen zu werden, so würde dieser Fonds betragen: nach 15 Jahren 290 888 M., nach 20 Jahren 381 179 M., nach 25 Jahren 534 833 M., nach 40 Jahren 791 887 M., nach 50 Jahren 1 171 445 M., nach 60 Jahren 1 784 023 M., nach 70 Jahren 2 568 776 M. Nach 70 Jahren, also im Jahre 1983, würde nicht allein die Aufwendung des außerordentlichen jährlichen Beitrags von 20 000 M. überflüssig werden — der wohlgemerkt, bei den gleichen Gesamtaufwendungen im Falle der Versicherung in unveränderter Weise weiter nach Berlin zu zahlen sein würde —, sondern die Zinsen des angekommten Kapitalfonds würden neben ihrer ursprünglichen Aufgabe (Pensionierung der Hilfskräfte) das Pensionsbedürfnis der gesamten städtischen Bevölkerung erfüllen können. Diese Behauptung mag zunächst etwas lächerlich erscheinen; sie entbehrt aber keinesfalls hoher Wahrscheinlichkeit.

Man wird zunächst den Bahnen etwas skeptisch gegenüberstehen und sie anzuweisen wollen. Vielleicht wird auch aus der Rechnung der Städte gezogen, daß die Versicherungsbeträge entweder viel zu hoch bemessen sind oder die Versicherungsleistungen erheblich erhöht werden müssen. Andernfalls müßten sich ja ungeheure Summen bei der Reichsversicherungsanstalt anstrengen. Sobald man aber einerseits in Betracht zieht, daß 1. die Verwaltungskosten der Reichsversicherung außergewöhnlich hohe sein werden, 2. die Versicherung laut Gesetz alle Personen ohne Rücksicht auf die Gesundheitsverhältnisse aufnehmen muß, und 3. die Durchführung des Heilbehandlungs grobe Verschwendungen wird, und andererseits, daß diese Ausgaben bei Städten erwartet werden, daß es sich bei städtischen Angestellten durchweg um gesunde Leute handelt, so ist das überraschende Ergebnis wohl ersichtlich.

Es gibt aber auch noch andere Vorschläge; man kann z. B. wenn man zurzeit keine Beiträge für künftige Pensionen aufzuwenden will, durch gelegentliche entsprechende Speisung des bereits bestehenden Angestellten- und Arbeiterpensionsfonds für eintretende Fälle Vorräte treffen. Diesen Ausführungen wird man geneigt sein, entgegenzuhalten, daß sie sich nicht verwirklichen lassen, weil es sich bei den jetzt noch Versicherungspflichtigen um Personen handelt, die lediglich zur vorübergehenden Beschäftigung angestellt worden seien. Würde man diese versicherungsfrei machen, so müßte man ihnen Pension zusichern, erhebliche Kündigungsflächen zubilligen usw., kurz, man würde sie dann nicht mehr loswerden und die erparsten Versicherungsbeträge würden durch die Mehrzahlung an Gehältern mehr als aufgewogen. Das aber kann nur bedingt anerkannt werden. Es ist vor allem nötig, einmal festzulegen, was eigentlich unter „vorübergehender“ Beschäftigung zu verstehen ist. Die Stadt bezeichnet schlechthin alle Personen als vorübergehend Beschäftigte, die noch in einem losen Anstellungsverhältnis zur Verwaltung stehen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß bei einer 10- und mehrjährigen Beschäftigung die Bezeichnung „vorübergehend“ auf keinen Fall anwendbar sein kann. Wird doch selbst ein städtischer Arbeiter nach 10jähriger Beschäftigung nur aus ganz außergewöhnlich schwierigen Gründen entlassen. Und was dem Arbeiter ohne weiteres gegeben wird, sollte dem in Beamtenstellung der Stadt dienenden Hilfsarbeiter billig nicht vorerhalten werden. Auch trifft der Begriff vorübergehend nicht auf solche Hilfsarbeiter zu,

die einen dauernden Posten ausfüllen. Ist eine gewisse Zeit verstrichen, die zur Beurteilung von Persönlichkeit, Fähigkeit und Leistungen des neu Angenommenen ausreichend ist — ich denke hier an allerhöchstens 5 Jahre —, hat er sich bewährt und eine aller Voraussicht nach dauernde Stellung inne, dann liegt eine vorübergehende Beschäftigung nicht mehr vor. Es wurde überhaupt notwendig sein, den Begriff „vorübergehend“ dementsprechend zeitlich zu begrenzen, um dem modernen Rechtsgefühl eine Rechnung zu tragen. Dagegen würden als vorübergehende Beschäftigung nur die für bestimmte vorübergehende Dienstleistungen eingestellten Hilfskräfte anzusehen sein, wie beispielsweise Spezialkräfte für städtische Bauten, die vielfach nicht einmal die Absicht dauernden Bleibens haben. Nach diesen Gesichtspunkten etwa würde die Entscheidung der Versicherungsbehörde zu treffen sein, und aus einer eingehenden Nachprüfung der Einzelverhältnisse dürfte sich ergeben, daß tatsächlich nur ein sehr kleiner Teil als versicherungspflichtig zu bezeichnen sein wird, während die große Mehrzahl unbedenklich versicherungsfrei gemacht werden könnte. Dabei bleibt außerdem noch zu berücksichtigen, daß durch diese Maßnahme in vielen Fällen die nicht unerheblichen Beiträge zur Ortskonkurrenz und zur Invalidenversicherung gleichfalls erspart werden können. Kommunen wirkschaftlich blieb daher diese Maßnahme in jeder Beziehung mit Vorteile mit sich bringen und unbedingt zu empfehlen sein. Die Regelung in diesem Sinne würde allen Beteiligten gerecht werden und eine finanzielle und sozialpolitische Handlung von hervorragender Bedeutung darstellen. Zur Besteuerung eines noch vorhandenen Bedenks mag noch auf einige süddeutsche Städte, wie Karlsruhe, Freiburg i. B. u. a. hingewiesen sein, wo man das sogenannte Hilfsarbeiterstystem wenig und gar nicht kennt, vielmehr jeder, der sich im Dienst der Verwaltung bewährt hat und benötigt wird, bei einwandfreier Führung und nach vollendetem 25. Lebensjahr zur Anstellung gelangt.

Für neu eintretende Hilfskräfte, die durchweg versichert sein werden, würde sich nur erübrigen, die Versicherung bis zur Erlangung der Berechtigung auf Rentenbezüge fortzusetzen oder sich die Leistungen des Gesetzes durch Zahlung einer Anerkennungsgebühr von 8 M. zu sichern. Je nach den Einzelverhältnissen wird die Versicherungspflicht entweder fortzuführen oder durch Sicherung der notwendigen Mindestpensionsleistungen stillzustellen sein. △

— **Stadtverordneten-Stichwahl.** Die Beteiligung an der gestrigen Stadtverordneten-Stichwahl der 3. Wahlabteilung war, obwohl die Sozialdemokraten gewissemassen die beiden Mandate allein vergeben konnten, eine außerordentlich regelrechte. Es wurde nur ein Stellvertreter, der die Namen der Kandidaten **Erhardt** und **Müller** enthielt. Über den Ausgang der Wahl kann sonach ein Zweifel nicht bestehen.

— **Sabern und der Reichstag.** Über die für unsere innerpolitischen Verhältnisse so wichtigen Vorgänge in Sabern und im Reichstag wird in einer öffentlichen Versammlung, die der Wahlverein der Fortschrittlichen Volkspartei nächsten Freitag im Saal der „Turngesellschaft“, Schwalbacher Straße 8, veranstaltet, der bisherige Alfred Wolf sprechen. Wolf ist nicht nur als gewandter Redner bekannt, sondern er besitzt auch die wünschenswerte Kenntnis und das richtige Verständnis für die jüngsten Ereignisse. Alfred Wolf wird im Lauf dieser Woche auch in einer großen Volksversammlung in Frankfurt sprechen.

— **Wuchel- und Eichelmaß 1913.** Die Wuchel hat im Jahre 1913 im Regierungsbereich Wiesbaden nur wenig gebracht, und außerdem ist die Blüte, wenigstens in den wärmeren Lagen, durch Spätfröste zerstört. Nur ganz vereinzelt findet sich in den Waldungen etwas Sprengrast mit viel laubem Wuchelkern. In den Obersöderen Hachenburg, Kronbach, Herborn, Hahnstätten, Hofheim und Cronberg war eine Eichelmaß zu verzeichnen, die sich lohnte, waldbaulich zu verwerten. Eine Ausnahme von dem im allgemeinen unbefriedigenden Ergebnis bildet der Wald der Gemeinde Hörsheim, in dem eine Halbmaß zu verzeichnen ist.

— **Was schenkt ich nur?** Mit dieser oft heißen Frage beschäftigen sich zur Weihnachtszeit recht viele, ohne auf ein Geschenk zu kommen, was von jedermann mit Freuden begrüßt wird, besonders aber bei unserer Jugend hellen Jubel hervorruft. Dieses eigenartige und schöne Geschenk besteht in einem „guten Buch“. Das Buch ist nicht nur eine unverfiegleiche Quelle der Freude, sondern es ist weit vor allem bildend, es ruft den Besitzer immer wieder zu sich, bereitet reinen Genuss und hilft über manche langweilige Stunde hinweg. Und welche reiche Auswahl bietet der deutsche Buchermarkt auf allen Gebieten der Wissenschaft und Unterhaltung, so daß mit Leichtigkeit für jeden etwas Passendes zu finden ist. Auch stellen die biebigen Buchhandlungen ihrer Kundenschaft bereitwillig reichhaltige Weihnachtstafelosungen vor. Verfügbare Schriften sind noch beim Einkauf guter Bücher für den Weihnachtstisch auf die im „Wiesbadener Tagblatt“ interessierenden Buchhandlungen empfehlend hingewiesen.

— **Erziehung zur Ehe.** Eine eigenartige Ressource hat sich, wie die Zeitchrift für allgemeine Rechtskunde „Gesetz und Recht“ mitteilt, fürzlich ein Buchhändler geleistet. In Zeitungsanzeigen pries er an: „Was muß ein junges Mädchen vor der Ehe wissen? Ausführliches Werk gegen Nachnahme von 2 M. 40 Pf.“. Darauf erhielt er über 25 000 Aufträge und sandte den Bestellerinnen ein Kochbuch. Er hatte ein glänzendes Geschäft gemacht. Einige seiner Vertragsgenossen erhoben gegen ihn die Klage auf Unterlassung wegen unlauteren Wettbewerbs, weil er in seiner Anzeige einen Preisträger erregt habe; die Bestellerinnen hätten etwas anderes erwartet. Er verteidigte sich damit, daß von seiner den zahlreichen Bestellerinnen eine Befreiung vor ihm gelangt sei. Der Rechtsstreit ist noch nicht entschieden. Die Zeitchrift „Gesetz und Recht“ meint im Anschluß an diese Mitteilung, daß hier der § 1 des Wettbewerbsgesetzes gegeben sei, der eine Kellone verbietet, die gegen die guten Sitten verstößt. Wir finden, man kann den Fall auch weniger ernsthaft ansehen und den Bestellerinnen die Letztton gönnen, die ihnen ein pfiffiger Buchhändler ertritt hat.

— **Personal-Nachrichten.** Richter Gombert von Frankfurt a. M. ist an die Gerichtsstätte nach Wiesbaden versetzt an Stelle des Gerichtssekretärs **Brädel**, welcher in den Ruhestand tritt.

— **Ordensverleihung.** Cornisonverwaltungsdirektor **Rechnungsrat Löffler** zu Wiesbaden erhielt den königlichen Kronenorden 3. Klasse.

— **Tagblatt-Sammlungen.** Dem Tagblatt-Berlag angekauft für Kunden für 3 M. von Herrn Max Helfferich, Inhaber Firma **V. A. Stöck Nachf.**, 3 M., von **Demius** 3 M. Für Weihnacht für Schulkindern von Herrn Max Helfferich, Inhaber Firma **V. A. Stöck Nachf.**, 3 M., von **Demius** 3 M. Für das Verfolgungshaus für alte Leute: von **G. & S. 5 M.**, von

W. 10 M. Für die Herberge zur Heimat: von **G. & S. 5 M.**, für die Schuppenkirche: von **G. & S. 5 M.**, Uingenamit 4 M. von **G. & S. 3 M.**, von **G. & S. 2 M.**, von **Demius** 1 M. Für die Blindenanstalt: von **Demius** 3 M. von **Tante Anna** 2 M. von **M. 10 M.** Für den Kinderhort: von **M. 10 M.**, von **Tante Anna** 2 M. von **M. 10 M.** Für das Rettungshaus: von **M. 10 M.**, von **Tante Anna** 2 M. Für den Kinderbewohnerhalt: von **Tante Anna** 2 M. Für den Fürsorgekreis **Johanneskirche**: von **M. 10 M.** Für den Tierforscherverein: von **Freu Luise Schödl** 3 M. Für den Nass Gefangenverein: von **Tante Anna** 2 M. Für die Augenheilanstalt: von **Tante Anna** 2 M.

Theater, Kunst, Vorträge.

* **Königliche Schauspiele.** In der am Mittwoch stattfindenden Aufführung der „Walfür“ singt **Fr. Engerich** zum erstenmal die Brünhilde. Als diesjährige Weihnachtsspiel wird für den 20. d. M. **Görres** Märchen „Rottkäppchen“ vorbereitet; zugleich wird im Anschluß hieran zum erstenmal die Ballettromantik „Der verzauberte Prinz“ mit der Musik des einheimischen Komponisten **Otto Höfer** in Szene gebracht.

* **Kurhaus.** In der Reihe der Extravaganzenkonzerte im Kurhaus war für gestern ein Kammermusikabend angesetzt, und daß dieser zweite vornehmer Musikabend immer noch viele Freunde hat, beweist die große Zahl der Zuhörer, die mit gespannter Aufmerksamkeit den Vorträgen folgte und mit reichen Beifallsbezeugungen nicht langte. Das Programm war durch Griegs beliebte **F. Dur-Sonate** für **Violin** und **Klavier** eröffnet, von dem **Pianisten W. Rennet** aus Frankfurt und **Konzertmeister Schiering** sehr exakt gespielt. Die beiden Gesänge mit temperamentvoller Werbe, der Mittelstimmdegenz und flauschig Herr **Rennet** erwies sich im weiteren in einigen Solostudien als sehr gewandter Pianist. Besonders interessierte ein **Bröckelkum** und **Fuge** eigener Komposition, das **Bröckelkum** zu einer prächtige Steigerung und reizvolle Harmonie, die **Fuge** durch gelöste Bearbeitung des eindrucksvollen Themas. Zum Schlus vereinigten sich die Herren **Schiering** (1. **Violin**), **Schotte** (2. **Violin**), **Sadony** (Bratsche) und **Schödl** (Cello) in Schumanns „Röckelkum“ Quartett zu einem flauschigen und spielfreudigen Ensemble. Der romantische 1. Satz, das reizvolle **Scherzo**, das im Beethovenischen Geist empfundene **Adagio** und das schwingvolle Finale fanden unter der anfeuernden Führung von Herrn **Schiering** eine in allen Stücken einwandfreie Ausführung. —

— In dem **Regierungssabend** am Mittwoch wird **Denny Weil** eine Reihe ausgewählter Dichtungen vortragen, u. a. das Buch **Muth (Bibel)**, **Das Wäldchens Klepe** von **Ober**, **Am Ufer** von **Li-Tai-Bo**, **Der Kaiser** von **Thu-Tu**, **Die Brüder von Korin** von **Hoefel** sowie **Belfazar** von **Heine**. Eine Anzahl weiterer Dichtungen von **Wolfgang Holtz**, **Anna Holtz** und **Wundhausen** bilden den Schlus des Recitals. — Das 6. **Reßluss-Konzert** am Freitag dieser Woche im Kurhaus meist zwei Dirigenten auf, und zwar neben **Musikdirektor Karl Schuricht** den im **Winfest** bestens bekannten **Dirigenten des Orchesters der Hamburger Musikkneipe, Siegmund v. Hausemer**. Als Solistin wird sich erstmals **Anna Heaner**, eine **Violinvirtuösin**, vorstellen.

* **Vorträge.** An den nächsten beiden Freitagen, dem 12. und 19. Dezember, abends 8½ Uhr sind Vortragsverträge vorgetragen. Im Saal des **Städtischen Realgymnasiums (Oranienstraße)** wird **Dr. Stolmann** über Napoleon sprechen. Der erste der beiden Vorträge, zu denen der Eintritt wie immer frei ist, wird Napoleons Aufstieg zur Macht behandeln.

Dereins-Vergnügungen.

* Am letzten Mittwoch hielt der **Frauenverein** der **Guthertfingengemeinde**, der auf das 6. Jahr seines Bestehens zurückblickt, seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Aus dem von **Fr. Valerie Böller** erthatteten Jahresbericht ging hervor, daß der Verein jetzt 1167 Mitglieder zählt und es ihm wie in den Vorjahren dank zahlreicher williger Herzen und Hände ermöglicht war, den hilfsbedürftigen Kranken und Armen der Guthertfingengemeinde eine Unterstützung zu gewähren. Die beiden Gemeindewerteren führten vom 1. Dezember 1912 bis Ende November d. J. 3706 Besuche gegen 4549 im Vorjahr aus, und 431 Stud. Weib- und Bettwäsche konnten an Notleidende verteilt werden. Wie auf den zwei Arbeitsgebieten, der **Schwesternstation** und der **Räthstunde**, so konnten auch auf dem dritten im 4. Vereinsjahr neu geschaffenen **Wirkungsfeld**, der **Meinlinde Schule**, den minderbemittelten Familien durch **Kürtüre** für ihre noch nicht schulpflichtigen Kinder gedient werden. Im November d. J. betrug die Zahl der die **Meinlinde Schule** besuchenden Kinder 105, in den einzelnen Monaten vorher vom Dezember 1912 an waren es zwischen 50 und 80 Kinder. Der von **Fr. Luise Recke** gegebene **Haushaltbericht** zeigte, daß im 5. Vereinsjahr eine bedeutende Steigerung der Ausgaben infolge der Sorge für die **Meinlinde Schule** eingetreten ist, aber die Einnahmen noch so waren, daß allen Anforderungen an die Einnahmefest in genügender Weise entsprochen werden konnte. Bei der dann folgenden Wahl wurde der bisherige geschäftsführende Vorstand, bestehend aus Frau General **v. Kruska**, Frau **Präsident Stumpf**, **Fr. Luise Recke** und **Fr. Valerie Böller**, wieder gewählt.

Dereins-Seste.

Autobus fährt bis in die Seste.

* Am Sonntag, den 30. November, zeigte der hiesige **Martinverein** im **Augusta-Fiktoria-Bad** den großzügigen **Guthertfingengemeinde**, der auf das 6. Jahr seines Bestehens zurückblickt, seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Aus dem von **Fr. Valerie Böller** erthatteten Jahresbericht ging hervor, daß der Verein jetzt 1167 Mitglieder zählt und es ihm wie in den Vorjahren dank zahlreicher williger Herzen und Hände ermöglicht war, den hilfsbedürftigen Kranken und Armen der Guthertfingengemeinde eine Unterstützung zu gewähren. Die beiden Gemeindewerteren führten vom 1. Dezember 1912 bis Ende November d. J. 3706 Besuche gegen 4549 im Vorjahr aus, und 431 Stud. Weib- und Bettwäsche konnten an Notleidende verteilt werden. Wie auf den zwei Arbeitsgebieten, der **Schwesternstation** und der **Räthstunde**, so konnten auch auf dem dritten im 4. Vereinsjahr neu geschaffenen **Wirkungsfeld**, der **Meinlinde Schule**, den minderbemittelten Familien durch **Kürtüre** für ihre noch nicht schulpflichtigen Kinder gedient werden. Im November d. J. betrug die Zahl der die **Meinlinde Schule** besuchenden Kinder 105, in den einzelnen Monaten vorher vom Dezember 1912 an waren es zwischen 50 und 80 Kinder. Der von **Fr. Luise Recke** gegebene **Haushaltbericht** zeigte, daß im 5. Vereinsjahr eine bedeutende Steigerung der Ausgaben infolge der Sorge für die **Meinlinde Schule** eingetreten ist, aber die Einnahmen noch so waren, daß allen Anforderungen an die Einnahmefest in genügender Weise entsprochen werden konnte. Bei der dann folgenden Wahl wurde der bisherige geschäftsführende Vorstand, bestehend aus Frau General **v. Kruska**, Frau **Präsident Stumpf**, **Fr. Luise Recke** und **Fr. Valerie Böller**, wieder gewählt.

— **Wiesbadener Tagblatt.** In dem gestern abend in der Aula der **Richtschule** abgehaltenen **Vortragsabend** war Vortragender Kapitän **zur See a. D. Freiherr v. Reitersdorff-Hüllenseem**. Das **Vortragsabend** lautete: „Das moderne **Schlachtkreuz** und seine Handhabung im Gefecht“. Der Redner behandelte den Gegenstand in klarer und anschaulicher Weise unter steten Vergleichen mit bekannten Dingen und Verhältnissen. Er schilderte anschaulich die Schußvorrichtungen, die gewaltigen Panzerplatten, die das ganze Schiff umgeben und auch im Innern vorhanden sind, und weiter die Angriffs- und Verteidigungswaffen eines Kriegsschiffes, Geschütze, Torpedos und Rammspann. Interessant war auch die Beschreibung der Torpedos. Zum Schlus gab der Vortragende eine Schilderung des modernen Seegeschäfts in allen Einzelheiten. Eine gute Unterhaltung fanden seine Aufführungen, denen auch der Humor nicht fehlte, in den vielen wohlgelungenen Lichtbildern, die den Text begleiteten. Dementsprechend war auch der Beifall der Zuhörer nachhaltig und stark.

— **Wiesbaden.** Gestern hielt Herr **Lenzsch** (Wiesbaden) im Saal „Zum Adler“ zwei **Wichtverträge**, einen für **Schüler** um 5 Uhr und einen für **Erwachsene** um 8 Uhr. Nachmittags wurden die schönsten Gegenstände des **Hauses**, **Riesengeschenk** und **Schwargeschenk** durchwandert und **Cinematorographie** Stände vorgeführt, abends **Handwerk** und **Kunst** in Oberbauen gezeigt, wobei die **Königsschäffer** und **Seen** in den **Wortergründ** traten. Das Drama: „Im Land der Löwen“ bildete den Schlus der Aufführungen.

— **Erbenheim.** Am 6. Dezember. Zur **Wortergründ** der Landeskultur, insbesondere des **Obstbaus**, ist es erwünscht, die Feld-

hüter des Landkreises Wiesbaden auch in diesem Jahre in der Pfanzung und Pflege der **Obstbaum**e, in der Erkennung und Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten und Schädlingen, sowie in den auf den Obstbau bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen durch den Kreisobst- und Weinbaupräsidenten unterweisen zu lassen. Dieselbe findet am 30. d. M. im **Gasthaus „Zum Schwanen“** (Besitzer Heinrich Merten) statt, und wird vormittags um 9½ Uhr beginnen.

— **Igstadt, 7. Dezember.** Daß auch in den der Stadt Wiesbaden nahegelegenen Jagdbezirken der diesjährige Bestand an Hasen dem der Vorjahr nicht gleichkommt, hat das Ergebnis der gestrigen Treibjagd ebenfalls erwiesen, welche von den Jagdpächtern, den Rechtsanwälten **Dr. Viehbach** und **A. Reinhmann** aus Wiesbaden, veranstaltet wurde. Die Strecke betrug außer 8 Haken, 2 Füchsen und 7 Hasen nur 106 Hasen, während in früheren Jahren bei Treibjagden in hiesiger Gemarkung schon bis zu 300 Hasen zur Strecke gebracht wurden.

— **Wiesbaden, 8. Dezember.** Unser **Hoheinachtshaus** erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Einer der Hauptproduzenten, **Walt** und **Landwirt Heinz Metten** (Erbenheim), hat dieser Tage sogar eine höhere Sendung nach **Zege** abgerichtet.

— **Naurod, 6. Dezember.** Der 13. Landwirtschaftliche Verein wird am Sonntag, den 14. d. M., nachmittags 3 Uhr, im **Gasthaus „Zum Hirsch“** (Besitzer Heinrich Pecht) eine Versammlung mit Vortrag des Kreisobst- und Weinbaupräsidenten **Gidel** (Wiesbaden) über „Steinobstbau“ und Besprechung über **Buchführung** abhalten. Der Eintritt ist jedermann, auch Frauen und Mädchen, gestattet.

Nassauische Nachrichten.

— **Personal-Nachrichten.** Die **Reichsgerichtskollegie** Edward Kreis in Gladbach, Edward Kreisberger in Wiesbaden und August Waldus in Nennigkron sind zu Steuerinspektoren ernannt worden. — Der Titel „Oogenmeister“ ist verliehen worden den Ärzten: 1. **Kliniken zu Biebrich, Oberförsterei Strupach**, 2. **Schneiders zu Altenahr, Oberförsterei** 3. **Diez, 8. Schäfer zu Hedschbach, Oberförsterei** 4. **Bolt zu Altenahr, Oberförsterei Niedernberg**, 5. **Wilmann zu Arzbach, Oberförsterei** 6. **Welschendorf, 6. Hubs zu Welschendorf, Oberförsterei** 7. **Kasten zu Oberjosbach, Oberförsterei** 8. **Sauerwein zu Hohenstein, Oberförsterei** 9. **Capito zu Schlossborn, Oberförsterei** 10. **Krohn zu Dernbach, Oberförsterei** Gledenbach.

— **Langenschwalbach, 7. Dezember.** Seine erste allgemeine **Gesäß- und Kaninchenausstellung** veranstaltete vom 6. bis 8. Dezember im „Goldenen Löwen“ in Langenschwalbach der **Gesäßzuchtverein Langenschwalbach** und Umgegend. Die zur Schau gestellten 178 Stück Hühner und Grohgescäß, 128 Tauben und 69 Kaninchen repräsentierten teilweise eine Klasse, die bei der Verbandsausstellung in Wiesbaden vor 14 Tagen nicht anzutreffen war. Von den 8 verhauenen Masthähnen konnte ein Paar die silberne Verbandsmedaille erringen, in der gleichen Gruppe wurden verliehen ein 2. Preis und zwei lobende Anerkennungen. Von den 3 Frau nachauischen Legehähnern errang je ein Paar einen 2. Preis, einen

Preisverteilung der Lothringischen Akademie.

Strasburg, 8. Dezember. Die „Straßb. R. R.“ melden aus Rhein-Beieren versammelte sich die lothringische Akademie in Nancy zu einer feierlichen Sitzung, um die diesjährige Preisverteilung vorzunehmen. Zwei Preise waren ausgesetzt, als Prix de Dévouement, also als Preise für hingebende Aufopferung. Preisträger sind der Präsident der beiden „Souverain“, Herr Jean, der für seine Tätigkeit in Rothringen einen Preis von 3000 Franken erhalten soll, und Paul Urtin, Redakteur am „Nouvelliste“ in Colmar, bekannt als Korrespondent des „Matin“, der 2000 Franken erhält.

Ein Hauptmann fahnenflüchtig.

„ Berlin, 8. Dezember. Hauptmann Max Klinge, der früher als Oberleutnant vom 23. Infanterie-Regiment in Saarbrücken zur Gewehrprüfungskommission in Spandau kommandiert war und am 1. Oktober unter Beförderung zu seiner jetzigen Charge zu seinem Regiment zurückberufen war, erbat einen 10-tägigen Urlaub, von dem er jedoch nicht zurückkehrte. Von seinem Regiment wurde Hauptmann Klinge daraufhin für fahnenflüchtig erklärt; mit ihm ist auch seine Frau verschwunden. Es stellt sich heraus, daß Hauptmann Klinge große Verbindlichkeiten, u. a. eine Wechselchuld über 12 000 R. eingegangen war, die am 2. Oktober fällig wurde. Der Wechsel ging zum Protest und wird jetzt gegen Hauptmann Klinge und seine Frau, beide unbekannten Aufenthalts, öffentlich eingezogen.

Die Radiumbeschaffung aus staatlichen Mitteln.

○ München, 8. Dezember. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Die bayerische Gesellschaft für Geburthilfe und Frauenheilkunde hat gestern in einer Sitzung ausgedrochen, daß die Beschaffung des nötigen Radiums für die Behandlung des Krebses mit radioaktiven Strahlen durch den Staat erfolgen müsse, und daß dies äußerst dringend sei im Interesse der wissenschaftlichen Forschung und der Krebskranken.

Das neue französische Ministerium.

„ Paris, 8. Dezember. Doumergue hat dem Präsidium der Republik mitgeteilt, daß er die Aufgabe der Kabinettbildung nunmehr amtlich übernehme. Das Kabinett wird voraussichtlich folgendermaßen zusammengesetzt: Präsidium und Außenminister: Doumergue; Inneres: Renault; Justiz: Bienvenu Martin; Finanzministerium: Caillaux; Krieg: Moulens; Marine: Monis; Unterricht: Viviani; Öffentliche Arbeiten: Malvy; Handel: Ferdinand David; Ackerbau: Raynouard; Kolonien: Debun; Ministerium der Arbeit und sozialen

Fürsorge sowie die verschiedenen Unterstaatssekretariate sind noch nicht besetzt.

Zum Streit in Dublin.

„ London, 8. Dezember. Die durch die großen Demüthungen der Dublinter Stadtverwaltung und der Regierung glücklich zustandegekommenen Konferenz zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter, die dem Verkehrsstreit ein Ende machen sollte, begann am Samstag in Dublin ihre Verhandlungen, die mit einer Unterbrechung bis Sonntag früh 8 Uhr andauerten, aber als aussichtslos abgebrochen wurden. Die Dinge liegen jetzt genau so wie vor dem Eintreffen der englischen Delegierten des Transportarbeiter-Verbandes.

Das vorläufige Ergebnis der Wahlen in Bulgarien.

„ Sofia, 8. Dezember. Die Resultate der Neuwahlen sind noch nicht bekannt und werden wohl auch erst morgen in ihrer Gesamtheit vorliegen. Bis jetzt kann man jedoch feststellen, daß die Sozialisten einen sehr starken Zuwachs an Stimmen zu verzeichnen haben.

Der neue türkische Gesandte in Athen.

„ wb. Konstantinopel, 8. Dezember. Nachdem Griechenland sein Agreement ertheilt hat, ist Chalib Bey zum Gesandten in Athen ernannt worden.

Die Lage der Fremden in Mexiko.

„ wb. Mexiko, 8. Dezember. Ein Tagesbefehl an die Armee untersagt jede Belästigung der Ausländer und erlaubt, Leben und Eigentum der Ausländer geachtet werden; weder Geld noch Nahrungsmitte dürfen von ihnen verlangt werden. Es soll den Ausländern freistehen, die Kauflage zu verlassen, sobald sie es wünschen. — Die deutsche Gesandtschaft installiert nach einer Meldung der „Frankf. Zeit.“ eine eigene Marconestation zur Verbindung mit den deutschen Kriegsschiffen. Die Polizeitruppen der fremden Kolonien sind organisiert und einsatzbereit.

Ein schwerer Verkehrsungfall in Berlin.

„ Berlin, 8. Dezember. Ein schwerer Zusammenstoß zwischen der Straßenbahn und einem Pferdewagen ereignete sich heute nachmittag in der Oranienburger Straße. Vorstieß ein mit Fässern beladener Transportwagen einer Weißbierbrauerei so heftig auf einen Straßenbahnwagen, daß dessen Bordperron vollständig eingedrückt wurde und der Pferewagen umstieß. Durch die herobstürzenden Fässer wurden fünf Fahrgäste der Straßenbahn, die auf dem Perron standen, nicht unerheblich verletzt, während der Lenker des

Bierwagens Gustav Schenck aus Niederschönhausen eine knifflige Kopfwunde davontrug. Eine Dame, die im Innern des Straßenbahnwagens saß, erlitt einen Nervenschlag.

Ein tragischer Jagdunfall.

„ Brüssel, 8. Dezember. Der bekannte Automobilfahrer Camille Jenati, welcher seit Jahren in Brüssel eine Pneumatikfabrik besitzt, war gestern nachmittag das Opfer eines schrecklichen Jagdunfalls in den Ardennen, wo er mit Freunden auf Hochwild jagte. Er erhielt einen Schlag, der die Schläfenader zertrümmerte. Trotz aller Bemühungen seiner Freunde und eines herbeigerufenen Arztes starb Jenati am Blutverlust. Jenati ist 40 Jahre alt gewesen; er gewann 1903 den Gordon-Bennell-Preis.

„ Berlin, 8. Dezember. Zum ersten Male wird vom Stadtparlament eine Frau als Bürgerdeputierte vorgeschlagen, nämlich die Armenkommissionvorsteherin Frau Ottilia Gerndt.

„ wb. Karlsruhe, 8. Dezember. Der Großherzog verließ dem „Staatsanzeiger“ aufscheitend aus seinem Amtsschreiber den Oberbürgermeister Dr. Karl Wilden in Heidelberg den Stern zum Kommandeurkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen. — Die Wahl des neuen Oberbürgermeisters findet, wie wie zuverlässig erschien, am 30. Dezember statt.

„ wb. Sigmaringen, 8. Dezember. Erlöhnig Manuel ist mit Gemahlin wegen Krankheit der Flüchtinmutter von München hierher zurückgekehrt.

„ wb. New York, 8. Dezember. (Reuter.) Nach einem Telegramm aus San Domingo hat die Regierung energisch gegen eine amerikanische Einmischung in die kommenden Wahlen protestiert.

„ wb. Berlin, 8. Dezember. Ein schwerer Verkehrsungfall in Berlin.

„ Berlin, 8. Dezember. Ein schwerer Zusammenstoß zwischen der Straßenbahn und einem Pferdewagen ereignete sich heute nachmittag in der Oranienburger Straße. Vorstieß ein mit Fässern beladener Transportwagen einer Weißbierbrauerei so heftig auf einen Straßenbahnwagen, daß dessen Bordperron vollständig eingedrückt wurde und der Pferewagen umstieß. Durch die herobstürzenden Fässer wurden fünf Fahrgäste der Straßenbahn, die auf dem Perron standen, nicht unerheblich verletzt, während der Lenker des

zuziehen auf die Gerüchte von Stabeisenpreiserhöhungen eines Walzwerkes um 3 M. Naphtha-Nobel gingen stärker in Kurs zurück und im Anschluß daran blieben auch russische Banken einen Teil ihrer Besserung ein. Der Kassamarkt war fest.

Kreditkasse	202%	Kanada	222%	Rhein. Stahlw.	151%
Hand.-Gesell.	155%	Orientbahn	200%	Rombacher	149%
Commerzbank	107%	Meridional	110%	Paketfahrt	123%
Darmstäd. Bank	115%	Pennsylvania	110%	Hamburg-Süd	171%
Deutsche Bank	245%	Hessen	161%	Hans-Dampf	274%
Deck-Kommand.	125%	45-Russland (1907)	90%	Lloyd	119%
Dresdner Bank	150%	Turkenlose	171%	Dynasty-Trotz	173%
Nationalbank	116%	Aeschi-Friede	157%	Naphtha-Nobel	406%
Schaffhauser	105%	Bochumer	209%	Alte Elektrizität	235%
Post. Int. Habsb.	204%	Luxemburger	123%	D. Uebersee El.	166%
LüB.-Büchener	123%	Gesellknechen	123%	Siemens	217%
Schautzg. Bahn	123%	Harpener	174%	Schuckert	150%
Lombarden	22%	Hohenloewerk	134%	Ges. f. elektr.	—
Anatolier	118%	Laurahütte	161%	Untern.	158%
Baltimore	93%	Phönix	236%	South-Westaf.	114%

Frankfurter Nachbörsen.

„ Frankfurt a. M., 8. Dezember. Kurse von $1\frac{1}{4}$ bis $2\frac{1}{4}$ Uhr. Kreditaktien 203%. Disconto-Commodit. 185%. Dresdner Bank —. Petersb. Int. Handelsbank 204% a $7\frac{1}{2}$. Siamtbahn 155%, Lombarden 22%, Baltimore und Ohio —. Nord, Lloyd 119%. Paketfahrt —. Bochumer 210%. Deutsch-Luxemburger 188%. Phoenix 235% a 231%, Edison 235% a 235%.

Banken und Geldmarkt.

„ Die Frage einer Diskontermäßigung der Reichsbank wird gegenwärtig wieder viel erörtert. Wenn es lediglich auf den Status der Reichsbank ankommt, so würde dieser ohne weiteres eine Ermäßigung gestatten, denn die Bank steht um 521 Mill. Mark besser als im Vorjahr. Nach einem Zwischenausweis vom 8. d. M. einschließlich hat der Metallbestand um 9 (I. V. 8 Mill. Mark abgenommen. Die Anlagen verringerten sich um 5 (25) Mill. Mark. Die fremden Gelder haben um 30 Mill. Mark zugenommen gegen eine Abnahme um 14 Mill. Mark im Vorjahr. Die nicht bar gedeckten Noten der Bank stellten sich am 3. d. M. auf 883 Mill. Mark gegen 904 Mill. Mark im Vorjahr.

„ Die Schwarzburgische Hypothekenbank in Sondershausen schätzt die Dividende für das laufende Geschäftsjahr auf 5% Proz. (wie im Vorjahr).

Berg- und Hüttenwesen.

„ Niederrheinische Bergwerksgesellschaft m. b. H. In der Gewerkenversammlung der Gewerkschaften Ernst Moritz Arndt, Großherzog von Baden und Süddeutschland, welche bekanntlich in der Niederrheinischen Bergwerksgesellschaft m. b. H. zu einer Betriebs- und Interessengemeinschaft zusammengeschlossen sind, wurde der vorgelegte Geschäftsbericht sowie die Bilanz- und Gewinn- und Verlustrechnung der drei Gewerkschaften und der Niederrheinischen Bergwerksgesellschaft genehmigt. Die ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats wurden wiedergewählt.

„ Vom Kali-Syndikat. Der in der vorgestrigen Gesellschafterversammlung gewählte Ausschuß hat sich in der Weise konstituiert, daß ein Ausschuß für die Fragen der Syndikatserneuerung, der andere für die Bindung der Werke tätig ist. Den Vorsitz beider Ausschüsse führt Geheimer Justizrat Kempner.

Industrie und Handel.

„ Verbandsbildung im deutschen Leinengewerbe. In einer Versammlung der Vertreter der deutschen Leinenwebereien wurde ein Verband der Leinenweber gegründet. Dem neuen Verband sind fast alle bedeutenden Leinenweberien Deutschlands beigetreten. Mit der Gründung des neuen Verbandes soll keine Preiskonvention verbunden sein. Es wird vor allem die Herbeiführung besserer Zahlungsbedingungen gegenüber der Kundschaft erstrebt.

„ Eine Konvention der Möbelstoffgrossisten ist, wie die „Textil-Woche“ mitteilt, zustande gekommen und wird am 1. Januar 1914 in Kraft treten. Die Konvention hat Verkaufs-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen aufgestellt.

Verschiedenes.

„ Die Ernte in Hessen-Nassau. Nach den jetzt schon vor-

zuhenden Jahren gegen das Vorjahr pro Hektar und Tonnen gerechnet gegen das Vorjahr folgende Ziffern: Winterweizen 60563 (62 665) Hektar Anbaufläche ergaben 143 714 (152 326) Tonnen = 2.37 (2.43) Tonnen vom Hektar. Sommerweizen 5246 (208) Hektar ergaben 11 213 (4038) Tonnen = 2.14 (2.00) Tonnen vom Hektar, zusammen 154 927 (166 364) Tonnen.

Winterroggen 147 632 (145 134) Hektar ergaben 303 314 (301 103) Tonnen = 2.10 (2.07) Tonnen vom Hektar. Sommerroggen 741 (585) Hektar ergaben 1061 (764) Tonnen = 1.43 (1.31) Tonnen vom Hektar, zusammen 310 375 (301 007) Tonnen. Sommergerste 23 070 (22 309) Hektar ergaben 46 116 (45 207) Tonnen = 2.00 (1.93) Tonnen vom Hektar. Hafer 153 043 (150 819) Hektar ergaben 358 870 (361 937) Tonnen = 2.34 (2.14) Tonnen vom Hektar. Kartoffeln 89 937 (87 966) Hektar ergaben 1 375 480 (1 354 060) Tonnen = 15.28 (17.67) Tonnen vom Hektar, davon waren erkrankt 48 808 (46 480) oder 3.5 (3.6) Proz. Kleeheu 44 453 (36 672) Hektar ergaben 280 540 (179 423) Tonnen = 6.31 (4.88) Tonnen vom Hektar. Luzernheu 5283 (5200) Hektar ergaben 35 173 (30 786) Tonnen = 6.6 (5.8) Tonnen vom Hektar. Bewirtschaftungswiesen 9856 (9332) Hektar ergaben 57 211 (23 534) Tonnen = 5.80 (5.99) Tonnen vom Hektar, andere Wiesen 173 437 (176 929) Tonnen ergaben 824 006 (861 793) Tonnen = 4.75 (4.87) Tonnen vom Hektar, alle Wiesen zusammen ergaben 881 216 (885 327) Tonnen.

Der heutigen Stadtauflage liegt ein Prospekt vom Warenhaus Julius Bormash, G. m. b. H., Wiesbaden, betr. Weihnacht-Verkauf, bei.

K 44

Der 9. im e. n. v. die

10. im e. n. v. die

11. im e. n. v. die

12. im e. n. v. die

13. im e. n. v. die

14. im e. n. v. die

15. im e. n. v. die

16. im e. n. v. die

17. im e. n. v. die

18. im e. n. v. die

19. im e. n. v. die

20. im e. n. v. die

21. im e. n. v. die

22. im e. n. v. die

23. im e. n. v. die

24. im e. n. v. die

25. im e. n. v. die

26. im e. n. v. die

27. im e. n. v. die

28. im e. n. v. die

29. im e. n. v. die

30. im e. n. v. die

31. im e. n. v. die

32. im e. n. v. die

33. im e. n. v. die

34. im e. n. v. die

35. im e. n. v. die

36. im e. n. v. die

37. im e. n. v. die

38. im e. n. v. die

39. im e. n. v. die

4

Biesbadener Neueste Nachrichten

Biesbadener General-Anzeiger

Altingen, Bredenheim, Flörsheim, Frauenstein, Mosenheim, Medenbach

Bezugspreis: Durch unsere Trägerinnen und Vertretungen: Ausgabe A: 80 Pf. monatlich, 1,80 Mark vierteljährlich. Ausgabe B: 80 Pf. monatlich, 2,40 Mark vierteljährlich. (Zustellgebühr monatlich 10 Pf.) Durch die Post: Ausgabe A: 70 Pf. monatlich, 2,10 Mark vierteljährlich; Ausgabe B: 90 Pf. monatlich, 2,70 Mark vierteljährlich (ohne Zustellgebühr). Die Biesbadener Neuesten Nachrichten erscheinen täglich mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.



Amtliches Organ der Gemeinden

Raurod, Nordenstadt, Rambach, Schierstein, Sonnenberg, Wallau u. a.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum aus Stadtbezirk Biesbaden 20 Pf., aus Deutschland 30 Pf., aus dem Auslande 40 Pf. Im Reklameteil: Die Zeile aus Stadtbezirk Biesbaden 1 M., von auswärts 1,50 M. Bei Werberuhungen Nachlass nach ausliegendem Tarif. Für Plakatvorschriften übernehmen wir keine Haftung. Bei zwangsmässiger Belieferung der Anzeigebühren durch Klage, bei Konkursverfahren wird der bewilligte Nachlass unzulässig.

Berlag, Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Nicolaistraße 11. — Fernsprecher: Verlag Nr. 819, Redaktion Nr. 133, Geschäftsstelle Nr. 199, Filiale (Mauritiusstr. 12) Nr. 809.

Jeder Abonent der Biesbadener Neuesten Nachrichten (Ausgabe A) ist mit 300 Mark gegen Tod durch Unfall, jeder Abonent der Biesbadener Neuesten Nachrichten, der auch die humoristische Wochenzeitung "Kochbrunnengeister" (Ausgabe B) bezieht, insgesamt mit 1000 Mark auf den Lebens- und Ganz-Invaliditätsfall infolge Unfall bei der Nürnbergischen Lebensversicherungs-Vers. versichert. Bei den Abonnten der "Kochbrunnengeister" gilt, soweit dieselben verheiratet sind, unter den gleichen Bedingungen auch die Versicherung, so dass wenn Mann und Frau verunglückt sollten, je 1000 Mark, insgesamt also 2000 Mark zur Auszahlung gelangen. Jeder Unfall ist binnen einer Woche der Nürnbergischen Lebensversicherungs-Vers. anzugeben, der Verleger hat bis innerhalb 24 Stunden nach dem Unfall in dringlicher Behandlung zu begeben. Todesfälle müssen sofort, spätestens aber innerhalb 48 Stunden nach dem Eintritt zur Anmeldung gedacht werden. Über die Voraussetzungen der Versicherung geben die Versicherungsbedingungen Aufschluss.

Nr. 287

Dienstag, 9. Dezember 1913

28. Jahrgang.

Kurze Tagesübersicht.

Der Kaiser empfing gestern mittag im Neuen Palais die nach der Türkei abgehenden Offiziere.

Auf einem außerordentlichen Parteitag in Braunschweig wurde die Auflösung der braunschweigischen Befreiungspartei beschlossen.

Wie die "Oberhessische Volksstimme" zu melden weiß, soll Deputant von Forstner von Sachsen nach Gleiwitz versetzt werden.

Wie man aus Athen meldet, wird der fröhliche bulgarische Konsul im Piräus wegen Protonage ausgewiesen werden.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat sich mit großer Mehrheit für ein Flottenjahr ausgesprochen.

Das kämpfende Handwerk.

Handwerk und Industrie haben lange als Feinde gegolten und sich wohl selbst als Feinde angesehen. Die Lehrlingsausbildung und die allgemeine Frage der Abgrenzung von Fabrik und Handwerk sind Streitgegenstände gewesen. Aber der Streit ist nicht schwächer geworden. Auch der im engeren Sinne wirtschaftliche Kampf nicht. Früher haben viele geglaubt, daß die Industrie das Handwerk aufbrechen werde, aber das Handwerk selbst legt großen Wert auf die Feststellung, daß nur ganz bestimmte Handwerkszweige diesem Schicksal verfallen, andere sich einer gesunden Entwicklung erfreuen. Die Zahlen von der letzten hier in Druck kommenden Zahlung (1907) sind den Statistiken gemäß, aber in einer Zeit, wo Handwerk und Industrie bemühten, in der vielerorten Leipziger Arbeitsgemeinschaft zu einer Verständigung zu gelangen, ist eine solche Darstellung wohl erwünscht.

Die gesamten gezählten Handwerksbetriebe im Deutschen Reich sind nach einer Zusammenstellung der "Allgemeinen Reichs-Amt." in den Jahren zwischen 1905 und 1907 von 1 804 200 auf 1 378 818, das ist um etwa 50 000 oder 5,5 Prozent gewachsen. Das ist eine recht kräftige Fortentwicklung. Die einzelnen Größenklassen der Betriebe zeigen folgende Entwicklung:

Betriebe mit Personen	Jahr	Zunahme in Prozenten	
		1895	1907
1	741 615	704 756	-5,0
2-5	490 489	560 640	16,1
6-10	42 788	56 895	22,9
11-50	24 712	38 755	58,8
51-200	4 908	7 714	79,0
über 200	878	1 053	179,0

Eine Abnahme hatten also nur die Betriebe mit einer Person erfahren. Bei allen anderen Betriebsformen traten kräftigste Zunahmen auf, auch bei der von 2-5 Personen, die als die eigentliche Normalform des Handwerks gelten kann. Die Betrieb mit nur einer Person scheint nicht mehr so lebenskräftig zu sein wie früher; sie dürfen über für Anfänger und alte Meister ihre starke Existenzberechtigung behalten.

Selbstverständlich liegen die Verhältnisse bei den einzelnen Handwerken sehr verschieden. Viele sind durch die moderne Entwicklung mehr oder weniger verdrängt worden, andere haben ihre Stellung behauptet, aber keine Veränderung aufzuweisen, bei einer leichten Gruppe findet noch keine eine starke Weiterentwicklung statt. Wenn wir die Handwerksbetriebe von 2-5 Personen in sieben Gruppen einordnen und einen Stillstand dort annehmen, wo die Veränderung weder nach oben noch nach unten mehr als 5 Prozent beträgt, so erzielt sich folgendes:

1. Rückgang: Steinmehlen, Töpfer, Goldschmiede, Kupferschmiede, Hünghäuser, Uhrmacher, Seifensieder, Seller, Gerber, Schuhmacher;

2. Stillstand: Großschmiede, Buchbinder, Bau- und Möbelmächer, Bürstenmacher, Kürschner, Hutmacher;

3. Zunahme: Messerschmiede, Wagenbauer, Schäfle, Töpzerer, Drechsler, Bäder, Konditoren, Schäfle, Schneider, Handelsmächer, Barbiers und Friseure, Mänter und Haarunternehmer, Zimmerer, Glaser, Maler, Dachdecker, Steinmetze, Brunnenschmiede, Dienstleister.

Wir sehen, daß der Verluste eine größere Gewinnabilität gegenübersteht und daß an der Vermehrung hauptsächlich die kostfreien Gewerbe der Bauhandwerker, Bäcker, Schäfle und Barbiers beteiligt sind.

Die Großbetriebe weisen überall eine weit stärkere prozentuale Vermehrung auf. Betrieben mit mehr als 200 beschäftigten Personen sind am zahlreichsten im Baugewerbe (50 Betriebe), in der Wagnerie (99), in der Schuhmacherie (50), in der Buchbinderei (32), in der Schneiderie (25), in der Gerberei (22) und bei der Herstellung von Edelmetallwaren (20).

In den angeführten Handwerksarten waren im Jahr 1895 insgesamt 8 400 510, im Jahre 1907 dagegen 4 580 688 Personen beschäftigt, von denen mindestens die Hälfte auf den "handwerksmässigen" Betriebe entfällt. Nach Betriebsgrößenklassen verteilen sie sich auf die angeführten Betriebsarten wie folgt: in Alleinbetrieben und Motorbetrieben mit 1 Person 704 756, in Betrieben mit 2-5 Personen 819 061, mit 6-10 Personen 416 777, mit 11-50 Personen 810 647, mit 51-200 Personen 686 824, mit über 200 Personen 421 973, zusammen 4 580 688.

Das Tischlergewerbe ist oben unter denjenigen aufgeführt worden, die in der Betriebsform von 2-5 Personen

ihre Stellung zu behaupten vermochten. Von dem Vertreter einer großen Organisation dieses Gewerbes röhren besonders weit reichende Anregungen zur Herstellung einer Verbindung zwischen Handwerk und Industrie her. Der Geschäftsführer des rheinisch-westfälischen Tischlerinnungsverbandes, Kükelhaus, hat kürzlich vor Vertretern der Industrie seine Ansicht darüber ausgesprochen, wie das Handwerk durch Selbsthilfe, Hilfe des Staates und der Industrie gefördert werden könne. Wir stellen im folgenden einige Gedanken von Kükelhaus zusammen: Die Selbsthilfesbewegung des Handwerks muß mit allen Mitteln danach drängen, die Betriebe technisch in der bestmöglichen Weise auszurüsten. Die Handwerksorganisation hat die große Aufgabe, für die volle Ausnutzung der elektrischen Kraft zur Hebung der handwerklichen Produktion zu sorgen. Der östliche Staat hat einen Fonds von 3 Millionen Mark geschaffen, aus dem den Handwerkern zur technischen Verbesserung ihrer Betriebe ein zinsfreier Kredit bis zu 4000 Mark, rückzahlbar in zehn Jahren, unter der Bürgschaft der Gemeinde gegeben wird. Der preußische Staat soll angegangen werden, ähnlich zu verfahren, und auf Seiten des Handwerks wird vorausgelegt, die Arbeitsgemeinschaften bei den Innungen dadurch aufzuhalten, daß sie als Bürg für die richtige Wirtschaftsführung derartiger Darlehen austreten können. Der Industrie wäre es möglich, den handwerklichen Berufsbildungen durch Zuweisung von Aufträgen wesentlich zu helfen. Die Industrie hat große und völkerliche Bedürfnisse. Die Handwerker waren früher zerstört; heute ist zum Beispiel der rheinisch-westfälische Tischlerinnungsverband in der Lage, Aufträge in Tischlerarbeiten, die völkereweise die Industrie bei der Errichtung von Wohnungen und sonstigen Gebäuden zu vergeben hat, in jedem Umfang anzunehmen. Der genannten Organisation ist ein Entwurfsbüro angegliedert worden, und wenn zum Beispiel eine Feste, die für eine Kolonie Bauten errichtet, anlagen würde, wieviel sie für Tischlerarbeiten ausgeben kann, dann ist das Entwurfsbüro imstande, sechzehn Vorläufe darüber zu machen, was das Handwerk für das Geld zu liefern vermag. In ähnlicher Weise könnte die Industrie die Berufsbildungen anderer Handwerksberufe bei ihrer Arbeit unterstützen. So könnte sie einen Teil des Bedarfs der Konsumanstalten an Bad- und Fleischwaren durch Nahrobschäfts mit den Handwerksorganisationen decken. Das Handwerk will in keiner Weise etwas geschenkt haben. Die dem Handwerk zufallenden Leistungen und Lieferungen können nirgends rationeller und wirksamer erledigt werden, als im dezentralisierten Betriebe. Das Handwerk wünscht die Unterstützung mit Aufträgen auch nur in der Gangart und in dem Maße, in dem es seine Fähigkeit und Gewissenhaftigkeit in der Erledigung seiner Aufträge beweist.

Die Auflösung der braunschweigischen Befreiungspartei.

Aus Braunschweig weiß die "Arb. Zeit." zu melden: Hier war am Samstag und Sonntag ein außerordentlicher Parteitag der Braunschweigischen Landes-Nachspartei" einberufen worden, der sich ausschließlich mit der Auflösung der Partei zu befassen hatte. In der vertraulichen Versammlung der Vertreter der verschiedenen weltlichen Vereinigungen des Herzogtums hatte sich die überwiegende Mehrheit für die Auflösung der Partei, aber auch dafür ausgesprochen, die einzelnen Vereinigungen stehen zu lassen und zu einem Braunschweigischen Befreiungspartei-Bund zusammenzuschließen, dessen Aufgabe sein soll, "für die vaterländischen Interessen und dafür einzutreten, daß der Sinn für Recht und Gerechtigkeit im Volke immer mehr Boden gewinnt". In der Sitzung am Sonntag, die mit einer Rede des Grafen v. d. Schulenburg-Hebden eröffnet wurde, teilte Notar Dedeckind die Beschlüsse der Vertreter mit. Von mehreren Seiten wurde Widerpruch erhoben. Man sollte mit der Auflösung noch warten und den Geistern seine Gelegenheit zum Frohlocken geben. Darauf wurde erwidert, daß die Auflösung erfolgen müsse, da ja die Partei jetzt kein politisches Programm mehr habe. Schließlich wurde in einem plärrischen Abstimmung mit überwiegender Mehrheit die Auflösung der Partei beschlossen.

Chinesische Rebellen in der Verbonnung.

Chinesische Zeitungen berichten auf Grund japanischer Quellen allerlei von dem Leben und Treiben der ehemaligen Rebellenführer Sun-Yü-hsiien, Huang-Hsing, Li-Yieh-hün und Chang-chi, die in Japan Unterschlupf gefunden haben. Von Sun-Yü-hsiien wird da, wie der "Oriental Lloyd" berichtet, erzählt, daß er in Tokio offiziell dem Stabblum der Volkswirtschaftslehrer obliegt und so von ihm eingeschlossen ist, daß er Wochen lang keine Besucher vorlässt. Huang-Hsing, der strategische Schönsredner, ist in Japan ein eisiger Schachspieler geworden; er hat einen japanischen Meisterspieler bei sich angenommen, der ihn in die Geheimnisse des "Go" einweilt. Hu-Hanmin, der Rebellenführer von Kuangtung, ist ebenfalls ein eisiger Gospieler geworden; in seiner Wohnung werden häufig interessante Schachwettkämpfe veranstaltet. Li-Yieh-hün steht seine Gesundheit wieder her; er wird häufig beim Rudern auf einem kleinen See außerhalb Tokios beobachtet. Mit den Hauptrebellenführern ist noch eine große Anzahl Unterführer geflüchtet. Li-Yieh-hün soll über den starksten Anhang unter den perspektivischen Rebellen verfügen, weil er bis zum letzten Augenblick auf seinem Kommando in Kiangsi ausgeharrt hat. Huang-Hsing soll dagegen seine

Rolle aufgepielt haben; niemand bringt ihm mehr Vertrauen entgegen, seitdem er seine Truppen in Nanking im Stich gelassen hat. Der nach Singapur geflüchtete alte Li-Chun-hüan lebt dort mit der Familie des früheren Tutors von Kuangtung, Chen-Chung-min, zusammen.

Außerdem führen der "Tao" hat sich infolge der Auflösung der Kuo-min-lang eine Anzahl hervorragender Führer des "Wards" der Kuang-tang, das heißt der Auftragspartei, wie die Chinesen die Radikalen auch nennen, vor der Revolution zu nennen vorgenommen, veranlaßt gesehen, ins Ausland zu flüchten. Teilweise haben diese die zweite Revolution unterstützt, teilweise sind auch derart in die ultraradikale Parteipolitik hineingezogen worden, daß sie den Willen für alles verloren haben, was ein Stein zum Aufbau hätte werden können. Ihre Angehörigen stehen noch im jugendlichen Alter, und man darf überzeugt sein, daß sie in einigen Jahren, wenn der gähnende Mosh der Jugend zum klaren Wein verzaubt ist, tüchtige Staatsbeamte werden können. Da sind vor allem die früheren Sekretäre Sun-Yü-hsiens, Ma-Chin-wu und Wang-Chun-hui, zu nennen. Letzterer ist ein fleißiger, gewissenhafter Arbeiter, der soziologisch-schichtliche Werke aus dem Deutschen ins Chinesische übersetzt hat; in einigen Jahren wird sich die Dessenheitlichkeit seiner rührend mit ihm zu beschäftigen haben. Auch sein Kollege Ma-Chin-wu, eines der tätigsten Mitglieder im Rat der Kuo-min-lang, wird voraussichtlich später noch eine Rolle spielen. Vorläufig hat er die Saltheit seines Wissens selbst eingekleidet und sich nach Deutschland begeben, wo er seine beim Ausbruch der Kuangtung Revolution unterbrochenen Studien wieder aufgenommen hat. Der frühere Unterrichtsminister Tsai-Han-pi ist nach kurzem Aufenthalt zum drittenmal nach Europa zurückgekehrt; er ist zwar niemals offen als Umschwuler gekennzeichnet worden, sein enger Zusammenhang mit der Kuo-min-lang scheint ihn aber mit den maßgebenden Kreisen in einem Zwiespalt gebracht zu haben, den er seit überbrückt kann.

Zur Friedensvermittlung der Gebrüder Mannesmann.

Zu der Polemik der spanischen und französischen Presse gegen die Gebrüder Mannesmann schreibt die "Kölner Zeitung" offiziell in Kürze:

„Es muß als recht bedauerlich bezeichnet werden, daß eine mißliche Wirtschaftspolitik deutscher Reichsbundesträger in Madrid eine solche Stimmung auskommen läßt, die von der Presse ins Land getragen wird und dem allgemeinen Interesse des Reichs kaum förderlich sein dürfte. Die Gebrüder Mannesmann bestehen beachtenswerte Bergwerksinteressen, deren Wettbewerb auf Grund der Verträge nicht verwirklicht werden kann und zu deren Vertragung sie im gegebenen Augenblick die Unterstützung unserer Regierung finden würden, falls dies erforderlich sein sollte, wie das für alle Deutschen Selbstverständlichkeit ist. Aber daß sie darauf Anspruch erheben, daß Spanisch-Marokko einer privaten Gesellschaft zur wirtschaftlichen Erziehung übergeben wird, das ist ein Geschäft, dessen Bedeutung die öffentliche Meinung in Deutschland nicht zu beurteilen braucht. Wenn Spanien die Gunstigung dritter Mächte seiner Regierung und den Kabinetten zu wünschen scheint, so ist das höchstlich seine Sache. Im übrigen wird es aber, sobald der Friede in Marokko geschlossen ist, auch ohne Handelskompanie in Spanisch-Afrika noch reichlich Geschäfte für alle geben.“

Diese offizielle Erklärung halten wir für reichlich ungern. Insbesondere die allgemeinen Behauptungen über den Schutz deutscher Interessen im Auslande fordern zu entschiedenem Widerstand heraus. Die deutschen Interessen im Auslande sind keineswegs so gefährdet, wie man es vom deutschen Standpunkt aus verlangen muß. Freilich, wenn die offizielle Erklärung in der seinen Wendung den Schwerpunkt erblieben haben will, die so sagt, daß für alle Deutschen im Auslande natürlich der Schutz der Regierung „selbstverständlich“ sei — aber nur „im gegebenen Augenblick“ und „falls dies erforderlich sein sollte“, so könnte man ihr folgen. Allerdings — die „gegebenen Augenblicke“ treten nur spärlich ein, weil die Regierung so selten dies für „erforderlich“ hält.

Hätte die Regierung etwas Sochliches vorbringen können gegen die Bestrebungen der Gebrüder Mannesmann, so hätte sie es tun, im anderen Falle aber lieber schweigen sollen. Aber sobald es sich um Marokko handelt, ist sie von allen guten Geistern verlassen. Da wird sie nervös. Marokko ist noch immer ein wunder Punkt. — O rüttet, rüttet nicht daran!

Aus den neuen Kongogebieten.

Der Pariser "Matin" gibt jetzt eine längere Schilderung aus Brazaville über die Art und Weise, wie die Deutschen in dem von Frankreich ihnen abgetrennten Kongogebiet vorgehen. Diese Schilderung, die der "Matin" einem ihm aus Brazaville zugegangenen Briefe entnimmt, enthält folgende interessante Sätze: Die Deutschen kommen, und wenn man ihnen etwas sagen will, so erklären sie einfach, keinen guten Rat annehmen zu können, daß sie die Herren seien und wir zu gehorchen hätten. Beklagt sich ein Schwarzer über einen Europäer und hat dieser unrecht, so wird er ins Gefängnis geworfen, hat aber ein Schwarzer Unrecht, so wird er kurz und bündig einen Kopf fürchterlich gemacht. Die erste Sorge der Deutschen war, eine

große Strafe durch den Urwald herzustellen. Arbeiter hierzu hatten sie natürlich nicht. Sie gingen daher von Dorf zu Dorf und fragten die Bewohner, wer sich an den Arbeiten beteiligen wolle. Natürlich hatte hierzu niemand Lust. Da erschien gewöhnlich am nächsten Morgen eine größere Anzahl Deutscher und zwang alle arbeitsfähigen Männer, ihnen zur Arbeit zu folgen. Wer nicht gewillig ging, wurde kurzerhand hingerichtet.

Am Schluß des Berichtes heißt es dann, daß die Art und Weise, zu regieren, die französischen Handelsleute, die auf deutschem Gebiet wohnen, veranlassen wird, dieses Gebiet so schnell als möglich zu verlassen. Der Verlehr zwischen den deutschen und den französischen Offizieren dagegen sei korrekt und höflich. — Es will uns doch recht zweifelhaft erscheinen, ob alles in diesem Berichte streng der Wahrheit entspricht.

Greuelstaten der Rebellen in Merito.

Aus New-York wird gekabert: Während Präsident Wilson noch immer ruhig abwartet, daß Huerta demnächst fürzen wird, bereiten sich in Mexiko Ereignisse vor, die diesen Fall bereits für die nächsten Tage in Aussicht stellen. Die Konstitutionalistin gewinnen täglich, in ständig an Boden. Neben das Attentat auf einen Militärazug, das vorgestern gemeldet wurde, liegen jetzt folgende Einzelheiten vor: Die Konstitutionalistin hatten die Telegraphendrähte durchschlitten, einen Telegraphenapparat eingeschaltet und auf diese Weise erfahren, daß Militär in zwei Städten befördert werden sollte. Diesen beiden Städten sollte jedoch ein Güterzug vorangehen. Major Cordero, der in Mexiko-City eingetroffen ist, erklärte folgendes: Als er mit dem ersten Militärazug in Santa Helena ankam, habe Oberstleutnant Pena, der den Militärraum leitete, ihm den Auftrag gegeben, als erster mit seinem Militärazug vor den Güterzug zu fahren. Die Konstitutionalistin liegen den Militärazug des Majors Cordero passieren, da sie glaubten, es sei der Güterzug, und sprengten dann den nachfolgenden Güterzug und den zweiten Militärazug in die Luft. In dem letzten Zug befanden sich 200 Soldaten, von denen 108 und 20 mitsahrende Frauen getötet wurden. Die überlebenden Soldaten, die den Aufständischen in die Hände fielen, wurden sofort erschossen, die Frauen ließ man jedoch am Leben. Oberstleutnant Pena, der Leiter des Transports, fiel den Aufständischen ebenfalls in die Hände. Diese schnitten dem Gefangen die Ohren ab, rissen ihm die Zunge heraus und blenden den Unglücklichen, darauf ließen sie ihn laufen. Major Cordero war über diese Grenzen so aufgebracht, daß er, ohne sich zu besinnen, mit seiner schwachen Truppe die Konstitutionalistin angriff, die sich dann zurückzogen. Es gelang den Soldaten des Majors, einen Konstitutionalistin gefangen zu nehmen. Er wurde auf eine Dynamitpatrone gesetzt und bei der Explosion des selben in tausend Stücke zerrissen.

Versicherung der Dienstboten.

Von einem Sozialpolitiker wird uns geschrieben:

Unter den Deutschen Hausfrauen macht sich zur Zeit, kurz vor dem vollständigen Inkrafttreten der R. V. D. eine Bewegung gegen die Herabnahme der Dienstboten in die Ortskrankenkassen geltend. Der Reichstag hat am 5. Dezember auch darüber verhandelt. Die Hausfrauen sagen, daß die Versicherungsgefehr bei einem Dienstboten eine bei weitem nicht so hohe sei, als bei einem gewöhnlichen Arbeiter oder einer Ladnerin, die z. B. den ganzen Tag in einem licht- und luftlohen Warenhaus beschäftigt ist. Die Beiträge seien deshalb für Dienstboten und Herrschaften zu hoch, so die Gefahr für die gewöhnlichen Arbeiter mittragen müßten. Die Dienstboten sollen deshalb aus den Ortskrankenkassen herausgenommen, in besonderen Kassen vereinigt und es damit möglich gemacht werden, die Beiträge wesentlich niedriger zu halten.

Vom Standpunkt der Hausfrau aus ist das vollständig richtig. Anders jedoch liegt es vom Standpunkt der Ortskrankenkasse und des Sozialpolitikers aus. Was die Ortskrankenkasse anlangt, so liegt es in ihrem Interesse, möglichst viele Versicherte zu umfassen und darunter möglichst viele, die eine geringe Versicherungsgefehr darstellen. Die Leistungsfähigkeit der Ortskrankenkasse steigt desto mehr, je weiter die Durchschnittsgefehr bei der Ortskrankenkasse sinkt. Und das wird eben durch die gut genährten und gut kontrollierten Dienstboten bewirkt. Damit hängt auch der Standpunkt des Sozialpolitikers zusammen, von dem aus die Sache auch betrachtet werden muß. Wohlgebend ist hier nicht allein der ins Versicherungstechnische übergegangene Grundsatz des einzelnen Menschen „Spare in der Zeit, so hat du

Der Rhythmus von New-York.

Von Stefan Zweig.

Ein paar Tage erst in dieser verwirrenden, durch ihre fremdartige Vielfalt gleichzeitig erschreckenden und anziehenden Stadt. Nicht genug, um sie ganz zu begreifen, sie, die hundert Sprachen spricht, die Menschen zweier Erdteile zum erstenmal gegeneinander schlendert. Glend und Reich zu einem nie dagewesenen Gegensatz auseinanderreicht. Noch versteht ich ihre Stimme nicht, ohne kaum ihre Formen, aber schon fühle ich, und in jeder wachen Sekunde deutlicher, ihren Rhythmus, diesen unverderblichen, sturmisch erregten Rhythmus der amerikanischen Metropolis.

Denn nicht als Ruhenes, als festgefügtes lassen sich diese Städte begreifen, nur als Bewegung, als Rhythmus. Wie in Europa haben Städte, die nichts sind als eine höchste Form der Landschaft, die wie Musik wirken, weil sie Harmonie sind, eine reinste, notwendige Zusammenfassung der Natur in ein geistiges Bild. Ihr Ruhm, ihr Sein bedeutet ihre Schönheit. Man wünschte sie immer schlendend, ohne Menschen, ohne Wachstum und Verden, eher noch abbröckelnd, zurückfließend in das Zeitlose und Unbedeutende. Florenz ohne Fremde, ohne geschäftige Menschen; deutsche Kleinstädte, wenn sie ganz still sind, mit Mondsilber über den schlafenden Dächern, sie sind am wunderbarsten, wenn sie traumhaft werden, reine, langlebige Bilder. Die Schönheit der amerikanischen Städte liegt in ihrer Wirklichkeit, ihre Gewalt im Lebensrhythmus. Sie sind Verhöhnungen, Bergewaltungen der Natur; aber sie haben den Rhythmus der Masse, den beseelten Atem des Menschen. Am Sonntag, wenn dieses schwarze Blut ihren Adern fehlt, sind sie tot, kalt, höfliche, nackte Steinbrüche, sinnlose Ansammlungen gesichteter Massen. Doch in den Tagen der Arbeit flingen sie in einem wilden Takt, von einer barbarisch grandiosen Lust, die wie ein Trumohgesang auf den Menschen tönt; sie bezeugen mit einer unbekannten und erschreckenden Gewalt ihre schwelende Lebenskraft. Ein wunderbarer Rhythmus des Lebens geht von ihnen aus. Hier in New-York klingt er vielleicht am lautesten. Denn hier ist das äußerste Ende des neuen Landes gegen die alte Welt; hier nicht am wildsten die Menschenkraft ineinander. Und dieser Rhythmus von New-York ist schon die erste Manifestation des ganzen amerikanischen Lebensgefühls: wie ihn fühlen kann, versteht auch den hochgezüchteten Willen, der in allen Kerven dieses unermesslichen Landes vibriert.

in der Not", sondern der Gesichtspunkt der Solidarität und der Zusammengehörigkeit, die es möglich machen, daß der in einer besseren Lage befindliche einspringt für den weniger gut Gestellten, hauptsächlich wenn man bedenkt, daß die Versicherungsgefahr auch bei den einzelnen Individuen durch Aufnahme einer anderen Tätigkeit fortwährend wechselt.

Rundschau.

Abschiedsaudienz der deutschen Militärmision.

Aus Berlin wird uns telegraphisch vom Montag gemeldet: Die Mitglieder der deutschen Militärmision für die Türkei, Generalleutnant Liman v. Sanders, Oberst Bronsart v. Schellendorff, Oberst Weber, Major Feldmann, Major v. Sirempel, Major Perinet, Thauvenan, Hauptmann v. König, Oberleutnant Mühlmann, Militärrichterndienstrat Buchardi, Oberstabsarzt Prosektor Dr. Mayer und Major Nikolai, wurden gestern Vormittag vom Kaiser in Abschiedsaudienz vor ihrer Ausreise nach dem Orient empfangen. Mit dem Fahrplanmäßigen Buge um 10.58 Uhr waren die Herren auf der Waldparkstation eingetroffen, wo mehrere Hofsägen ihres harren, um sie nach dem Neuen Palais zu bringen. Dort wurden sie im Muschelsaal vom Kaiser empfangen.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Da Generalleutnant Liman von Sanders zum Kommandeur des 1. türkischen Armeecorps ernannt worden ist, wurde der bisherige Vorkommandeur Dschemal Bey zum Minister der öffentlichen Arbeiten an Stelle von Nizam Pascha ernannt. Dieser ist an einem Botschaftsposten aussersehen.

Beschwerdeordnung und Disziplinarstrafordnung.

Amtlich wird jetzt mitgeteilt, daß man beabsichtigt, die militärische Beschwerdeordnung und die Disziplinarstrafordnung in Einklang miteinander zu bringen. Der § 53 Abs. 2 der Disziplinarstrafordnung soll dazu nachfolgende Fassung erhalten:

„Sind Beschwerden als unbegründet zurückzuweisen, so wird, soweit nicht § 152 des Militärstrafgesetzbuches handelt über leichtfertige und auf falsche Behauptungen gestützte Beschwerden“ Anwendung finden, im Einzelfalle zu erwägen sein, ob die Aufrechterhaltung der Disziplin ein Einschreiten gegen den Beschwerdeführer erfordert. Eine unrichtige blosstiliche Anschauung ist an sich nicht strafbar.“

Es soll damit die Gefahr ausgeschlossen werden, die bisher bestand, daß Leute, die aus einem überseinen Ehrgesicht heraus sich über ihre Vorgesetzten beschweren, bestraft wurden und aus Besorgnis hiervor das Beschwerderecht öfters nicht ausgenutzt wurde, wo es am Platze gewesen wäre.

Zur Reichstagswahl im Kreise Kehl-Offenburg.

Die nationalliberalen Vertrauensmänner im 7. badischen Reichstagswahlkreise Kehl-Offenburg-Oberkirch haben einstimmig den Stadtrat Kölz, der längst sein Reichstagsmandat niedergelegt hat, als Kandidaten für die Wahl aufgestellt, die voraussichtlich Ende Januar stattfindet.

Ein neues Verzeichnis der Reichstagsfraktionen.

Ist soeben erschienen. Danach ist das Stärkeverhältnis folgendes: Sozialdemokraten 110 Mandate, Centrum 88, Nationalliberalen 46, Konervative und Fortschrittliche 40, Bollspartei je 48, Polen 18, Reichspartei 12, Elsaß-Lothringen 9, Wirtschaftliche Vereinigung 7, Württemberg 5, Reformpartei 3, fraktionslos 8. In fünf Kreisen müssen infolge Todesfalls oder Ungültigkeitsverklärungen der Mandate Nachwahlen erfolgen.

Ein Blitzen im Deutschen Kriegerbund.

Einen aufschenerregenden Protest gegen den bekannten Breslauer Vertrag des Deutschen Kriegerbundes, die Mitglieder zu erhöhen, hat der oldenburgische Kriegerbund erhoben. Er hat beschlossen, mit seinen 250 Vereinen, die 20.000 Mitglieder umfassen, aus dem Deutschen Kriegerbund auszutreten und eine selbständige Unterstützungsstiftung zu gründen, die mit 18.000 Mark fundiert ist.

Verleugnung des Leutnants von Forstner?

Der Drath meldet aus Breslau: Leutnant v. Forstner ist nach der „Oberhessischen Volksstimme“ von Babern nach Gleiwitz verlegt worden.

Weihnachtsurlaub für die elsässischen Rekruten.

Das Verbot des Weihnachtsurlaubes für die elsässischen Rekruten, das der kommandierende General von Heimling

zuerst habe ich diesen Rhythmus auf Brooklyn-Bridge gefühlt. Dieser gigantische Boden, der — ein steriles Reizwerk von der Ferne — in jenen gewaltigen Massen, die einen am ersten Tag erschrecken und die man nach einer Woche schon wie selbstverständlich fühlt, zwei Millionen verbindet, scheint wie ein Symbol der Heftigkeit. Man steht auf der Höhe des Brückendaches wie auf dem Gipfel eines Berges und sieht mit Bewunderung eine weitbreite Landschaft. Rechts und links je eine ungeheure Steinmauer mit zackigen Spitzen, den Wollentkrauen, von beiden Seiten rauscht ein Murren vielfältiger Geräusche. Zwischen ihnen, tief unten, der breite Strom, gerade im Augenblick, da er breit wird, und das Meer. Eine Jagd von Schiffen zittert darin; kein Feld ist geplätszt wie die riesigen, ununterbrochen graben Räume die graue Blut. Von Ufer zu Ufer rufen sich die Fährboote Worte zu, die Züge heben ihnen entgegen, große Dampfer vom Ocean schleudern sich feierlich in das wilde Getümmel. Keinen Augenblick ist Ruhe: wie an Fäden herausgeschleift, rücken immer neue Schiffe heraus aus den Docks, seine Sekunde ohne Auf oder Antwort in diesen unverhältnisigen Läufen.

Man möchte ruhig all das betrachten: aber der Blick wird verwirrt. Rechts saust hier auf der Brücke ein Zug heran, ein zweiter über einem, links fährt ein Automobil vorbei, hier mitten auf der Brücke ist man wie zwischen den Gleisen eines Bahnhofs. Dazwischen strömen Menschen, diese Brücke ist Eisenbahn, Straße, Fahrweg zugleich, fünfzig Wagen treten sie in einer Minute, sie fliegen von Raum, mitten auf steiler Höhe, gewölbt über einem Fluss, steht man auf einem Kreuzweg von zehn Straßen. Und das sah nicht eine Sekunde aus, die Wagen rauschen einander nach, als wollten sie sich zerstoßen, immer mehr Menschen drängen darüber, hinüber.

Irgend ein leises Gefühl von Schwundlichkeit überkommt einen, man sieht das Gelände. Und da — es ist ein merkwürdiger Moment — führt man: es schwingt einem unter der Hand. Man fasst nochmals. Und wirklich, es schwingt, schwankt ununterbrochen, manchmal stärker, manchmal schwächer, aber stets in gleichem, nie aussehendem Rhythmus. Von früh bis nachts, von nachts bis früh schwint diese ungewisse Brücke, eine dünne Saite von der menschlichen Masse, seit Jahren vibriert sie so von der elektrischen Spannung dieser Stadt. Dieser Strom, der die zwei Millionenbündel New-York und Brooklyn als Kern verbindet, zittert beständig in jedem Molekül, und jeder,

hättig ergehen lassen, ist, wie die „Braunschweiger Landeszeitung“ erfährt, auf kaiserlichen Befehl aufgehoben worden.

Sachen zum Arbeitswilligenkampf.

Aus Dresden wird gemeldet: Das sächsische Gesamtministerium wird in den nächsten Tagen eine Sitzung abhalten, in der das Problem des vermehrten Arbeitswilligenkampfes erörtert werden soll.

Beschlagnahme Waffen- und Munitionssendung.

Der Drath meldet aus London: Der Königlich Erste betr. das Verbot der Einführung von Waffen in Irland hat zur Beschlagnahme von 80 Kästen Patronen und neun Kästen Gewehren und Bajonetten gefahrt, die in Belfast an Bord des Schiffes „Patriotic“ von Liverpool eintrafen. Alle Jagdflinten und Stockflinten, die in Irland eingeführt werden, werden von der Polizei auf das Gewebe untersucht. Die Regierung scheint also wirklich ernst zu machen, da sie absolut nicht gelassen will, daß in irgend einer Stadt Irlands Vorbereitungen gegen Ulster getroffen werden, in Bezug auf bewaffneten Widerstand gegen die öffentliche Gewalt.

190 Verschwörer verhaftet.

Aus London meldet der Drath: Nach offiziellen Berichten, die aus Formosa einlaufen, wurden bei der Aufdeckung einer Verschwörung zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Von etwa 190 Verhafteten wurden 18 wieder freigelassen. Die übrigen wurden vor einen besonderen Gerichtshof gestellt. Von den Angeklagten wurden 28 freigesprochen, 6 zum Tode verurteilt, 181 zu Zuchthausstrafen von insgesamt 838 Jahren verurteilt.

Die Kabinettssitzung in Frankreich.

Senator Dumergue wird am kommenden Donnerstag sein Kabinett dem Parlament vorstellen. Er wird auch das Ministerium des Auswärtigen übernehmen. Er hat Moni für die Justiz und Martin für das Innere gewonnen. Die nationalistische und clerikale Hebe gegen Dumergue hat bereits begonnen. Die gestrigen Abendblätter greifen Dumergue in schwerster Tonart an. Man nennt ihn einen politischen Bajazzo und einen Strohmann Taitzlauf. Man wirkt ihm unverantwortliche Leichtfertigkeit in der Belebung der wichtigsten Posten vor, und daß er in so schwieriger Situation das Ministerium des Auswärtigen selbst übernommen hat, für das er nicht die geringste befähigung besitzt. Es ist vorauszusehen, daß diese erhitzen Gegner alles auszutüten werden, um das Ministerium Dumergue noch vor den Wahlen zu Fall zu bringen. Alles hängt augenblicklich von den Sozialisten ab, die dem neuen Kabinett ihre Unterstützung nur angebieten lassen, wenn die Versprechungen, die ihnen zweifellos gemacht worden sind, erfüllt werden. Unter diesen einaulenden Versprechungen befindet sich auch eine Revision des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit.

Die Lage in China.

Man meldet aus Peking: Die finanzielle Lage Chinas hat sich jetzt bedeutend gebessert, wie sich auch die Lage im allgemeinen günstiger gestaltet hat. Die Zolleinnahmen aus dem Jahre 1913 haben 4 Millionen geben, und auch aus der Salzsteuer sind ganz bedeutende Summen erzielt worden. Das chinesische Kabinett bestätigt sich jetzt eingehend mit der Finanzreform des Vorwobet, es den chinesischen Anleihen besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Sobald das neue Zollsystem vollständig durchgeführt ist, wird China mit der Rückzahlung der alten Anleihen beginnen und ebenso die Entschädigungen aus den Boxeraufstand bezahlen. Auch über die Handelsbeziehungen zu den übrigen Ländern hat das Kabinett eingehend Erhebungen eingeleitet, und ist eine baldige Reform erwartet.

Zu den Unruhen in Merito.

Aus Merito wird der „Frlst. Ztg.“ gemeldet: Die deutsche Gesellschaft installiert eine eigene Marconistation zur Verbindung mit den deutschen Kriegsschiffen. Die Polizeitruppen der fremden Kolonien sind organisiert und aktionsbereit.

Das neue Parlament von Neusüdwales.

Zu Neusüdwales fanden jetzt die Neuwahlen statt. In verschiedenen Parteien in das neue Parlament zurückkehren. Das alte Parlament bestand aus 45 Arbeitern und 60 Liberalen und 6 Unabhängigen, das neue Parlament besteht jedoch aus 45 Arbeitern und 60 Liberalen und 6 Unabhängigen, es verschwinden also nur die Unabhängigen. Sämtliche Minister wurden wiedergewählt.

der hier oben steht, schwingt mit von der Erregung der fremden Masse. Hier habe ich zum ersten Mal den Rhythmus von New-York gespürt.

Und dann hinein ins Herz der Stadt, um noch stärker ihren Schlag zu fühlen. Man will in die Untergrundbahn versucht noch zu fragen, ob es die rechte ist, aber hier darf nur die Masse ihren Willen und biegt jeden Einzelnen entweder. Es gibt da kein Stehenbleiben, man wird in irgend einem Wagen geschoben, weiß gar nicht, von wem, einer Kette klirrt, ein Beischlag fällt nieder und dann saust das Geschöpfe mit den hundert, zweihundert Menschen in das Dunkel des Tunnels. Manchmal hält es an, Menschen werden herausgeschwungen und hineingeschüttet wie in ein Meer, und noch sprudelnd im Durcheinander sausen sie weiter. Endlich am Broadway. Man ringt sich herauß aus dem Käufchen Menschen, in den man gefeuert war, und klettert hinauf zur Straße.

Diese Stationen der Untergrundbahn hier in New-York haben durch die Masse der Menschen etwas von der Rauhheit einer Naturgewalt. Jeden halben Kilometer ist eine schwarze Quelle an der Straße und weit trübe Schwärze von Menschen heraus, die sie von weiß Gott welchen Entfernen herholen und daneben ist ein anderes Schwärze, der sie wieder einschlägt. Man kann Stunden stehen und keine dieser beiden Quellen, die aufschäumen, verliegen für einen Augenblick.

Man blickt um sich, im ersten Aufschauen verwirrt durch das Gedöse, und findet sich willkürlich dazwischen. Denn dieser ist vielleicht die merkwürdigste Straße der Welt. Er teilt die ganze langgestreckte Halbinsel entzwey, beginnt hoch oben, zwischen den Felsen noch, strömt als breite, ebenmäßige Flut hinab gegen das Meer. Und da natürlich knapp, ehe er das Ziel erreicht, wird er zur Schlucht. Er drängt sich zusammen, die Hänne füllen sich rechts und links wie überhängende Felsen zusammen, man kann nicht mehr aufschauen zu ihnen. immer höher werden sie, gewaltig, dreißig Stockwerke, und unten wird der Menschenstrom, je näher man zu dieser Tiefe kommt, immer wilder. So wie ein Gebigstrom an einer Engstelle zum Berg wird, so ballt sich auch hier die Masse, der Strom wird breiter, es gibt kein Vorwärts und Rückwärts mehr,

worin müssen. Das Militär hat sich jedenfalls in Gabern ungesehliche Eingriffe in die Besitznisse der Zivilbehörden zu schulden kommen lassen. Es ist ein Wärden, wenn man sagt, die hessische Regierung stehe unter dem Einfluß des Generalkommandos. Die Regierung ist sofort und auf das energischste eingeschritten, als sie vor den militärischen Übergriffen am 28. November Kenntnis erhielt. . . Jedes Unglück bringt ein Glück mit sich", führt der Staatssekretär fort. „Diese sehr bedauerlichen Ereignisse hatten das glückliche Resultat, daß sie die große Majorität der Einheimischen und Einwanderer nicht etwa auseinander brachten, sondern sich einschließen ließen. Der Gaberner Fall hat die Parteien zusammengebracht. Denn es war keine Parteifrage, der Gaberner Fall; er brachte das Gefühl von wesenverschiedenen Leuten, die in einem Lande zusammen leben, einheitlich zum Ausdruck. Das Resultat des Gaberner Falles wird sein: Größere Ruhe wird im Lande herrschen. Der Fall war eine Brücke über die bestehenden Gegenseiter. Er hat dieses Gute gebracht. In Zukunft werden die Behörden Hand in Hand arbeiten und wird das Märchen einer Unterwerfung der Regierung unter die Militärdiktatur ein für allemal verschwinden."

26. Elsässer gehen zur Fremdenlegion?

Büro, 8. Dezember. Die Folgen von Gabern zeigen sich in eigenartiger Weise: Wie sich der „Bürticher Tagessanzeiger“ aus Belfort melden läßt, haben sich dort und auf dem Werbebüro in Nancy 21 Elsässer für die französische Fremdenlegion anwerben lassen.

Ein Vortrag v. Deimling.

Strassburg, 9. Dezember. Gestern abend hielt der kommandierende General v. Deimling im großen Saale des Sängerkonvents zum Fest einer militärischen Wohltätigkeitsstiftung den schon vor längerer Zeit angekündigten Vortrag über Deutsches Südwestafrika. Vor etwa einer Woche hielt er zwar, der Vortrag werde unterbleiben, da man wegen der Fortsetzung der Gaberner Vorfälle Störungen befürchtete. Diese Befürchtung hat sich aber als unbegründet erwiesen. Der Vortrag war gut besucht, gumeist von höheren Offizieren. Statthalter Graf Wedel wohnte ihm in Uniform bei.

Eine Ehrengabe des Abgeordneten Fehrenbach.

Berlin, 8. Dezember. Als der Reichstagsabgeordnete Fehrenbach am Abend noch der stürmischen Sitzung, in der er so bereit die Interessen der Elsässer vertreten hatte, seine Wohnung wieder betrat, war diese, wie die „Köln. Volkszeitung“ nachträglich erfährt, in einen wahren Blumenengagement verwandelt worden. Über den Blumen prangte ein Transparent mit den Worten „Das dankbare Elsaß“.

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Aus Anlaß des Falles von Gabern erinnert die „Kölnische Volkszeitung“ an den früheren ähnlichen Fall in Oldenburg: „Ende der achtiger Jahre war die Residenzstadt Oldenburg der Schauplatz einer ähnlichen Affäre. Ein dortiger Major v. Steinmann hatte den oldenburgischen Botschaftsdurch auf das größtenteils beleidigt, daß er die oldenburgischen Soldaten wiederholte „Oldenburger Dächer“ geschimpft hatte. Auch damals entstand eine weite Revolution in dem doch gut deutschen, durch sein Herrscherhaus sogar mit dem preußischen Hof verwandten Lande. Es wurde ein eigenes „Ochsenland“ verhaft, in dem diese Entrüstung zum Ausdruck kam. Und was geschah damals unter dem in militärischen Dingen doch gewiß sehr strengen alten Kaiser Wilhelm? Ein Flügeladjutant desselben wurde sofort zur Untersuchung der Angelegenheit nach Oldenburg geschickt. Major v. Steinmann fügte Hand aus dem alten Dienst entlassen und als Befehlshabende später nach Frankfurt a. M. versetzt. In diesem Falle handelt es sich um einen älteren, verdienten Offizier. Trotzdem wurde nicht viel Federlesens gemacht, sondern gleich, ohne daß das dem militärischen Ansehen geschadet hätte, Remekur geschaffen.“

Deutsches Reich.

Ost- und Personal-Nachrichten. Prinz Friedrich von Sachsen-Reiningen, Herzog zu Sachsen, Generalleutnant a. D. zu Seite des 6. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 96, der seit seinem Austritt in den Ruhestand in Hannover lebte, wird am 1. April seinen Wohnsitz nach Gotha am Rhein verlegen. Der Prinz, der nach dem in kindloser Ehe mit Prinzessin Charlotte von Preußen vermaßten Erbprinzen der nächste Anwärter auf die Regierung von Sachsen-Reiningen ist, ist mit Prinzessin Adelheid zur Lippe, Schwester des Kürsten zur Lippe, vermaßt.

Der Kaiserliche Gefolge a. D. Wirkl. Geh. Rat Dr. v. Windler, ist im 67. Lebensjahr gestorben. Er war von 1891 bis Ende 1898 Gesandter in Mexiko. Von 1898 an war er drei Jahre deutscher Delegierter bei der Internationalen Minenkommission in Abden.

Feuilleton.

Konzert.

Ely Reh — ein Name von helltönendem Klang in der Musikwelt! Man hört da unwillkürlich auf; man weiß schon, daß etwas Besonderes dahintersteckt; etwas, das die Alltäglichkeit durchdringt. Nur Ely Reh konnte es wagen, in Wiesbaden zwischen den Weihnachtsmännern St. Andreas und St. Nikolas ein eigenes Konzert zu veranstalten und auf Zuspruch seitens des Publikums zu rechnen: der Konserv.-Saal war gestern abend recht ansehnlich gefüllt, und der Enthusiasmus der Zuhörerschaft ging in hohen Bogen.

Ely Reh ist und bleibt eine Künstlerin von seltener Naturwürdigkeit: eine pianistische Individualität, die immer neu zu festeln weiß. Denn sie besitzt eben jene Fähigkeit, ihre musikalische Ausgabe mit eigenen Augen zu durchdringen und derselben so manche Seiten abzugeben, die uns bisher vielleicht noch fremd waren; Geheimnisse zu entzünden, die nur sie gesehen; denn ihre Seele ist „voll Schönheit, Besinnlichkeit und Klänge“. Und diese genialische Begabung ist, denn auch, die ihr Spiel so „reizend“ macht: so ansteigend und so aufreizend. Bloße akademische Glätte ist ihrer Ausbildung fremd. Frei und fühlend beherrscht sie den gesamten technischen Apparal, und ihre Virtuosität läßt nirgends die Rüben des Studiums auch nur entfernt ahnen. Mit Kraft und Energie der Leidenschaft verbindet ihr Vortrag neuerdings je mehr und mehr den Reiz subtilster Zartheit und des Adels kniffliger Rödigkeit — ohne deswegen an Ursprünglichkeit einzubüßen.

Die Beethovenische „Sonata Appassionata“ spielte Ely

in Darmstadt im Alter von 75 Jahren der Großkunstmann Freiherr v. Bergener-Göckel, Seniorchef der weitbekannten und alten Bank- und Handelsfirma Joh. Bergener, Göckel u. So., gestorben.

Falsche Kombinationen an einen Besuch des Herrn u. Schoen in Berlin. Nach einer Meldung des „Figaro“ sollte der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Schoen, vom Kaiser telegraphisch nach Berlin berufen werden sein. Es werden dann an diese Meldung noch allerlei Andeutungen angefügt. Wie das „B. T.“ demgegenüber von zuständiger Seite erfahren, ist Herr v. Schoen, der bereits in Berlin weilt, nur in privaten Angelegenheiten hergekommen, und alle politischen Kombinationen, die an diese Reise geführt werden, sind gänzlich unbegründet.

Zum vortragenden Rat im Handelsministerium ist der Landrat des Kreises Karlsruhe, v. Römhild, ernannt worden.

Die bündesrätliche Entscheidung über die Jesuitenfrage usw. erst im Januar. Der Vorsitz ist gegenwärtig, wie wir erfahren, mit dringenden Arbeiten überhäuft. Die Entscheidung anderer wichtiger Fragen, der Jesuitenfrage, der freien Eisenbahnfahrt der Reichstagsmitglieder usw., wird mit Rücksicht darauf statt im Laufe dieses Monats erst im Januar erfolgen.

Die Wirkung der bayerischen Amnestie. Durch die von König Ludwig beim Regierungssamt verfügte Amnestie wurden, wie die „Bayerische Staatszeitung“ im einzelnen darlegt, 81 006 Strafen erlassen, und zwar die Mehrzahl vollständig erlassen. Vollständig wurden erlassen 32 824 Geldstrafen, 3545 Haftstrafen und 16 568 Gefängnisstrafen; unter den Gefängnisstrafen befanden sich 62 von mehr als einem Monat, 4896 von mehr als zwei Wochen bis zu einem Monat, 2118 von mehr als einer Woche bis zu zwei Wochen, 9527 von einer Woche und weniger. Nach der Vollstreckung oder der Auflösung eines Teiles der Strafe wurden erlassen 632 Geldstrafen, 1178 Haftstrafen und 554 Gefängnisstrafen. Der Gesamtbetrag der erlassenen Geldstrafen beziffert sich auf 217 188,58 R. Der König hatte noch verfügt, daß auch Personen, die nicht unter die Amnestie fallen, aber eines besonderen Gnadenweises würdig und bedürftig sind, zur Begnadigung vorgeschlagen werden. Solche Verurteilte sind schon in größerer Zahl begnadigt worden.

Die Agrarkommission der Fortschrittlichen Volkspartei, die auf Beschluss des Mannheimer Parteitages gebildet worden ist, trat am Montag im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, die aus dem Lande sowie von den Mitgliedern der Reichstagsfraktion hier besucht war. Zunächst wurde beschlossen, aus denjenigen Parteien, die bisher in der Kommission noch keine Delegierten besaßen, Vertreter zu klopfieren. Nachdem sodann die Frage von landwirtschaftlichen Enquêtes besprochen worden, begann die Kommission in ihrer Debatte über die landwirtschaftlichen Probleme. Diese wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Abgeordneten Hoff, der über den Rückgang der Viehzucht und die schädigende Wirkung des Einfuhrsehnsuchtsystems interessantes, zum Teil noch nicht bekannte Material vorbrachte.

Die Konzessionierung der Buchmacher. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß das in Aussicht gestellte Gesetz über die Konzessionierung der Buchmacher noch vor Weihnachten an den Reichstag gelangen soll.

Parlamentarisches.

Die erste Lesung des Staats im Reichstag wird (wie bereits berichtet) am heutigen Dienstag mit einer Rede des Reichstagsanglers über die auswärtige Politik fortgesetzt werden. Nach den bisherigen Dispositionen ist beabsichtigt, daß im Anschluß hieran die Vertreter der Parteien das Wort ergreifen. Die Staatsdebatte soll am Freitagabend ihr Ende erreichen. Die Beratung weiteren Materials vor Weihnachten ist nicht mehr beabsichtigt, so daß also auch die Weißnacht-Interpellation vorläufig unerledigt bleiben wird.

Heer und Flotte.

Der Besuch des schwedischen Husarenregiments. Die Offiziere und Unteroffiziere einer Deputation des schwedischen Husarenregiments „Kronprinz“ trafen gestern nachmittag, von Wornhöchstädt kommend, in die Stadt ein. Auf ihrem Ritt wurden sie von Offizieren des Husarenregiments „König von Ungarn“ (Schleswig-Holsteinisches) Nr. 16, begleitet. Zur Begrüßung waren der Stadtcommandant und eine Anzahl Offiziere der Kielser Garnison den Gästen entgegengetreten, die nunmehr den ganzen Weg zu Pferde zurückgelegt haben, den das siegreiche schwedische Regiment vor einem Jahrhundert genommen hatte. Bald nach ihrer Ankunft besuchten die Offiziere und Mannschaften das Flottenflaggschiff „Friedrich der Große“, wo ein Jubelhoch eingezogen wurde. Später sind die schwedischen Offiziere Gäste im Offizierskasino gewesen, während für die

Mannschaften Feierlichkeiten in Wif vorgeschenkt waren. Die Gäste, Offiziere und Mannschaften, wurden gestern abend von ihren deutschen Kameraden an den Kai geleitet und traten mit dem Dampfer „Heselund“ die Heimfahrt an.

Militärische Übungsfahrten der „Hansa“. Das Kreuzerschiff „Hansa“ unternahm gestern drei militärische Übungsfahrten. Bei der ersten wurde eine „Büttow“ herabgeworfen mit der Bitte, ein Kommando nach Reinhardtsdorf zu schicken, da dort eine Übungsniederschlag erfolgen sollte. Die Rotsandung ging glatt von staten. Die zweite Fahrt erstreckte sich von Potsdam nach Tiefen und zum Schwielow-See, auf dem eine Wasserlandung ausgeführt wurde.

Deutsche Schutzgebiete.

Zum Tode E. Görings. Gestern starb, wie wir schon kurz meldeten, in München im Alter von 75 Jahren der Ministerresident g. D. Ernst Göring. Der Verstorbene war früher hessischer Richter und ist 1885 auf Bischofs Veranlassung nach Brasilien beordert worden, wo er als erster Reichsbeamter die Stellung eines deutschen Reichskommissärs innehatte. Nach dortiger erfolgreicher Tätigkeit kam Göring als Konsul nach Haiti in Westindien und wurde dort zum Ministerresidenten ernannt. Im Jahre 1895 kehrte er nach Deutschland zurück und trat in den Ruhestand.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Vom Kongreß der tschechischen Sozialisten. Prag, 8. Dezember. Der Kongreß der tschechischen Sozialisten hat eine Resolution angenommen, in welcher zur Erhaltung des internationalen Gleichgewichts und des Friedens und insbesondere im Interesse des tschechischen Volkes die Errichtung alles dessen als notwendig bezeichnet wird, was der Erhaltung und der Entwicklung Österreich-Ungarns diene. Die tschechische Arbeiterpartei betrachtet Österreich-Ungarn als die historisch gegebene Grundlage ihrer Tätigkeit, sie sehe alle Hoffnungen einer alldeutschen oder panlawischen Politik als unvereinbar mit den Interessen der tschechischen Arbeiterschaft an.

Frankreich.

Die endgültige Ministerliste. Paris, 8. Dezember. Das Ministerium ist endgültig gebildet worden. Vorsitz und Auswärtiges: Doumergue. Justiz: Bienvielle. Martin, Inneres: Renoult, Finanzen: Caillaux, Krieg: Rouen, Marine: Monis, Unterricht und Künste: Viviani, Handel und Post: Malvy, öffentliche Arbeiten: Fernand David, Ackerbau: Raynaud, Kolonien: Lebrun, Arbeit und soziale Fürsorge: Lettin, Unterstaatssekretär des Innern: Raoul Beret, für den Krieg: Maginot, für die Handelsmarine: Jamm. Das Unterstaatssekretariat für die Finanzen ist abgeschafft worden. Das Unterstaatssekretariat für die Künste wird morgen bestellt wahrscheinlich mit Abel Herrin oder Jacquier.

Die nächste Parlamentssitzung. Paris, 8. Dezember. Senator Doumergue wird am Donnerstag sein Kabinett dem Parlamente vorstellen.

England.

Zum Verbot der Munitionseinfuhr in Irland. Belfast, 8. Dezember. Heute sind wieder fünf Kisten mit Munition aus England von den Zollbehörden beschlagnahmt worden.

Nukland.

Graf Bourtalas — Tönen in Petersburg. Petersburg, 8. Dezember. Da der spanische Botschafter Graf de la Vinja, der bisher rangälteste Diplomat, demnächst seinen Posten in Petersburg verläßt, wird der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Bourtalas, demnächst Tönen werden.

Bulgarien.

Das Ergebnis der Wahlen. Sofia, 8. Dezember. Nach den bisher bekannt gewordenen Wahlresultaten durften die liberalen Regierungsparteien 180 bis 150 Mandate erhalten, die beiden sozialdemokratischen Fraktionen zusammen über 20, die Agrarier gegen 20, die Demokraten etwa 10 Mandate. Die russischen Parteien Gesjows und Danewos haben schlecht abgeschnitten. Die Danewo-Partei durfte gar kein, die Gesjwo-Partei höchstens 5 Mandate erhalten.

Griechenland.

Große Demonstrationen in Kyrus. Athen, 8. Dezember. Große Demonstrationen gegen die eng-

Rei mit einer inneren Eregung, die sich dem Hörer unmittelbar mitteilt; das „Allegro“ wie in elementarem Aufzugs und in ungeheuren Steigerungen; eine wilde Fazit — ein wildes Herz! ein Herz, dem nirgend Rast noch Ruhe wünscht, kommt im „Adagio“: es erfüllt wie ein vergleichbar um Frieden ringendes Gebet. Und dann, nach dem durchdringenden Aufschrei — ein stimmellemmender Moment, und in grauer Dämmerung brach das „Finale“ herein: alle Tiefen aufzuhend, alles durchschauend und mit sich fortziehend . . .

Ein anderes. Die zwölf Studien aus op. 25 von J. Chopin. Hier überraschte Ely Reh im Vortrag durch manch lebhaftesten Farben und Algenten, ohne doch die seine romanische Grundstimmung je zu alterieren: sie schüttete ihren Chopin vor jeder sentimental Verschwendtheit oder Überflüssigkeit und verließ ihm alle erwünschte Freiheit und Lebendfülle. Die erste Studie: da schwieg sie förmlich in diesen zauberischen Wellenfiguren, in diesem Auf- und Nieder-Schwunge der Töne. Leicht und lustig „säuselt“ die zweite vorüber. Die nächsten drei — voll schwunghafter Grazie. Die Tiefen, Segten, Oktaven-Studien — Bravourstücke von unerhötem Glanz. Wunderbar schön gespielt die 7. in Cis-Moll: eine Melancholie in allen Schattierungen. Von gewaltiger Weise die vorlebt: als sprühte das Klavier Funken; die dann in den leichten Studien zu wilden, verzehrenden Flammen empor schlugen!

Wie Ely Reh an diesem Abend als Virtuofin reiche Triumphe feierte, so auch als stunige Kammermusikspielerin und Begleiterin. Im Vortrag mit ihrem Galier Willibald Högger statt, der als geschmackvoller Geiger geschätzt ist, spielte sie die Brahmsische G.-Dur-Sonate, op. 78. Es war ein vornehm abgestimmtes Musizieren der beiden Künstler; so recht geeignet für dies Werk, dessen Innerlichkeit und Anmut

bei sanft elegischer Grundstimmung — das wehmütige „Regenlied“ von Brahms spielt bekanntlich hinein — sich ganz an das intime Geniegen der Spieler und Hörer wendet. In den von Herrn van Hoogstraten mit entschiedenem Ruhigfeind vorgebrachten Solo-Violinistüden: „Romance für“ von Beethoven und „Ungarische Tänze“ von Brahms — fühlte Ely Reh die Begleitung aus: kein sogenanntes „diskretes“ Unterordnen, kein weinloses Schalten-Spiel — sondern, bei allen gebotenen Vorsicht, ein lebendvolles Farben-Spiel, ein selbstbewußtes Mitsprechen — bei langsam möglich geöffnetem Klang. Der Flügel aber war ein „Blüthner“ (aus Stöpplers Magazin): ein wohhaft königliches Instrument, würdig einer solchen Herrscherin im Reich der Tästen wie Ely Reh —!

O. D.

Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. In München hat ein im Genre des moralisierenden Volksstück älterer Schule gehaltenes Drama — der Bettel verhindert es als Stück aus dem Leben in drei Akten — mit dem durchdringlichen Titel „Schade“ von Johannes Buchschmidt bei seiner Uraufführung im Volkstheater eine höchst beifällige Aufnahme gefunden.

Bildende Kunst und Musik. Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, 50 000 R. für den Bau der Gemäldegalerie und 45 000 R. für einen etwas später erfolgenden Abschluß der Zwinger-Anlagen nach der Ostro-Allee zu bewilligen.

In St. Etienne, der Baierstadt des verstorbenen französischen Komponisten Jules Massenet, will man dem Meister ein Denkmal setzen.

lichen Vorschläge für die Grenzregulierung zwischen Albanien und Griechenland fanden gestern in ganz Griechenland statt. Tausende und aber Tausende von bewaffneten Männern und Frauen nahmen daran teil. Die Säumung in Griechenland ist nicht zu unterschätzen. Die Bewohner sowohl in den sittlichen Gebieten als auch in den griechischen Grenzstrichen sind bis zu den Böhnen bewaffnet und stehen unter Führung tüchtiger Offiziere. Das griechische Offizierskorps besteht nämlich zum großen Teil aus Griechen.

Nordamerika.

Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten für das Churchillsche Weltfeierjahr. Washington, 8. Dezember. Das Repräsentantenhaus hat mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, in welcher Präsident Wilson ermahnt wird, Churchills Aufforderung, betreffend die internationale Rüstungssparmaßnahmen im Bau von Schlachtkreuzern, zu unterstützen, soweit dies mit den Interessen der Vereinigten Staaten vereinbar ist.

Luftfahrt.

Die "Sachsen" in Hühnertal gelandet. Hamburg, 8. Dezember. Das Luftschiff "Sachsen" ist gegen 11½ Uhr auf der Querbockner Heide aufgestiegen und auf dem Flugplatz Hühnertal gelandet.

Östlicher Fliegerabsturz. Leipzig, 9. Dezember. Der Fluglehrer der deutschen Flugzeugwerke, Schuhmann, gestern nachmittag auf einem Probeflug in einer Windböe und stürzte aus 80 Meter Höhe ab. Der Apparat überschlug sich zweimal, wobei der Flieger herausgeschleudert wurde. Mit einem Bebenbruch und lebensgefährlichen inneren Verletzungen wurde er in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus verbracht.

Der Wehrbeitrag.

tz. Wiesbaden, 9. Dezember.

Immer näher rückt die Zeit heran, wo das neue Gesetz über den Wehrbeitrag seine Wirksamkeit ausüben und der steuerzahrende Bürger genötigt sein wird, sich mit seinen Bestimmungen auf das genaue vertraut zu machen, um bei seiner Vermögensbestätigung keine Fehler zu begehen, die nach diesem neuen Gesetz mit weit schwereren Strafen bedroht sind als nach den bisherigen Steuergesetzen. Da war es denn ein dankenswertes Unternehmen des Sonderabandes, Ortsgruppe Wiesbaden, über dieses Thema einen Vortrag abzuhalten, und zwar im Saal der Turngesellschaft zu veranstalten, für den sie den saftindigen Justizrat Dr. Fritz Meier, Vorsitzender des Frankfurter Haushaltsherrn, gewonnen hatte. Die Versammlung war zahlreich besucht. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Herrn Albert Sturm gab zunächst der Geschäftsführer des Provinzialverbands Hessen-Nassau des Hanabundes, Herr Dr. Gaffel (Frankfurt a. M.), eine längere Erläuterung über die Arbeitswilligkeitsvorschläge des Industriekreises, die in der Presse und bei den Angestellerverbänden vielfach missverständlich ausgelegt worden seien. Wir haben unsere Leiter darüber auf dem laufenden gehalten, so daß sich ein näheres Eingehen darauf erübrigte. Hierauf ergriff Justizrat Dr. Fritz Meier das Wort, um in recht interessanter und zuweilen auch amüsantener Weise einen Überblick über die jüngst erlassenen Gesetze zur Deckung der Kosten der Versicherung unserer Wehrmacht zu geben. Er führte einleitend aus, daß es nicht seine Absicht sei, sich über das Für und Wider des am 3. Juli d. J. von der Mutter Germania geborenen "Steuerdrillings", Wehrbeitrag, Besitzsteuer und Wertzuwachssteuer, zu verbreiten, ob es richtig oder unrichtig gewesen sei, diese Steuerlast dem Volk gerade in diesem Jahr der Jahrhundertfeier aufzuerlegen, vielmehr wolle er einen systematischen Überblick über das geltende Recht geben, wie es in dem Gesetz über den Wehrbeitrag niedergelegt sei. Dabei müsse er sich allerdings auf die Hauptbestimmungen beschränken, da sonst der Vortrag allzu ausgedehnt würde.

Weitauß am eingehendsten behandelte der Redner den Wehrbeitrag, über den der Pflichtige einen Bescheid über den zu zahlenden Beitrag und die für die spätere Veranlagung zur Besitzsteuer maßgebende Vermögensbestätigung erhält. Als Rechtsmittel sind die Berufung an die Verwaltungskommission und die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht gegeben. Durch ein Rechtsmittel wird aber die Zahlung des Wehrbeitrags nicht aufgehoben, dagegen der zuviel gezahlte Beitrag mit 4 Prozent verzinst. Fällig ist die Abgabe zu einem Drittel binnen drei Monaten nach Zustellung des Veranlagungsbescheids, während das zweite Drittel bis zum 15. Februar 1915 und das letzte bis zum 15. Februar 1916 zu zahlen sind, und zwar mit der Bestimmung, daß die Abgaben nur zur Deckung der Militärkosten bestimmt sind. Es besteht also immer noch die Hoffnung — so meinte der Redner etwas sarkastisch —, daß das dritte Drittel dem Volk ganz oder teilweise erlassen werden kann. Der Redner warf dann die bedeutsame Frage auf:

"Wer ist steuerpflichtig?"

Subjektiv steuerpflichtig sind im wesentlichen die Angehörigen des Deutschen Reichs, und zwar mit ihrem gesamten Vermögen, aber mit Ausnahme des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens, ferner mit ihrem inländischen Grund- und Betriebsvermögen alle natürlichen Personen, und endlich von nicht physischen Personen Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. Bei letzteren beiden Gesellschaften ist aber die Beitragspflicht auf die wirtschaftlichen Betriebsvermögen beschränkt, d. h. auf solche Wirtschaften, die eine Kapitalanammlung über den Betrag des Grundkapitals hinaus darzustellen bestimmt sind. Letzteres ist aber indessen nicht als eine Vergünstigung anzusehen, sondern es geschah, um die betreffenden Unternehmer, die ja schon als Aktionäre herangezogen werden, nicht doppelt zu besteuern. Gemeinnützige Gesellschaften und solche, deren Gewinn und Aufsicht sich unter einer gewissen Grenze gehalten haben, sind beitragsfrei. Allgemein beträgt die beitragsfreie Vermögensgrenze 10.000 M., die sich aber bei einem Einkommen von nicht mehr als 2000 M. auf 5000 M. und bei einem Einkommen von nicht mehr als 4000 M. auf 20.000 M. erhöht. Maßgebend für die Ermittlung des Vermögenswertes ist in der Regel der Stand vom 31. Dezember 1912. Für seine Feststellung kommt der gemeine Wert der einzelnen Betriebsgüter in Betracht, sofern das Gesetz nichts anderes vorschreibt. Dies ist der Fall bei Grundstücken, die dauernd Land, Forst oder Gärtnereigütern, sowie bei bebauten Grundstücken, die

wohn- oder gewerblichen Zwecken dienen. Bei ihnen ist, falls der Beitragspflichtige nicht selbst die Veranlagung nach dem gemeinen Wert verlangt, der Ertragswert zugrunde zu legen, als welcher bei bebauten Grundstücken das 20fache des durchschnittlichen Wertes oder Pachtvertrags zu gelten hat, der erzielt worden ist oder hätte erzielt werden können nach Abzug (in der Regel von 20 Prozent) für Instandhaltungskosten. Bei Wertpapieren ist der Marktwert am 31. Dezember d. J. maßgebend, wobei der Pflichtige berechtigt ist, von dem Kurs der Dividendenpapiere den darin mit zum Ausdruck kommenden Gewinn seit der letzten Dividendenzahlung in Abzug zu bringen. Hierbei vertritt der Redner darauf, daß fast sämtliche Banken in Buchform diesbezügliche Anleitungen herausgegeben haben, die der Aufmerksamkeit der Interessenten bestens empfohlen seien. Bei Aktien ohne Börsenkurs, Aktien usw. ist der Verkaufswert steuerpflichtig, über den die Vorstände der betreffenden Gesellschaften dem Pflichtigen Auskunft erteilen müssen. Ebenso sind steuerpflichtige Einkommen von mehr als 5000 M. steuerpflichtig. Vollständig steuerfrei sind Möbel und Hausrat sowie sämtliche Kunst- und Sammlungsgegenstände, selbst wenn der Wert ein noch so hoher ist; ferner alle Gegenstände, die besonderen Berufs Zwecken dienen, wie z. B. Bibliotheken der Gelehrten, Instrumente der Ärzte, Schreibmaschinen usw. Die dinglichen und persönlichen Schulden sind vom Vermögen abzuziehen.

Der Redner kam alsdann auf die

Höhe der Besteuerung

zu sprechen, die durch die Reichstagsbeschlüsse so getrefft worden sei, daß die kleineren Vermögen mit geringeren und die größeren Vermögen mit entsprechend höheren Beträgen herangezogen werden. Die Höhe der Abgaben steigt nämlich progressiv beim Vermögen von 0,15 Prozent bis 1,5 Prozent und beim Einkommen von 1 Prozent bis 8 Prozent. Erhöhungen finden statt bei kleineren Vermögen und Einkommen beim Vorhandensein von drei und mehr minderjährigen Kindern sowie von drei und mehr Söhnen, die geboren haben. Und dies mit Recht — so fügt der Redner hinzu —, denn für die 68.000 Rekruten, wie sie das neue Wehrgesetz vorsieht, müssen auch die gleiche Zahl von Menschen in ihren besten Jahren der deutschen Wirtschaft entzogen werden. Was den Wehrbeitrag vom Einkommen angeht, so sind steuerpflichtig nur die physischen Personen, die für 1914 noch einem steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 5000 M. verursacht sind. Die Steuer beginnt bei dem Betrag von 5000 M. mit 1 Prozent und steigt sich bis zu einem Einkommen von 500.000 M. bis zu 8 Prozent des Einkommens.

Der Redner erörterte dann die im § 68 des Gesetzes enthaltene Bestimmung über den Generalpardon für Steuerhinterziehung aus früherer Zeit.

Diese Bestimmung gibt früheren Steuersündern Gelegenheit, sich bei der iesigen Einführung zu reinigen, indem sie für frühere Verfehlungen bei den Vermögenserklärungen von jeder Strafe freibleiben. Der Generalpardon ist eine Amnestiebestimmung, wie sie in solchem Umfang wohl nie wieder vorkommen wird. Auch vom politischen Standpunkt aus betrachtet, ist sie höchst erfreulich, weil sie nicht durch die Gnade eines Herrschers, sondern unter Mithilfe der Volksvertretung durch Gesetz erfolgte, von dem jeder, den es angeht, Gebrauch machen kann, ohne das bedrückende Gefühl einer Begnadigung mit in Kauf nehmen zu müssen. Um so mehr sollte es allen denjenigen Personen, die noch immer die schlechte Ansicht haben, daß der am Staat begangene Vertrag etwas anderes sei als die Überverteilung im Prinzip und Geschäftsleben, eine eindringliche Warnung sein, sich nicht der Gefahr einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten auszusetzen, die beim Wehrbeitrag auf absichtliche Steuerhinterziehung gesetzt ist und die mit der Höchststrafe der Veröffentlichung des Urteils verbunden werden kann.

Der Termin und Formalitäten der Einführung machte der Redner etwa folgende Angaben: Für die Veranlagung der Steuer sind die Einkommensteuerveranlagungskommissionen und für deren Erhebung die Gemeinden zuständig. Als äußerster Termin für die Vermögensangabe ist bekanntlich der 31. Januar 1914 festgesetzt, obwohl eine weitere Hinausschiebung, etwa bis Ende Februar, wie dies von der Berliner Handelskammer vorgeblich beantragt worden war, sehr im Interesse der Betriebsunternehmungen und Geschäftsfreunde gelegen hätte. Hier aber könnten die einzelnen Behörden recht mildernd wirken, wenn sie die diesbezüglichen Bekanntmachungen so einrichten, bezw. verordnen, daß wenigstens erst der 31. Januar als Abgabefristung in Betracht kommt. Es ist nämlich zweckmäßigst guttretender Erfahrung der Vermögen eine obligatorische Vermögenserklärung vorgeschrieben, zu der jeder verpflichtet ist, der ein Vermögen von mehr als 20.000 M. oder bei mehr als 4000 M. Einkommen mehr als 10.000 M. Vermögen tatsächlich hat. Hierzu erfolgt die besagte öffentliche Aufforderung; ebenso wie bei der Einkommensteuer werden auch hier den nach dem Erneffen der Behörde in Betracht kommenden Personen Formulare kostenlos angefertigt, ohne daß aber die unterbliebene Zusendung von der Abgabe der Erklärung entbindet. In dieser ist das gesamte Vermögen, getrennt nach seinen einzelnen Bestandteilen unter Angabe ihres Wertes, anzuführen. Die nicht rechtzeitige Abgabe zieht einen Aufschlag von 5 bis 10 Prozent des Wehrbeitrags nach sich. Die Veranlagungserklärung hat die Erklärung zu prüfen, und der Pflichtige hat auf Erfordernis die Höhe des Vermögens nachzuweisen. Eine Pflicht zur Ausnutzungserklärung für Sparassen und Banken besteht dagegen nicht. Die Geheimhaltung der Vermögenserklärungen ist durch strenge Vorschriften gesichert.

Die Besitzsteuer.

Ganz kurz erörterte der Redner noch die Besitzsteuer, die erst im Jahre 1917 in Kraft tritt, die aber schon heute für alle Beteiligten insofern von großem Interesse ist, als die Feststellungen, die jetzt getroffen werden, für die Feststellung der Besitzsteuer im Jahre 1917 maßgebend sind und dann nicht mehr angefochten werden können. Jedermann muß heute sein Vermögen genau und richtig angeben und muß, wenn er nicht richtig eingeschäfft ist — die Rechtsmittel sind kostenlos — die Richtigkeit feststellen lassen, wenn er sich vor Schaden bewahren will.

Die Wertzuwachsteuer konnte der Referent nicht mehr erörtern, denn dies würde einen besonderen Vortrag erforderlich machen. Der Redner bekannte sich zum Schluß seiner Ausführungen zu der optimistischen Meinung, daß in einem späteren Alter, etwa in 150 Jahren, derartige große Wehrförderungen nicht mehr nötig sein dürften, da bis dahin der Künftigste erlahmt und die gesamte Menschheit wohl nur noch Interesse an höheren Aufgaben habe, mehr als dies im gegenwärtigen Alter der Kriege der Fall sei.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Jubiläum eines Konservatoriums.

Eins der ersten Musikhilfshilfe Wiesbadens, das Spangenberg'sche Konservatorium, konnte am 1. Dezember d. J. auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Die Bedeutung dieser Anstalt für das musikalische Leben unserer Stadt ist absehbar; mit der Entwicklung und den Erfolgen der Anstalt während der vergangenen 25 Jahre beschäftigt sich in recht interessanter Weise die Presse, die Spangenberg zu seinem Jubiläum herausgegeben hat. Das Konservatorium wurde am 1. Dezember 1888 von den Herren Spangenberg und Böker in dem Hause Taunusstraße 38 als "Musikpädagogium" begründet. Ende 1889 war die anfängliche Schülerzahl von 32 bereits auf 60 angewachsen, und nach Ablauf des dritten Schuljahres hatte sie sich vervierfacht. Nach Lüters Rücktritt führte Herr Spangenberg die Anstalt allein weiter, die von da ab (1891) als "Spangenberg'sches Konservatorium" sich immer kräftiger entfaltete. In diese Zeit fällt die Gründung von Freistellen durch den Großherzog von Luxemburg, die Stadtwartung Wiesbadens und andere Gönner. Als die Besitzer des Konservatoriums in den folgenden Jahren infolge neuer Einstellungen, unter denen die Kammermusik- und Chorgesangs-Kasse die wichtigste ist, immer mehr anwuchs, machte sich ein Lokalwechsel nötig; das Konservatorium siedelte nach dem Hause Taunusstraße 40 und nicht lange danach, im Jahre 1897, in sein jetziges Heim Wilhelmstraße 16 über. Im Jahre 1897 trat das Institut auch zum erstenmal in mehreren Wohltätigkeitskonzerten auf; seitdem ist es dem lokalen Brauch, sich in den Dienst der Wohltätigkeit zu stellen, treu geblieben. "Von großer Bedeutung für die Entwicklung der Anstalt erwies sich ferner", so lesen wir in der Zeitschrift, "der Eintritt der Herren Grohmann, Tramer und Novak, die heute noch zu den ersten Kräften des Lehrerkollegiums gehören, sowie die in jener Zeit bewirkte Gründung einer regelrechten Anstaltsschule, das sich in der Folge sowohl bei Wohltätigkeitsveranstaltungen wie auch bei den Wohltätigkeitskonzerten in der Marktkirche, den Volksunterhaltungssabenden usw. in hervorragendem Maße betätigte." Die musikalisch-theoretischen Vorträge (Dozent: Herr Hofmusikdirektor F. Reiser) bildeten eine weitere wichtige Ergänzung des Lehrprogramms, das endlich gewissermaßen seine Krönung durch die Einführung des neuen Diplom-Exams für Lehrer und Lehrerinnen erhielt. Der Gesamtchor des Konservatoriums besteht jetzt aus lauter sachmännisch und allgemein, namentlich auch pädagogisch durchaus gründlich vorgebildeten Kräften. Die ehemaligen Konservatoriums-Gründächer, von denen sich Herr Direktor Spangenberg von jeder Leitung ließ, fanden nicht nur bei dem künstlerischen und musikalischen Publikum der Stadt lebhafte Anerkennung, sie wurden auch durch die im Herbst 1906 erfolgte Verleihung des Titels "Königlicher Hofmusikdirektor" an den Inhaber des Konservatoriums von der Staatsregierung gewürdigt. Daß dem Institut von der Schillerschule in Nürnberg und der Johanna-Schädel-Schule in Düsseldorf Stipendien zugewiesen wurden, zeigt ebenfalls, daß es sich weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus eines guten künstlerischen Rufes erfreut. In dem jetzt abgelaufenen 25. Schuljahr war die Anstalt von 452 Schülern besucht. Bis jetzt hat das Konservatorium ungefähr 2400 Schüler herangebildet. Mögen die nächsten 25 Jahre seiner Wirklichkeit ebenso erfolgreich sein wie die vergangenen! Die Anstalt wird ihr silbernes Jubiläum am 10. Dezember, abends 7½ Uhr, mit einem im großen Saal des "Casinos" stattfindenden Konzert feiern.

— Todesfall. Der Architekt Stanislaus Wohlböhl ist im Alter von 63 Jahren hier gestorben. Wohlböhl war lange Jahre in Wiesbaden tätig und anfänglich mit dem Architekten Bois assoziiert. Er gehörte früher der Reserve der Trainoffiziere an.

— Stadtverordnetenwahl. Bei der gestrigen Stichwahl zur Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung wurden insgesamt 621 Stimmen abgegeben. Hieron entfielen auf die Kandidaten Gerhardt 605, Müller 500, Witte 123 und Bauer 18 Stimmen; Gerhardt und Müller sind demnach, wie wir schon in der Morgen-Ausgabe mitteilten, gewählt worden.

— Der Fremdenbesuch Wiesbadens bewegt sich fortlaufend in aufwärtsgerichteter Linie. Im November 1913 wurden gemeldet 8417 Fremde gegen 8916 im November d. J. Die Gesamtzahl betrug in 1913 von Januar bis November 185.965, in 1912 183.170. Das Erfreulichste ist, daß die Zahl der Ausländer zunimmt. So sind gemeldet in 1911 in 11 Monaten 57.821, in 1912 61.318 und in 1913 68.870 Personen, gegen 1911 also eine Zunahme von 5549. Im November 1913 sind gemeldet 2585 Ausländer gegen 2888 im November 1912.

— Allgemeine Poliklinik. Wegen der Aufhebung der Allgemeinen Poliklinik in der Helenenstraße wird und von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt: Die Allgemeine Poliklinik an der Helenenstraße besteht seit etwa 22 Jahren und hat sich besonders in den letzten Jahren seit Erneuerung ihrer sämtlichen Räume zu einer Poliklinik entwickelt, welche mit jeder Poliklinik einer anderen Stadt den Vergleich aushält. Die Anstalt wurde im letzten Jahre von über 3500 Patienten aufgesucht, die von 9 Spezialärzten unter pflichtreuer Wohlbehörde zweier Schwestern vom "Roten Kreuz" behandelt werden sind. Durch Einführung der Reichsversicherungsordnung am 1. Januar 1914 wird der allergrößte Teil der Klientel der Anstalt, etwa neun Zehntel derselben, in die Krankenanstalten mit Abgangsweiter Versicherung eintritt. Der kleine Rest wird aus Stadtärzten bestehen, für welche Arzneimärkte bestellt sind und bezahlt werden. Daß die Kräfte der Poliklinik das Eingehen ihres liebgewordenen, dankbaren Arbeitsfeldes am meisten bedauern, braucht nicht geschildert zu werden.

— Die Belästigung der Schnaken. Bekanntlich suchen die Schnaken im November ihr Winterquartier auf und halten in Kellern, Gewächshäusern, Schuppen, Ställen, Remisen und dergleichen eine Art Winterchlaf. Es empfiehlt sich daher, jetzt mit den Bekämpfungsarbeiten zu beginnen. Letztere können in verschiedener Weise erfolgen, durch Ausdräuchen der Räumlichkeiten mit einem geeigneten Räucherpulpa oder durch Abziehen der Wände und Dänen mit einer Spiritusfackel oder auch durch Absprühen mit geeigneten, auf die Schnaken tödlich wirkenden Flüssigkeiten, durch Bebrüten mit feuchten Tüchern und dergleichen. Gut bewährt hat sich bisher das Abziehen solcher Stellen mit Spiritus-

fadels, an denen Schnallen wahrgenommen werden, eine Vernichtungssatz, die von den Grundstückseigentümern leicht selbst vorgenommen werden kann. Das Absegnen muss aber, wenn es von gutem Erfolg sein soll, im Laufe des Winters wiederholt geschehen, und zwar zum lehstenmal spätestens anfangs März. Der Magistrat ist bereit, die Vernichtungsarbeiten durch jahreständige Dienstleistungen gegen Erstattung des Betrags von 1 M. für jedes Kellergeschoss oder andere zusammenhängende Raumgruppen, vornehmen zu lassen. Ründliche oder schriftliche Anträge werden im Rathaus, 2. Obergeschoss, Zimmer 59a, entgegenommen. Bemerkt sei noch, dass die Grundstückseigentümern zur Vernichtung der Schnallen in den ihnen gehörigen Grundstücken nach Mahnung der Regierungs-polizeiverordnung vom 1. Februar 1911 verpflichtet sind. Mit der Begehung der Grundstücke solcher Stadtbezirke, in denen sich erfahrungsgemäß Schnallen aufzuhalten, wird in den nächsten Tagen begonnen werden.

— Landesrat Augustin hat, wie uns aus Charlottenburg mitgeteilt wird, die meiste Aussicht, auf den heimgekommenen Bürgermeisterposten in Charlottenburg zu gelangen.

— Die fünf Volksbibliotheken des „Wiesbadener Volksbildungvereins“ geben im November insgesamt 12 085 Bände aus gegen 11 155 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch die vom „Volkbildungverein“ herausgegebenen Wiesbadener Volksbücher erfreuen sich fortgesetzt im In- und Ausland einer großen Beliebtheit: im November wurden im ganzen 44 701 Exemplare verkauft, von den erst vor kurzem von der Geschäftsstelle (Buchhandlung Stadtk) ausgegebenen, schon gebundenen Wiesbadener Jugendbüchern, zusammenge stellt aus den Wiesbadener Volksbüchern, allein 3800 Bände.

— Gegen die Fremdwörtersucht. Der Minister für Handel und Gewerbe hat der Handelskammer Wiesbaden einen Erlass über die Fremdwörtersucht im geschäftlichen Leben übertragen. Auf diesen Erlass hat die Handelskammer dem Herrn Minister erwidert, dass die Handelskammer mit Interesse von dem Erlass Kenntnis genommen hat. Sie hat sich seit Jahren stets bemüht, in ihren Veröffentlichungen sich der Fremdwörtersucht vollständig zu enthalten und ist somit bestrebt gewesen, auf Reinheit der Sprache in den beteiligten Kreisen hinzuwirken. Zweifellos würde ein Zurückdrängen der Fremdwörtersucht dadurch herbeigeführt werden können, dass in den öffentlichen Schulen sowie in den kaufmännischen Fortbildungsschulen darauf gegeben würde, dass der Gebrauch von Fremdwörtern vermieden wird. Die Handelskammer bat den Herrn Handelsminister, auf die beteiligten Ministerien und auf die Behörden, denen kaufmännische Fortbildungsschulen unterstehen, in diesem Sinne einzuwirken zu wollen.

— Der Autoverkehr und die Landstraßen. In welcher Weise ein reger Automobilverkehr die Landstraßen schädigt, zeigt die Strecke Chausseehaus-Georgenborn, wo der Automobilverkehr nach Schlangenbad und Langenbachwald eine erhebliche Zunahme erlebt hat. Die Unterhaltskosten dieser Strecke erfordern jährlich jetzt bedeutende Mehrläufe wie in den früheren Jahren, so dass Freiherr v. Krauslopp auf Schloss Hohenbuchen bei Georgenborn, der selber die Unterhaltung dieser Straße, die er selbst auf eigene Kosten gebaut hat, und durch die Gemürtungen Biebrich, Dohr und Georgenborn zieht, übernommen hatte, sich nunmehr veranlaßt sieht, die Straße in die Unterhaltung der zuständigen beteiligten Behörden zu geben.

— Direkte Bahn Frankfurt-Nüdesheim unter Umgehung von Wiesbaden sollten nach Zeitungsmeldungen geplant sein. Wie zuverlässig verlautet, denkt die Eisenbahnverwaltung nicht daran, bei diesen Zügen Wiesbaden zu umgehen, was nur geringe Betriebsparsamkeit, dafür aber den Ausfall einer großen Anzahl von Reisenden für die Bahn zur Folge haben würde.

— Rätselhafter Überfall. Diese Nacht wurde ein hiesiger Handwerksmeister B. nach einer Kneipe in der Waldstraße auf der Schiersteiner Straße bei der Kahlmühle von drei Biebricher Strolchen, den mehrfach vorbestraften Gedrängern Rungesser und einem Juhtnecht Diefenbach, überfallen und trop Gegenwehr in einen Graben geworfen und seiner Bartschaft von etwa 30 M. beraubt. Die Täter sind vorbestraft. Sie leugnen zwar die Tat, sind aber von mehreren Zeugen erkannt und wurden in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

— Ein gefährlicher Schwindler, der unter dem Deckmantel eines Kriminalbeamten seine Opfer sich sucht, treibt gegenwärtig hier sein Unwesen. Der Unbekannte macht sich in der Nähe von Bedürfnisanstalten an Fremde heran und bezeichnet sie unsittlicher Handlungen. Er droht dann in seiner Eigenschaft als „Kriminalbeamter“ mit der Verhaftung, zeigt sich jedoch genötigt, davon abzusehen, wenn eine Kavitation gestellt werden kann. Vorgestern fiel ein Kurzast daraufhin herein und händigte dem falschen Kriminalbeamten das ganze Geld, das er momentan bei sich hatte (220 M.), aus. Der falsche Beamte wollte nähere Ermittlungen einzulösen und verabredete für den nächsten Tag eine Zusammensetzung am Schillerdenkmal, wo die Kavitation eventuell zurückgezahlt werden sollte. Wer am nächsten Tag nicht kam, war natürlich der „Kriminalbeamte“, und zu spät merkte der Fremde, dass er das Opfer eines Schwindlers geworden. Der Schwindler ist etwa 35 bis 40 Jahre alt, 1,68 Meter groß, von unterschier Gestalt, hat kleinen dunkelblonden Schnurrbart und trug einen schwarzen Überzieher mit Samtkragen. — Ein anderer Schwindler geht in die Häuser und versteckt unter Hinweis auf seine momentane Notlage auf wertlose Sachen und solchen Darlehen zu erhalten. Einem Dienstmädchen in der Reichenstraße versuchte er seinen alten Gehrte aufzuhängen. Als sie darauf nicht einging, gab er ihr einen angeblich goldenen Ring, wofür er 3 M. erhielt. Der Ring war natürlich, wie sich später herausstellte, aus Messing. Der Mann ist etwa 20 bis 22 Jahre alt und sieht aus wie ein Schauspieler.

— Kleine Notizen. In einem hiesigen Restaurant wurden bei der Ausführung von Reparaturen sieben Preisspannleitungen abgeschnitten und gestohlen. Jede der Leitungen ist etwa 5 Meter lang und besteht aus 90 Prozent Zinn.

Theater, Kunst, Vorträge.

— Vorträge. Am Mittwoch hielt im Kino der „Freien Evangelischen Vereinigung“ vor einem zahlreich erschienenen Publikum Pfarrer Bedmann einen Vortrag über die Stellung des freien Protestantismus zur Gemeinde. Er schilderte zunächst das Sausalde Gemeindeideal. Gegenüber den großen Räten der Zeit will der Dresdner Pfarrer Sulze die Einzelgemeinde organisieren zur Gemeinde des Seelsorgers, aller an allen und solche Seelsorge kann nicht ohne eine intensive Liebestätigkeit gedacht werden. Dazu muss die Gemeinde geteilt werden in moralisch überflächliche Beichte, in denen zusammen mit dem Pfarrer ein Presbiterium und ein Richteramt und Hofsäderverbande jene Seelsorge aller an allen und die Liebestätigkeit leiten. Gegen diesen Sulzenen Vortrag erhob sich je länger je mehr die Opposition der aus freibetriebenen Neulutheraner. Sie sagen, dass diese von

Sulze für die Kirchengemeinde reservierte Arbeit viel besser von den bis jetztigen Gemeinden betrieben werden. Sie weisen darauf hin, dass die Entwicklung in Deutschland einen ganz anderen Weg gegangen sei, nämlich der Wohlstand immer neue Lebensabenteuer von der Kirche und sie halten diese Entwicklung für eine von Gott gewollte gesunde Entwicklung, denn dadurch wird die Kirche immer ernster, genauer, stärker auf ihr eigenes Gebiet, die Verkündigung des Evangeliums, zurückzugehen, und das sei wahrlich ein Dienst, der die ganze Kraft der Kirche in Anspruch nähme, ein Dienst, der eigentlich in seinem ganzen Umfang noch kaum aufgenommen sei. Der Redner stellte sich gründlich auf die Seite dieser freibetriebenen Neulutheraner. Zum Schluss wies er darauf hin, welche tiefe Bedeutung gerade für den freieren Protestantismus die kirchliche Unterscheidung zwischen der sichtbaren und unsichtbaren Kirche habe. Die unsichtbare Kirche, die Gemeinde der freien frohen und gültigen Geister alle Zeiten und aller Orte, sei Kraft und Trost bei aller Unvollkommenheit der sichtbaren Kirche. Solange noch diese verlorenen Kirchen irgendwie Dienstleistungen jener unsichtbaren Kirche seien, könne und sollte man froh und sicher seinen Dienst in ihnen tun. An den Vortrag schloss sich eine sehr lebhabte Ausprache. — Der nächste Vortrag der „Freien evangelischen Vereinigung“ findet Mittwoch, abends 8 Uhr, im großen Saal der „Barthburg“ statt. Der Eintritt ist frei. Ein Gast aus Frankfurt, Pfarrer B. Lueken, wird sprechen über den freien Protestantismus und die Mission.

Am „Verein Frauenbildung — Frauenstudium“ wird morgen Mittwoch nachmittags 5 Uhr Martha Krüger, Oanienstraße 15 2, einen Vortrag halten, der den Titel führt: „Aus dem Leben einer Bübchenkünstlerin“. Pfarrer B. Lüner, die als Schauspielerin sowie als Schriftstellerin und Rednerin hier bestens bekannt ist, wird aus der Laiatät der Bübchenkünstlerin, den Freuden und Leidern die ade dieser Periode mit sich bringt, berichten. Auch Nichtmitglieder sind willkommen.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Die Regelung der Feuerwehr in den Vororten.

In den Vororten Wiesbadens haben nur noch die freiwilligen Wehren Daseinsberechtigung, die Pflichtfeuerwehren dagegen können in Brandfällen als brauchbare Helfer nicht mehr betrachtet werden. Die jährlich ein- bis zweimal stattfindenden Übungen der Pflichtfeuerwehr bedeuten nichts weiter als eine Last für den Übungsteilnehmer, dessen Anordnungen und Befehle nicht genügend gewürdigt werden, und eine Last für die Führer, welche mit Leuten arbeiten müssen, die nicht den nötigen Ernst mitbringen; sie stellen aber auch für die Mehrzahl der Übenden eine Last dar, nicht so sehr, weil ihnen ein Teil des Tagelohnes verloren geht, als deshalb, weil sie das Empfinden haben, dass die Sache überlebt und daher überflüssig ist. Macht der Ausbruch eines Brandes das Einbrechen der Pflichtfeuerwehr notwendig, so können nur Abschüttungen von ihr besorgt werden, die wegen der mangelnden Uniformierung auch nicht einmal in der wünschenswerten Weise wirken. Die eigentliche Löscharbeit wird doch die inzwischen herbeigekommene Wiesbadener Berufsseuerwehr, nötigenfalls unter Hilfeleistung der freiwilligen Wehr, zu vereidigen haben. Sollte es nicht viel zweckmässiger sein, die Vororte der Wiesbadener Berufsseuerwehr zu unterstellen? Die Entfernungen können um so weniger ein Hindernis bilden, als das Auto auch beim Dienste der Feuerwehr nutzbar gemacht werden wird. Sicherheit ist aber die zu erwartende Arbeit der Berufsseuerwehr viel zweckmässiger, als sie die einer aus Laienelementen zusammengesetzten freiwilligen oder Pflichtfeuerwehr selbst bei bester Ausbildung sein kann. Auch die finanzielle Seite ist beachtenswert. Bei der Einführung der Vororte in den Feuerwehrbezirk Wiesbaden würde die Unterhaltung der Spritzenhäuser, der Schläuche usw. in Fallfall kommen und die Brandförderlichkeit wäre höher als heute. Die Stadt Wiesbaden dagegen könnte sehr wohl die Löscharbeiten in den Vororten ohne Mehraufwand übernehmen, ohne die Sicherheit der eigenen Einwohner zu vermindern. Das Zweckverbandsgesetz bietet die gesetzliche Grundlage und den Rahmen, in welchem derartige Vereinbarungen der Vororte mit der Stadt getroffen werden könnten. Einfacher jedoch gestalten sich private Abmachungen mit den einzelnen Vororten, die an einer solchen Lösung der Feuerwehrfrage das größte Interesse haben. Die Versicherungsanstalten werden ebenfalls bereit sein, durch die Leistung von Beiträgen die erhöhte Feuerförderlichkeit in den Vororten anzuerkennen. Die Ablösung der Feuerwehrpflicht würde sicher von der Einwohnerschaft der Vororte als eine Erleichterung begrüßt.

— Sonnenberg, 9. Dezember. Der hiesige „Vorortverein“ veranstaltet am Samstag, den 13. d. M., abends 8½ Uhr, im „Städtischen“ (Bei der Käthe) durch den Pfarrer Dr. Schubach aus Wiesbaden einen Experimentalvortrag über Elektrolyse, Radium und Röntgenstrahlen. Der Vortrag, den Herr Schubach durch Experimente erläutern wird, ist auch für Damen und Schüler interessant.

— Wiesbaden, 9. Dezember. Die Mitglieder der Privat-Grankasse hielten gestern nachmittags eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Die neue Kasse ist ein Erfolg, da die früher eingesetzte Hilfskasse, welche einzeln musste, den neuen Kassenkasse haben sich 140 Mitglieder angepasst. Der Vorsitzende gab bekannt, dass die Statuten die Genehmigung gefunden haben. Ein Vortrag mit den Arzten durch die Beiratsermittlungskommission steht bevor. Da die Kasse können aufgenommen werden, Mitglieder mit einem Jahr eintreten.

— Dornheim, 9. Dezember. Gestern abend veranstaltete der Geschäftsbereich „Viertelblatt“ in der Turnhalle ein Herbstkonzert, an dem sich eine zahlreiche Bürgerschaft eingefunden hatte. Durch seine Auswahl sauberes Stabum und außen Vorort an der Chor und Vieder leiste der Verein habsburgs Preysing ab und entzückt damit teilenden Besuch, so dass einige Vieder wiederholt werden mussten. Als Solist wirkte erstmals mit der Königl. Kammermusik Adolf Boehm aus Wiesbaden (Kello). Der Verein sowie der Dirigent Herr Wilh. Körten können mit voller Begeisterung auf den Verlauf des Konzerts zurückblicken. — Die sozialdemokratische Partei veranstaltete gestern abend im Gasthaus „Zur Krone“ eine Vorlesungssitzung gegen die Vorwürfe in Abhängen und im Reichstag.

— Braunstein, 9. Dezember. Die goldene Hochzeit konnten am Samstag hier die Eheleute Joseph Herborn und Frau feiern.

Nassauische Nachrichten.

Schwerer Schiffsunglück.

— Lorch a. N., 8. Dezember. Ein schwerer Schiffsunglück ist heute vormittag etwas unterhalb Lorch vorgekommen. Der Schraubenschleppdampfer „Franz Daniel 2“, welcher ohne Anhang inswärts kam, wollte dem ihm bei Lorch begegnenden, mit mehreren Anhängern auf der Bergschaft begriffenen Schraubenschleppdampfer „Franz Daniel 5“ Bergschaftsdienste leisten und drehte dieserhalb etwas unterhalb Lorch an einer Stelle auf, die infolge ihrer Enge wenig dazu geeignet war. Der Schraubendampfer kam mit der Sicht dem rechten Ufer etwas zu nahe und fuhr wenige Meter davon entfernt fest. Der Schraubenschleppdampfer „Franz Daniel 5“ hatte inzwischen seinen Schleppzug nach Niederheimbach gebracht. Er ließ die

Schleppfähne dort vor Anker gehen und fuhr auf die Hilfsignale zurück, um das festgesetzte Schwesterschiff loszutun. Dies wäre ihm auch beinahe gelungen, doch mochte wohl der Wellenansturm und die starke Strömung an dieser Stelle Ursache gewesen sein, dass der Schraubendampfer „Franz Daniel 2“ auf einmal mit seinem Hinterteil gegen das rechte Ufer zu versetzen und über die Felsenbänke geschleift wurde, wobei er sich in mehreren Räumen Ladege auf und hat sich nach einer Seite zu geneigt. Mit einer Dampfpumpe wird das Wasser aus den beschädigten Räumen gepumpt und ver sucht man, das Ufer zu dichten. Die Schifffahrt ist nicht behindert.

Aus der Umgebung.

— Fulda, 9. Dezember. Nach amtlicher Mitteilung wird der große Doppelrohrstunnel zwischen Gießen und Schlüchtern bestimmt am 1. Mai 1914 in Betrieb genommen werden. — In der gestrigen gemeinschaftlichen Sitzung der beiden städtischen Ämtershäuser wurde Dr. Antoni als Oberbürgermeister der Stadt Fulda auf 12 Jahre wiedergewählt, und zwar mit 83 von 88 abgegebenen Stimmen.

Gerichtszaal.

— Der Prozess des Mordklägers Schmidt. New York, 8. Dezember. Gestern begann der Prozess gegen den Mörder Pfarrer Schmidt.

Sport und Spiel.

— Fußball. Auf dem Egerziertplatz spielten die beiden ersten Mannschaften des Gymnasial-Fußballvereins 00 und des F. A. Germania-St. Goarshausen mit dem Resultat 4:2 für Wiesbaden. Halbzeit 1:0 für Wiesbaden.

— New Yorker Schätzgerennen. New York, 9. Dezember. In den Schätzgerennen waren heute nach 2 Uhr (26. Stunde, 8 Uhr fuhrt Wiesbadener Zeit) von der noch aus 14 Mannschaften bestehenden Gruppe 921 957 Kilometer zurückgelegt. Walter-Curry eine Runde, Stolle-Steife zwei Runden zurück, Walter-Curry sind Erfolg für die ausgeschiedenen The-Bevels.

Neues aus aller Welt.

— Eine amerikanische Städtewelle. New York, 9. Dezember. Aus dem Centralwellen wird eine große Städtewelle gemeldet, welche mit Regen, Schnee und Hagel vereint über das Land zieht. Die Temperatur bringt gestern in Chicago 22 Grad Unterkühlung. Seit drei Tagen wütet über den großen Städte Stürme und die Seen haben weite Strecken überflutet. 20 000 Personen sind obdachlos und man sagt, dass über 2000 Personen in den Fluten umgekommen sind. Der Schaden ist sehr bedeutend und kann vorläufig noch nicht abgeschätzt werden.

— Das Vermögen der Almosentypfängerin. Berlin, 8. Dezember. In ihrer Wohnung, Marienburger Straße 21, wurde die 80 Jahre alte Witwe Wilhelmine Boefel, geborene Evans, tot aufgefunden. Die Frau hatte von Almosen gelebt und vielleicht über ihre Not gestagt. Nicht wenig übertraf sie nun aber, als man unter dem Kopftuch der Verstorbenen einen Leinenbeutel fand, der ganz mit Goldstückchen gefüllt war. Beim Zählen ergab sich, dass die Frau über 2000 M. gespart hatte. Das Geld wurde dem Armevorsteher übergeben, während man die Leiche zur Abdunklung nach dem Schauhaus brachte.

— Das Heimweh des Deafendanten. Berlin, 8. Dezember. Dem Gerichtsgefängnis zu Landsberg (Berlin) wurde der Brieftäger Wilhelm Berusche aus Boddam bei Driesen zugeführt. Er hatte 6000 M. Hopfotengeld unterteilt und war nach Amerika durchgebrannt. Dort wurde er so vom Heimweh befallen, dass er schließlich nach der alten Heimat zurückkehrte. Als er in Hamburg eintraf, wurde er sofort verhaftet. Von dem veruntreuten Gelde fehlte nur ein kleiner Betrag.

— Bündarbeiter von Landstreichen erschlagen. Bremen, 9. Dezember. Bei Dörfern wurden zwei auf dem Heimweh befindliche Bündarbeiter von drei Landstreichen erschlagen. Die Täter flüchteten, wurden aber im Laufe des gestrigen Tages ergriffen.

— Ein Eisenbahnunglück. Brüssel, 9. Dezember. In der Nähe ereignete sich ein Eisenbahnunglück, bei dem etwa 30 Reisende verletzt wurden. Einzelheiten über das Unglück sind nicht bekannt.

— Beträger eines Barons. Budapest, 9. Dezember. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Baron Ernst Walburg, der beauftragt, ein Nachkommen des Erbherzogs Ernst zu sein, Anklage ergehoben. Er wird beschuldigt, große Unterschreie verübt zu haben. Baron Walburg, der von seinen Einkünften einen Betrag vier Jahre eingekettet, Paris, 8. Dezember. Gestern endete erneut mit Gendarmen in dem Keller einer Brennerei ein nebeimes Verbrech in dem man ein junges Mädchen kanalisch untergekommen vorfand. Es war die Tochter eines Bünders, der erneut, dass er, um Kosten zu sparen, das Mädchen als es 22 Jahre alt war und Störte von Geistesgeflüchtet sei, da sich die Annahme gestellt macht, dass der Betreuer seine Tochter bestellt habe, um sich in den Besitz einer von ihrer Tante angefallenen Erbschaft zu setzen. Die Mutter des Kindes, die keine Ahnung von der Tat ihres Sohnes gehabt haben will, erlitt eine schwere Verletzung.

— Erdbeben in Oberitalien. Mailand, 8. Dezember. An der derroflosen Nacht gegen 2 Uhr 24 Minuten wurden in Mailand, Triest, Venedig und seit an der ganzen Küstenstraße der Adria-Venetien mehrere 8 bis 15 Sekunden dauernde heftige Erdbeben übernommen, die sich innerhalb fünf Minuten wiederholten. Sie hatten die Richtung von Südost nach Nordwest. Der Bevölkerung bemühtete sich panischer Schrecken. Sie kündigte die ganze Nacht in der Hölle im Kreis aus mehreren Dörfern werden leichte Gebäudebrüche, doch keine Menschenverluste gemeldet.

Letzte Drahtberichte.

Der Reichskanzler über die auswärtige Politik.

— Berlin, 9. Dezember. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Gleich nach Beginn der kleinen Anfragen ergriß der Reichskanzler das Wort. Er ging aber auf den Fall Jäger nicht ein, sondern sprach zunächst nur über die auswärtige Politik etwa folgendes: Die Besiedelung der Türkei hat und insfern besonders betroffen, ob die türkischen Staatschulden anders verrechnet werden müssen. Die Türkei hat zwar fast an Bestand verloren, aber sie wird sich auch weiter als Großstaat bewahren. Ungeachtet ist nur das Schicksal des ägyptischen Inseln, über die aber hoffentlich auch ein Ausgleich gefunden wird. Die Groß-

mächte haben bei den ganzen Verhandlungen immer zusammengehalten. Das ist besonders erfreulich gewesen, und dafür wird die Zukunft vielleicht noch besonders dankbar sein. Wir haben versucht, bei dem zweiten Balkan-Kriege zwischen den Spezialinteressen Österreichs und den gemeinsamen Interessen Europas zu vermitteln. Wir haben den Balkan-Krieg anerkannt und haben gesehen, daß die Schwierigkeiten, die sich an ihn knüpfen sollten, nicht eingetroffen sind. Das ist besonders Österreich, dem Baron und seinen Staatsmännern zu danken. In Österreich sei man mit dem Balkan-Krieg nicht recht zufrieden gewesen, wodurch aber die gegenseitige Bundesfeuer nicht im geringsten gefährdet wurde. — Der Reichskanzler spricht gegenwärtig noch.

Die Staatsstreichpläne Bismarcks.

Berlin, 9. Dezember. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Professor Delbrück hat schon wieder holt nachgewiesen, daß Fürst Bismarck in den letzten Jahren seiner Amtszeit Staatsstreichpläne hatte. Herr Delbrück hat darüber jetzt eine besondere Vorlesung gehalten, welche im Druck erschienen ist. Er sagte, daß Bismarck im Jahre 1890 ausdrücklich wünschte, daß das Sozialistengesetz nicht verlängert würde, weil er die Ansammlung von Konfliktschärfen wünschte. Natürlich war Bismarck für die Verlängerung dieses Gesetzes, aber er wollte durch die Nichtverlängerung eines Konflikts herausbewegen, den Reichstag dann aufzulösen, und wenn die Sozialdemokraten Narhe erzeugen würden, diese mit Gewalt niederschlagen. Er blickte sogar darauf, daß dann der König von Preußen die Kaisertrone niederlegen sollte. Delbrück führt dies in der Veröffentlichung im einzelnen näher aus.

Der neue Militärrat für Konstantinopel.

Berlin, 9. Dezember. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Wie das „Berl. Tageblatt“ aus unterrichteten Kreisen hört, ist der Major zum Großen Generalstab v. Laffert an Stelle des zum Mitglied der deutschen Militärmmission ernannten Majors v. Stremmel zum Militärrat in Konstantinopel bestimmt.

Der Termin der preußischen Landtagseröffnung.

wb. Berlin, 9. Dezember. Die beiden Häuser des preußischen Landtages werden für den 8. Januar 1914 einberufen.

Zur Lage in Mexiko.

wb. New York, 9. Dezember. (Reuter.) Nach einem Telegramm aus Juarez sind die Rebellen und der General Chao Herren der Stadt Chihuahua. General Villa ist bis heute mittag noch nicht in die Stadt eingedrungen. Der Gouverneur ist bereit, sich General Villa zu ergeben.

wb. Douglas (Arizona), 9. Dezember. (Reuter.) Nach hier eingegangenen Meldungen haben die mexikanischen Rebellen Mexelles und Tepico eingenommen.

Bon der albanischen Südgrenze.

wb. Mailand, 9. Dezember. Der „Corriere della Sera“ meldet, daß die Grenzkommission für Albanien Griechenland offiziell von dem Resultat ihrer Arbeiten benachrichtigt habe und daß Griechenland sofort, spätestens aber bis 31. Dezember,

die betreffenden Gebiete zu räumen habe. Der Korrespondent der „Stampa“ fügt noch hinzu, daß er nach einem Interview mit dem Delegierten Chirmeni bestätigen könne, daß falls Griechenland die Territorien nicht zur Zeit räume, Österreich und Italien mit bewaffneter Macht eindringen würden.

Eine Niederlage der Aufständischen in Marosse.

wb. Algier, 9. Dezember. Die Harka von Larabat, die am 8. Dezember gegen die aufständischen Stämme aufgezogen war, hat feindliche Ansammlungen zerstreut und vier Dörfer genommen. Die Verluste der Aufständischen an Waffen und Pferden sind bedeutend.

Die Millionen des Kardinals Orcoglio.

○ Rom, 9. Dezember. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Der verstorbenen Kardinal Orcoglio hat seinen Verwandten sein Vermögen von 8 Millionen hinterlassen. Seine Diözese dagegen hat nichts erhalten.

Entdeckung eines Komplotts in Shanghai.

London, 9. Dezember. Ein Telegramm aus Peking besagt, daß man in Shanghai ein Komplott entdeckt habe, dessen Mitglieder die Absicht hatten, sich des Arsenals zu bemächtigen. Es wurde eine große Anzahl Bomben gefunden und viele Verhaftungen vorgenommen, die meisten im französischen Nachgebiet. Seit einiger Zeit finden fast täglich Hinrichtungen statt infolge der vielen Einbrüche diebstähle und Mord. Unter der Bevölkerung herrscht große Aufregung.

Ein Einwanderungsverbot für Handwerker in Kanada.

wb. Ottawa, 9. Dezember (Reuter.) Die kanadische Regierung hat durch eine Verfügung die Einwanderung von Handwerkern und Arbeitern nach der Provinz Britisch-Columbien bis zum 31. März des nächsten Jahres verboten, weil der dortige Arbeitsmarkt bereits überfüllt ist. Die Verfügung richtet sich gegen keine bestimmte Rasse oder Nationalität; aber die neuerliche Agitation gegen die Zulassung von Indiern hat den Anstoß dazu gegeben.

Befürchtung von Wahlunruhen in San Domingo.

wb. Washington, 9. Dezember. (Reuter.) Am kommenden Montag werden die Wahlen in San Domingo stattfinden. Vier amerikanische Kriegsschiffe werden sich in den dortigen Gewässern befinden.

Fräulein Dipl. Ing.

wb. Karlsruhe, 9. Dezember. An der hiesigen Technischen Hochschule hat zum erstenmal, und zwar in der Abteilung für Architektur, eine Dame, Fräulein Thecla Schild aus Karlsruhe, die Diplomprüfung abgelegt. Sie hat in der heutigen Prüfung das Prädikat „Mit Auszeichnung“ erhalten.

Das Schicksal der Nordwestamerika-Expedition.

wb. Ottawa, 9. Dezember. (Reuter.) Steffansson, der Leiter der wissenschaftlichen Expedition durch den äußersten Nordwesten Amerikas, sandte von Point Barrow (Alaska) eine Nachricht, in der er sagt: Das Schiff „Karluk“ ist am

Handelsteil.

Berliner Börse.

§ Berlin, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Im Anschluß an die Festigkeit der gestrigen Auslandsbörsen zeigte der hiesige Markt bei Beginn ein festes Aussehen. Die Flüssigkeit des heimischen Geldmarktes fand ein vorträgliches Bild in dem gestrigen Reichsbankausweis (vergl. Besprechung). Die Geschäftstätigkeit nahm wieder zu und das Publikum kaufte. Bald nach der Feststellung der ersten Kurse senkte sich jedoch das Kursniveau, da der Finanzplan der Kanada-Gesellschaft die Erwartungen enttäuschte. Kanada gingen daher zurück und blieben mit 232 unter dem New Yorker Stande. Der Monatmarkt wies erhebliche Einbußen auf infolge des untrüglichen Berichts über den Siegerländer Eisenmarkt und dem damit zusammenhängenden Angebot von Ware. Schiffs- und Elektroaktien litten ebenfalls nach fester Eröffnung. Bahnen waren gut behauptet. Russische Papiere gedrückt im Zusammenhang mit der rückläufigen Bewegung von Naphtha-Nobel. Hochbahn gewannen wieder 3 Proz. Späterhin verlor der Rückgang der Schaffhausernischen Banknoten auf spekulative Verkäufe. Türkische Tabakaktien stiegen weiter um ca. 1 Proz. Tägliches Gold 3 Proz. Privatdiskont 4% bzw. 4% Proz. (gestern 4% bzw. 4% Proz.).

Frankfurter Börse.

= Frankfurt a. M., 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Die Börse eröffnete bei ruhigem Geschäft und fester Grundstimmung. Für einzelne Spezialwerte trat auch heute Interesse hervor. Der Ausweis der Reichsbank in der ersten Dezemberwoche befriedigte und läßt die Erwartung einer baldigen Diskontierung zu. Die Gerüchte, daß der Zentralauschuß bereits heute oder morgen zusammentritt, scheinen aber Zweifeln zu begegnen. Befriedigt war man auch über die gestrige New Yorker Börse, ehe sie entsprach die amerikanische Kupferstatistik den Erwartungen. Am Markt für Transportwerte waren die Umsätze in den einzelnen Werten lebhafter. Namentlich Canadianshares und Orienbahnen begegneten Meinungskäufen. Österreichische Bahnen still, Schantung lebhafter und fest. Von Schiffsaktien waren Paketfahrt bevorzugt. Das Geschäft in Banken war minimal. Nur für die Aktien der Deutschen Bank und der Discontogesellschaft bestand Interesse. Elektrowerte zeigten vereinigte Avancen. Von Montanwerten wurden Gelsenkirchen bevorzugt. Harpener, Bochumer und Phönix-Bergbau fest bei mäßigen Umsätzen. Der Kassamarkt für Rentenwerte war im allgemeinen still bei behaupteter Tendenz. Türkenseite lebhafter. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung geteilt. Einiges Interesse trat für die Aktien der chemischen Werte hervor. Das Geschäft ließ später merklich nach, doch blieb die Tendenz mit wenigen Ausnahmen behauptet. Der Schluß der Börse brachte nur geringe Veränderung. Montanpapiere schwankend. Privatdiskont 4% Proz. (gestern 4% Proz.).

Banken und Geldmarkt.

= Reichsbankausweis. Die Gerüchte von einer Diskontierung noch vor dem Januartermin wollen nicht verstummen. Der unten folgende Wochenausweis von d. M. rechtfertigt allerdings solche Hoffnungen. Danach hat sich der Metallbestand um 264 Mill. M. (361 Mill. M. i. V.) vermehrt. Der Goldbestand beträgt nunmehr 1201,3 (747,9) Mill. M. Die Anlage — Wechsel, Lombards — vermin-

derte sich um 37 bzw. 5,3 Mill. M. (10,6 bzw. 31,5) auf 911 (1513,2) Mill. M. Der Notenumsatz konnte um 30,1 (53,8) Mill. M. eingeschränkt werden, während den Depositionen 9,8 (30,7) Mill. M. entzogen wurden. Darauf folgt eine steuerfreie Notenreserve von 158 Mill. M. gegenüber einer solchen von 138,9 Mill. M. am 29. v. M. und eine Steuerpflicht von 334,6 Mill. M. am 7. Dezember 1912.

Wochen-Ausweis vom 6. Dezember:

Aktiva (in Mk. 1000).	1913	gegen die Vorwoche
Metall-Bestand	1 477 128	— 26 401
darunter Gold	1 201 351	— 17 785
Reichs-Kassen-Scheine	62 938	— 3 739
Noten anderer Banken	19 857	— 11 703
Wechselbestand	849 118	— 36 985
Lombard-Darlehen	61 038	— 5 306
Effekten-Bestand	226 009	— 17 921
Sonstige Aktiva	204 533	— 2 751
Passiva (in Mk. 1000)		
Grund-Kapital	180 000	(unver.)
Reserve-Fonds	70 048	(unver.)
Noten-Umlauf	1 951 862	— 30 036
Depositen	621 642	— 9 799
Sonstige Passiva	77 969	— 1 755

= Preußische Pfandbriefbank. In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrats erstattete der Vorstand, wie man uns berichtet, den vorläufigen Bericht über die Ergebnisse des zu Ende gehenden Jahres. Wenn auch die allgemeine Geldverhältnisse auf den Geschäftsverkehr der Bank bemerkend eingewirkt haben, so kann gleichwohl die Verteilung einer Dividende von wiederum 8 Proz. bei Rückstellungen in voraussichtlich etwas höherem Betrage als im Vorjahr in Aussicht genommen werden. Die Nachfrage nach Hypotheken-Pfandbriefen war der Lage des Marktes entsprechend gering, etwas günstiger aber vollog sich der Verkauf der Kommunal-Obligationen, so daß der Minderbetrag an Pfandbriefen durch den Mehrbetrag an Obligationen nahezu ausgeglichen wurde. Der Erwerb neuer Hypotheken- und Kommunalforderungen bewegte sich dem Verkauf der Emissionspapiere entsprechend in mäßigen Grenzen, dagegen war die Verwaltung mit der Prolongation früher abgeschlossener und jetzt fälliger Hypotheken in umfangreicher Weise beschäftigt. Der Zinsfuß für Hypotheken- und Kommunal-Parthen verfolgte angesichts des knappen Geldstandes eine steigende Tendenz. Der Eingang der Darlehenszinsen war recht zufriedenstellend, so daß sich die Rückstände ungefähr in der geringen Höhe des Vorjahrs beifüllten. Bei den Zwangsversteigerungen hat die Bank Verluste nicht erlitten und Grundstücke nicht erworben. Die flüssigen Mittel, die sich während des ganzen Jahres anstrebend in Höhe des Aktienkapitals gehalten haben, wie dies auch im Augenblick noch der Fall ist, kommen der Lage des Geldmarktes entsprechend kurzfristig recht günstig verwertet werden. Die genauen Ziffern gelangen nach Fertigstellung der Abschlußarbeiten zur Veröffentlichung.

Industrie und Handel.

= Die Schrammische Lack- und Farbenfabriken, A.G., Offenbach a. M., hat nach der „Frkl. Ztg.“ beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 18 Proz. wie in den letzten drei Jahren vorzuschlagen.

= Donnersmarckhütte. Die Dividende für das am 31. Dezember ablaufende Geschäftsjahr wird in unrichteten Kreisen auf 24 Proz. (i. V. 20 Proz.) geschätzt.

12. August 15 Meilen vom Strand entfernt eingetroffen. Da er geglaubt habe, es werde dort den Winter festliegen, sei er mit sechs Begleitern ans Land gegangen, um zu jagen. Am 20. September sei plötzlich ein Sturm losgebrochen. Als er mit seinen Gefährten wieder an die betreffende Stelle gelommen sei, war das Eis und mit ihm das Schiff weggetrieben. Das Schicksal des Schiffes mit seiner 25 Mann starken Besatzung ist unbekannt.

wb. Rio de Janeiro, 9. Dezember. Gestern wurde die Hochzeit des Präsidenten Voir de Lefèvre gefeiert, an der u. a. die Minister und Diplomaten teilnahmen.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

9. Dezember. 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mittl. 5 = frisch, 6 = stark, 7 = sehr, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Beobachtungs-Stationen	Barom.	Windricht.	Wetter	Beobachtungs-Stationen	Barom.	Windricht.	Wetter
zurück	760.7 SW 7	bedeckt	8 Berlin	761.1 WSW 4	wolkig	11	
Heidelberg	739.7 WSW 6	Regen	7 Aberdeen	731.6 WSW 4	heiter	+	
Swinemünde	748.4 WSW 3	+	Paris	741.6	+	+	
Memel	767.7 SW 6	bedeckt	Vilseckingen	765.7 SW 6	bedeckt	+	
Aachen	752.4 W 4	Regen	Christiania	756.5 SW 6	bedeckt	+	
Hannover	752.4 W 4	Regen	Kopenhagen	756.5 SW 6	bedeckt	+	
Berlin	755.2 SW 3	bedeckt	Skagen	756.5 SW 6	bedeckt	+	
Dresden	752.4 W 4	Regen	Stockholm	756.5 SW 6	bedeckt	+	
Bremen	762.0 SW 3	Schnee	Helsingfors	756.5 SW 6	bedeckt	+	
Metz	771.4 SW 4	bedeckt	Petersburg	745.2 SW 1	bedeckt	- 6	
Frankfurt, N.	708.8 SW 2	+	Warschau	738.5 SSW 3	+	- 2	
Karlsruhe	772.2 SW 3	+	Wien	738.5 SW 2	+	+ 1	
München	772.4 SW 3	+	Rom	738.5 SW 2	+	-	
Zugspitze	538.2 NWX 9	Schnee	Floridsdorf	771.1 SO 3	wolkig	+ 1	
Valencia	761.0 NW 3	bedeckt	Saydlefjord . .				

1 Pfd. Sterling	4.29.40
1 Franc, 1 Lire, 1 Peseta, 1 L. L.	—
1 österr. fl. 1. O.	2.—
1 fl. 5. Whr.	1.70
1 österr.-ungar. Krone	—
1 österr.-ungar. Krone	—
100 fl. öst. Konv.-Münze	105 fl. Whr.
1 skand. Krone	4.1.25

Kursberichte vom 9. Dez. 1913.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

Berliner Börse.

Div.	Bank-Aktien.	In %
5/8 Berliner Handelsge.	155.50	
8 Commerz. u. Disc.-B.	107.	
6/8 Darmstädter Bank	115.90	
12/8 Deutsche Bank	247.75	
6 D. Ehf. u. Wechsel.	112.	
10 Disconto-Commodi.	165.	
8/8 Dresden Bank	140.50	
7 Meininger Hyp.-Bank	136.50	
6/8 Mitteld. Creditbank	114.40	
7 Nationalb. I. Deutsc.	111.60	
10/8 Österr. Kreditanst.	201.90	
13 Petersberg. Intern. Bk.	203.75	
5.86 Reichsbank	137.10	
7/8 Schafflh. Bankverein	105.50	

Div.	In %
12 Rheinische Stahlw.	152.30
18 Siebeck Montan	191.
10/8 Wittenber. Stahlrohren	159.75

Chemische Werke.
30 Albert, Chem. W.
25 Bad. Anilin u. Soda
14 Griesheim Elektro.
10 Höchster Farbwerke
5 Mich & Co.
10/8 Petersberg. Intern. Bk.
14 Aug. Wegelin

Div.	In %
25 Akkumulatoren	340.75
14 Allgem. Elektro.-Ges.	235.30
5 Bergmann Elekt.	124.
10 Deutsc. Uebers.-El.	107.40
10 El. Untern. Zürich	105.
9 Ges. d. elektr. Untern.	155.30
8 Russ. Allg. Elektro.-O.	153.00

Div.	In %
7/8 Canada-Pacific	231.60
6 Baltimore and Ohio	94.
8 Deutsche E.-Netz.-O.	107.40
9 Hamb.-Am. Paket.	134.30
15 Hansa-Dampfschiff.	274.60

Div.	In %
7/8 Niederrheinbahn	—
5 Nordd. Lloyd	110.30
7 Österr.-Ung. Staatsb.	—
9 Österr. Südbahn (Lomb.)	200.
7 Orient. E.-Netz.-G.	—

Div.	In %
5/8 Schantung-Eisenb.	124.
Bräuereien.	—
15 Schultheiss	254.
10 Leipz. Bierb. Riebeck	168.25
0 Wirsbad. Kronenbr.	10.

Div.	In %
20 Beton- u. Monolit-Br.	157.75
21 Deutsche Erdöl-Ges.	260.75
5 Gebhard & König	204.50
8 Neue Boden-A.-G.	94.50

Div.	In %
15 Bergwerks-Unternehmungen	157.25
13 Baroper Walzwerk	129.60
14 Bochumer Oefnab	107.70
16 Concordia Bergbau	302.50
11 Deutsch-Luxemb. B.	134.

Div.	In %
20 Donnersmarch-Güte	345.75
12 Eisenwerk Kraft	183.25
18 Eisenhütte Thale	227.
8 Eschwe. Bergwerkss.	217.30
15 Geisweider Eisenwerk	158.50

Div.	In %
15 Aumetz-Friede	157.25
10 Baroper Walzwerk	129.60
14 Bochumer Oefnab	107.70
16 Concordia Bergbau	302.50
11 Deutsch-Luxemb. B.	134.

Div.	In %
20 Textilindustrie	265.50
11 Adler Fahrtradw.	373.
10 Bremer Vulkan	132.25
12 Bruchsal Maschinen	344.
9 Breuer-M. Höchst/M.	168.50

Div.	In %
20 Adler Fahrtradw.	373.
10 Bremer Vulkan	132.25
12 Bruchsal Maschinen	344.
9 Breuer-M. Höchst/M.	168.50

Div.	In %
20 Papier- u. Zellstofffabriken	108.
22 Aspermotor	355.
11 Automotor	120.
11 Kostheim Zellstoff	120.80
12 Varzimer Papierf.	116.

Div.	In %
20 Adler Fahrtradw.	373.
10 Bremer Vulkan	132.25
12 Bruchsal Maschinen	344.
9 Breuer-M. Höchst/M.	168.50

Div.	In %
20 Textilindustrie	265.50
10 Nrd. Wollkämmer	138.25
12 Eisenwerk Kraft	204.50
8 Neue Boden-A.-G.	94.50

Div.	In %
20 Bergwerks-Unternehmungen	157.25
13 Baroper Walzwerk	129.60
14 Bochumer Oefnab	107.70
16 Concordia Bergbau	302.50
11 Deutsch-Luxemb. B.	134.

Div.	In %

<tbl_r cells="2" ix="3" maxcspan="1" maxrspan